

2. Das Michigan-Modell – Forschungsstand und Überlegungen zur Wählerheterogenität

2.1. Klassische Studien

The American Voter (Campbell et al. 1960) zählt zu den meist zitierten Monographien der Wahlforschung und ist auch in dieser Studie ein zentraler Bezugspunkt. Die Überlegungen von Campbell und Kollegen in diesem Buch, vor allem zur Stellung der Parteiidentifikation, wären allerdings nicht möglich ohne die Vorgängerstudie *The Voter Decides* (Campbell et al. 1954 [1971]). Dort nämlich werden die sozialpsychologischen Größen, die Einfluss auf das Wahlverhalten nehmen sollten, erstmals herausgestellt und analysiert. Die daran anschließende Kritik führte erst zum Michigan-Modell, wie es in *The American Voter* dargelegt wird. In Kapitel 2.1.1. steht daher zunächst die Studie *The Voter Decides* im Mittelpunkt. Es werden die Beziehungen der Einflussgrößen dargestellt und herausgearbeitet, wie diese gemessen werden. Abschließend wird in diesem Kapitel auf die an der Studie vorgebrachte Kritik eingegangen. Darauf aufbauend wird im Kapitel 2.1.2. die Reformulierung des sozialpsychologischen Ansatzes in *The American Voter* im Vergleich zu den Überlegungen in *The Voter Decides* dargestellt. Auch hier werden sowohl theoretische Überlegungen zu den sozialpsychologischen Größen als auch ihre Messung thematisiert sowie die bis heute geläufige Rezeption des Ansatzes vorgestellt.

2.1.1. The Voter Decides

Mit *The Voter Decides* (Campbell et al. 1954 [1971]) legt die Forschergruppe um Angus Campbell am Survey Research Center der Universität Michigan 1954 eine Wahlstudie zur US-Präsidentschaftswahl 1952 zwischen Eisenhower und Stevenson vor. In dieser Arbeit werden erstmals ausführlich und systematisch die Beziehungen zwischen den für die Wahlentscheidung ausgemachten und relevanten psychologischen Größen untersucht. Als Datengrundlage dient der Forschergruppe dabei eine Vor- und Nachwahlumfrage, die als Zufallsstichprobe mit der Grundgesamtheit aller wahlberechtigten Bürger landesweit realisiert wurde

(Campbell et al. 1954 [1971]: 3). Durch die erstmals angewandte nationale Stichprobenziehung konnten, anders als in regionalen Untersuchungen, Aussagen über die wahlberechtigte Population und damit auch im Hinblick auf das Gesamtergebnis der Wahl getroffen werden (Bürklin/Klein 1998: 59). In Abgrenzung zu sozialstrukturellen Ansätzen (Lazarsfeld et al. 1948 [1969]) soll Wahlverhalten dabei nicht primär anhand von Umweltbedingungen oder dem sozialen Status, sondern durch sozialpsychologische Einflussfaktoren erklärt werden. Gleichwohl nehmen die Autoren aber klassische soziodemografische Variablen in ihre Studie auf (Campbell et al. 1954 [1971]: 72-80). Von den psychologischen Einflussgrößen werden die folgenden identifiziert, die für die individuelle Wahlentscheidung als relevant erscheinen:

- „1. Personal identification with one of the political parties;
2. Concern with issues of national governmental policy;
3. Personal attraction to the presidential candidates;
4. Conformity to the group standards of one's associates;
5. A sense of personal efficacy in the area of politics;
6. A sense of civic obligation to vote.“ (Campbell et al. 1954 [1971]: 86)

Wahlverhalten wird demnach nicht von einem Faktor allein erklärt, sondern es wird davon ausgegangen, dass eine multikausale Erklärung von Wahlverhalten angemessen sei. Von diesen sechs potenziellen Prädiktoren zur Erklärung der Wahlentscheidung werden allerdings nur die ersten drei näher untersucht (Campbell et al. 1954 [1971]: 86; Schoen/Weins 2005: 190). Diese Einflussgrößen entsprechen der bis heute bekannten Determinantentrias aus Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen, wobei sich allerdings die Stellung der drei Einflussgrößen in *The Voter Decides* (Campbell et al. 1954 [1971]) und in *The American Voter* (Campbell et al. 1960) analytisch voneinander unterscheidet.

Bereits an der Entscheidung nur wenige Einflussfaktoren in *The Voter Decides* für die Analyse auszuwählen, wird der minimalistische Charakter der Modellbildung deutlich. Es werden nur die Variablen berücksichtigt, welche die größte Erklärungsleistung besitzen, um das Modell möglichst einfach zu halten (Parsimo-

nitätsgedanke). Im Folgenden werden für diese Variablen das theoretische Verständnis, die Messung sowie die Bedeutung für die Wahlentscheidung bei den US-Präsidentschaftswahlen 1952 vorgestellt.

In der Version von *The Voter Decides* wird Parteiidentifikation dabei als psychologische Bindung (Key 1942 [1964]) verstanden, ähnlich religiöser Bindungen oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe. Parteien sind in diesem Sinne soziale Großgruppen, zu denen man sich zugehörig fühlen kann. Die Parteibindung ist dabei ausdrücklich nicht an die Mitgliedschaft einer Partei gekoppelt (Campbell et al. 1954 [1971]: 88f.) und wird über ein dreistufiges Verfahren gemessen. Zunächst wird folgende Frage gestellt: „Generally speaking, do you usually think of yourself as a Republican, a Democrat, an Independent, or what?“ (Campbell et al. 1954 [1971]: 90). Die Frage zielt dabei auf die psychologische Identität einer Person („think of yourself“, Identitätskomponente) und unterstreicht einen langfristigen Zeithorizont („generally speaking“, „usually“, Stabilitätskomponente) (Thomassen/Rosema 2009: 45). Anschließend wird die Stärke dieser Bindung abgefragt. Bei Befragten, die sich als Demokrat oder Republikaner verstehen, wird nachgefragt, ob sie sich als starker oder nicht so starker Republikaner/Demokrat bezeichnen würden. Den Unabhängigen wird hingegen die Frage gestellt, ob sie eher der demokratischen oder republikanischen Partei zuneigen. Falls nicht, werden diese Befragten als komplett Unabhängige, ansonsten je nach angegebener Richtung als unabhängige Republikaner bzw. unabhängige Demokraten klassifiziert (Campbell et al. 1954 [1971]: 91). Die Antworten aus den drei Fragen werden durch Kombination in eine siebenstufige bipolare Messung der Parteiidentifikation überführt: „strong Republican – weak Republican – independent Republican – Independent – independent Democrat – weak Democrat – strong Democrat“ (Campbell et al. 1954 [1971]: 90-91). Durch diese Form der bipolaren Messung unterstellen die Autoren, dass es sich um ein eindimensionales Konzept handelt, d.h. dass ein Befragter sich nur mit einer der beiden Parteien identifizieren kann und Unabhängige in der Mitte der Skalen angesiedelt sind (Schoen/Weins 2005: 191).

Zum Erwerb der Parteiidentifikation verweisen die Autoren auf den Sozialisationsprozess: Laut Campbell et al. würden sich die meisten Amerikaner an die Parteiidentifikation ihrer Eltern erinnern und diejenigen, bei denen beide Elternteile die gleiche Parteibindung haben, tendieren demnach selbst sehr stark zu dieser Partei. Bei gemischten oder keinen Parteibindungen im Elternhaus ist die Herausbildung und Stärke einer Parteiidentifikation hingegen weniger eindeutig (Campbell et al. 1954 [1971]: 98). Die Forscher bekunden allerdings, dass es sich dabei um ein bis dato nicht erforschtes Phänomen handelt und ihre Studie in dieser Hinsicht einen explorativen Charakter hat. Gleichwohl geben sie mögliche Interpretationen für die Herausbildung einer Parteiidentifikation an (Campbell et al. 1954 [1971]: 98): Zum einen die elterliche Weitergabe der Identifikation an die Kinder, ähnlich wie eine religiöse Bindung, die dann im späteren Leben erhalten bleibt. Zum anderen der Einbezug in die gleiche homogene Gruppe (Klasse, Ethnie, Religion) wie bei den Eltern und damit der Aussetzung der gleichen Gruppeneinflüsse, die zur Herausbildung der gleichen Parteiidentifikation führen sollte. Eine dritte Möglichkeit, die zu dem Ergebnis in der Umfrage führen könnte, wäre eine bewusste oder nicht bewusste Anpassung der berichteten elterlichen Parteiidentifikation, um damit kognitive Konsonanz mit der eigenen Bindung herzustellen.

Weiterhin stellt die Forschergruppe in ihren Analysen fest, dass Parteiidentifikationen eine hohe Verbreitung aufweisen. Dreiviertel der Befragten identifizieren sich demnach mit einer der beiden großen Parteien (Campbell et al. 1954 [1971]: 111). Die Stabilität der Parteiidentifikation ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, um die Validität der Messung zu überprüfen. Konzipiert als psychologische Bindung sollte diese längerfristiger sein als die aktuelle Wahlentscheidung, um Distinktheit zwischen Parteiidentifikation und Wahlentscheidung zu gewährleisten. Die Autoren weisen eine solche Stabilität anhand unterschiedlicher Befragungen auch nach, einschränkend konstatieren sie aber, dass eine Panelstudie über mehrere Monate oder Jahre deutlich aussagekräftigere Ergebnisse liefern würde (Campbell et al. 1954 [1971]: 92-94).

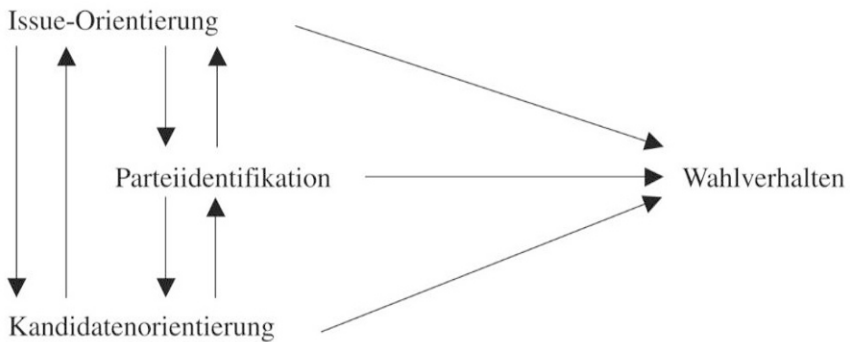
Als zweiter wichtiger Einfluss auf die Wahlentscheidung werden Sachfragenorientierungen herausgestellt, die idealtypisch unabhängig von Parteien und Kandidaten sind und sich aus zwei Komponenten zusammensetzen: Zum einen aus der Sensitivität der Unterschiede in den Partei- oder Kandidatenpositionen und zum anderen aus der Richtung und dem Ausmaß der Sachfragenverbundenheit (Campbell et al. 1954 [1971]: 112-114; Kellermann 2008: 27). *Policy*-Unterschiede werden über die Abfrage der Wahrnehmung unterschiedlicher Positionen der beiden Parteien in den Politikfeldern Soziales und Außenpolitik konstruiert. Sachfragenverbundenheit wird über die Positionierung der Befragten in vier Bereichen (Haushalts- und Außenpolitik, langfristig stabile und neuaufkommende Positionen) bestimmt. Aus dem Saldo der Antworten dieser Fragen werden Indizes über das Ausmaß der Sachfragenverbundenheit sowie demokratischer bzw. republikanischer Sachfragenorientierung gebildet (Schoen/Weins 2005: 191f.). Bei der Verwendung dieser Indizes kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass das Ausmaß der Sachfragenorientierungen im starken Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung steht, während republikanische bzw. demokratische Sachfragenorientierungen stark mit einer entsprechenden Wahlentscheidung zugunsten der jeweiligen Partei korrespondieren (Campbell et al. 1954 [1971]: 133,135).

Als letzter bedeutender psychologischer Faktor werden Kandidatenorientierungen in einer engen Lesart untersucht. Es wird dabei nur auf die Orientierungen fokussiert, die sich tatsächlich auf die persönlichen Attribute der Kandidaten beziehen (wie Attraktivität, Ausstrahlung, Aufrichtigkeit) und nicht auf solche, die theoretisch stark mit Sachfragen oder Parteiidentifikation zusammenhängen (wie z.B. „liberal“), um die Distinktheit der Determinantentrias zu gewährleisten. Damit einhergehend haben die Autoren auf die Erfassung von politischen, also rollennahen Eigenschaften der Kandidaten in dieser Studie verzichtet (Campbell et al. 1954 [1971]: 136). Gemessen werden Kandidatenorientierungen über offene Fragen zu den guten und schlechten Seiten von Eisenhower und Stevenson, wobei sämtliche persönliche Eigenschaften, die der Befragte nennt, zunächst gezählt werden, um das Ausmaß der Kandidatenorientierung zu erfassen. Der wertende

Inhalt der Antworten wird benutzt, um die Richtung der Kandidatenorientierung zu bestimmen.

Wie auch bei den Sachfragenorientierungen stellen die Autoren fest, dass ein hohes Ausmaß der Kandidatenorientierungen im starken Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung steht sowie die Richtung der Kandidatenorientierungen mit der Präferenz für einen der Präsidentschaftskandidaten korrespondiert (Campbell et al. 1954 [1971]: 142f.). Werden die drei motivationalen Faktoren in der Gesamtschau betrachtet, so bestehen hohe Korrelationen. Allerdings zeigen die Zusammenhangsanalysen ebenfalls, dass die theoretisch postulierte Distinktheit der Faktoren auch empirisch nachweisbar ist, sich diese also in einem Maße unterscheiden, dass eine separate Betrachtung dieser Faktoren aufschlussreiche Erkenntnisse liefern kann (Campbell et al. 1954 [1971]: 146). Zwar wird der Parteiidentifikation eine etwas stabilere Rolle zugebilligt, analytisch werden die drei Faktoren allerdings als gleichrangig betrachtet. Schoen und Weins (2005:193) veranschaulichen diese Beziehungen wie folgt:

Abbildung 1: Erklärungsmodell in The Voter Decides



Quelle: Schoen/Weins (2005: 193).

Zentrales Interesse der Forschergruppe um Campbell ist es ebenfalls, das Zusammenspiel der psychologischen Faktoren zu bestimmen. Sind die Motivationsfaktoren parteipolitisch gleichgerichtet, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Wahlteilnahme und die entsprechende Wahl des Präsidentschaftskandidaten erfolgen (Summenhypothese). Weisen die Parteiidentifikation, Sachfragen- und

Kandidatenorientierungen hingegen in unterschiedliche parteipolitische Richtungen (Konflikthypothese), sollte das Wahlverhalten weniger eindeutig sein. Es wird allerdings lediglich die kumulativ homogene bzw. hemmend heterogene Wirkung untersucht (Kellermann 2008: 29f). Dabei zeigen die Analysen von Campbell et al., dass homogene Einstellungen Wahlbeteiligung, aber auch eine frühe Wahlentscheidung und die Vergabe eines *straight-tickets* begünstigen. Liegen hingegen psychologische *cross-pressures* vor, weisen die Faktoren also in verschiedenartige Richtungen, ist eine hemmende Wirkung auf die Wahlbeteiligung erkennbar sowie eine weniger eindeutige Wahlentscheidung zugunsten eines Präsidentschaftskandidaten (Campbell et al. 1954 [1971]: 157-163).

Insgesamt können diese sozialpsychologischen Faktoren Wahlverhalten statistisch sehr gut erklären. Die relative Bedeutung der Konstrukte für die Wahlentscheidung wird aber nur ansatzweise thematisiert. Parteiidentifikation wird zwar als stabilere Größe konzeptualisiert, daraus werden aber keine weitreichenderen Schlussfolgerungen für den relativen Stellenwert der einzelnen Determinanten im Modell gezogen. Ausführlicher wird sich jedoch über den vermuteten Einfluss der Faktoren bei verschiedenen Wahlen geäußert:

„The motivating factors we have conceptualized do not depend on any specific candidates, issues or parties. The changes in candidates and issues that occur from year to year give each election a quality of its own, but as contributors to the total motivation of the voters, candidates, issues, and parties are present every year. The relative importance of each of the three factors may well vary from one election to the next, but we would assume that in any election they will account for a major share of the total motivational force affecting the public.“ (Campbell et al. 1954 [1971]: 164)

Mit Blick auf den Kontext der Wahl ist also die relative Bedeutung der Einflussgrößen wahlspezifisch zu analysieren. Gleichwohl wird davon ausgegangen, dass die Einflussstärke auf hohem Niveau variiert und diese Faktoren in den meisten Fällen eine bedeutende Erklärungskraft für die Wahlentscheidung liefern.

Rossi (1959) formuliert dabei deutliche Kritik an der stark psychologischen Erklärung in *The Voter Decides*. Lobend erwähnt er die repräsentative Umfrage, mit

der aussagekräftige Ergebnisse hervorgebracht werden. Allerdings nutzen die Autoren seiner Meinung nach nicht die Möglichkeiten einer Drittvariablenkontrolle mit beispielsweise soziodemografischen Variablen, sondern beschränken sich stark auf bivariate Zusammenhänge, oft in Form von Kreuztabellen. Zwar werden entsprechende Interpretationen geliefert, aber nicht getestet (Rossi 1959: 38-41). Relativierend muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass sich die Autoren um Campbell durchaus dieses Umstandes und der Einschränkungen ihrer Analyse bewusst sind und vorsichtig argumentieren (siehe z.B. Campbell et al. 1954 [1971]: 134). Außerdem stehen der Forschergruppe keine umfangreichen Vorarbeiten zur Orientierung zur Verfügung. Weiterhin bemängelt Rossi, wie analytisch tiefgehend Erklärungen mit den drei Faktoren sind, da dies nur Variablen seien, die sich analytisch auf einer Ebene befinden (Rossi 1959: 41). Der auch als psychologischer Reduktionismus bezeichnete Vorwurf lautet, zur Erklärung der Wahlentscheidung nur kausal nahestehende Variablen zu benutzen, die zwar eine gute statistische Erklärungsleistung haben, in ihrer inhaltlichen Aussagekraft dann aber eher eingeschränkt seien (Schoen/Weins 2005: 41). Die eigentlich interessante Frage wie diese Einstellungen hingegen herausgebildet werden, bleibt allerdings unbeantwortet (Rossi 1959: 40). Ähnliche Kritik kommt auch von Budge et al. (1976). Zudem kritisieren sie, dass mit dem Konzept der Parteiidentifikation wie es in *The Voter Decides* eingeführt wurde, die konzeptionellen Unterschiede zur Wahlentscheidung nur gering seien (Budge et al. 1976: 5). Viel von dieser Kritik ist in der Reformulierung des sozialpsychologischen Ansatzes in *The American Voter* berücksichtigt worden.

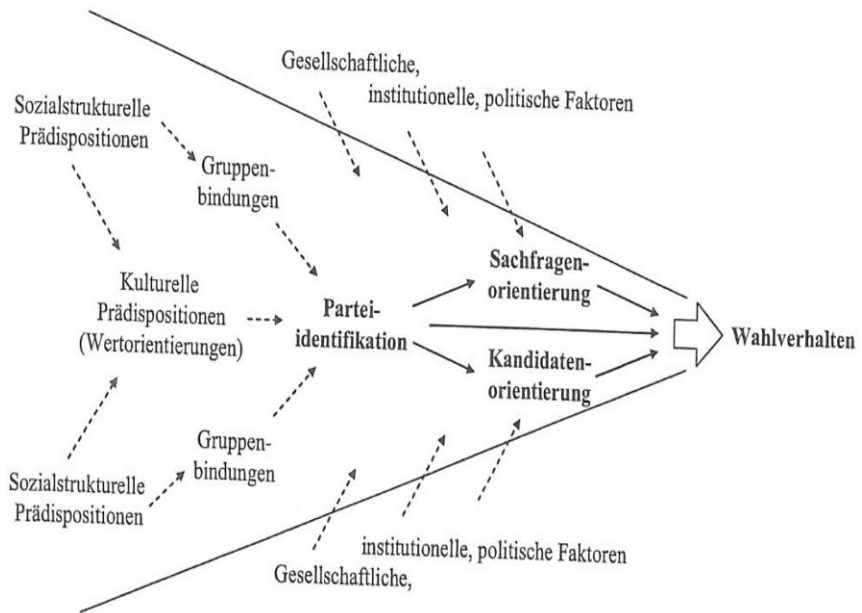
2.1.2. The American Voter

Auf Basis der vorhandenen Kritik entwickelte die Forschergruppe um Angus Campbell in *The American Voter* ihr Konzept zur Erklärung des Wahlverhaltens anhand psychologischer Einflussgrößen weiter. Gegenstand der Untersuchungen sind diesmal die Präsidentschaftswahlen von 1952 und 1956. Als Datenmaterial dienen *face-to-face* Vor- und Nachwahlbefragungen auf Basis von Zufallsstichproben der wahlberechtigten Bevölkerung der USA. Dieses Erhebungsdesign diene als *gold standard* für zukünftige nationale Wahlstudien, die seither alle

zwei Jahre durchgeführt werden und als wertvolle Datenquelle zur Sekundärdatenanalyse zur Verfügung stehen (Lewis-Beck et al. 2008: ix).

Bedeutendste inhaltliche Neuerung ist der *funnel of causality* (Campbell et al. 1960: 24-37), mit dem ein theoretisches Konzept um Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen gebildet wird (vgl. Abbildung 2). Campbell et al. nutzen den Trichter als Metapher, um zu zeigen, dass eine Vielzahl an Einflüssen vermittelt auf das Wahlverhalten wirken, die sozialpsychologischen Faktoren aber die zeitlich am nächststehenden sind. Diese werden wiederum von sozialstrukturellen Faktoren und Wertorientierungen vorgeprägt. Des Weiteren wirken gesellschaftliche, institutionelle und politische Faktoren als Kontexteffekte auf die Determinanten des sozialpsychologischen Modells. Damit reagieren Campbell et al. auf konzeptioneller Ebene auf die Kritik von Rossi (1959).

Abbildung 2: Funnel of causality



Quelle: Kellermann (2008: 34).

Bezogen auf das weite Modellverständnis von Clarke und Primo (2012) kann der *funnel of causality* als „organisierendes“ Modell angesehen werden, das zunächst viele denkbare Einflussfaktoren in eine kausale Reihenfolge bringt und deren Wirkungszusammenhänge beschreibt. Er gibt damit eine Übersicht, welche Faktoren für das Wahlverhalten eine Rolle spielen, aber der *funnel* mit all seinen Faktoren und komplexen Zusammenhängen eignet sich nicht zur vollständigen empirischen Überprüfung. Ein Großteil der deutschen empirischen Wahlforschung, welcher mit dem sozialpsychologischen Ansatz arbeitet, widmet sich daher in den empirischen Analysen Teilaspekten des *funnel of causality*. Dabei wird sich dann beispielsweise nur auf einzelne Faktoren wie Kandidatenorientierungen (Gabriel/Neller 2005; Gabriel et al. 2009), Sachfragenorientierungen (Kunz/Thaidigsmann 2005; Fürnberg/Steinbrecher 2013), Parteiidentifikation (Arzheimer/Schoen 2005) oder Wertorientierungen (Elff 2005: 34) sowie dem Zusammenspiel der drei sozialpsychologischen Faktoren konzentriert (Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008; Blumenberg/Kulick 2010; Schoen 2011).

Eine solche deutliche Eingrenzung für die Analysen nehmen auch Campbell et al. in *The American Voter* vor, indem sie auf die bekannte Determinantentrias zur Erklärung der Wahlentscheidung fokussieren. Zur Begründung geben die Autoren wiederum den Parsimonitätsgedanken an: Es sei ihre Forschungsstrategie, die Wahlentscheidung mit möglichst wenigen Variablen so gut wie möglich zu erklären (Campbell et al. 1960: 33). In Anlehnung an Lewins Feldtheorie (Lewin 1951) werden laut Campbell et al. die vorgelagerten Einstellungen von den sozialpsychologischen an der Mündung des Trichters aufgenommen, sodass vorgelagerte Faktoren für die Erklärung des Wahlverhaltens nicht zwingend eigens berücksichtigt werden müssen (Schoen/Weins 2005: 194).

Die Wirkungsbeziehungen im *funnel of causality* sind tatsächlich so postuliert, dass die vorgelagerten Einflüsse in Form von Wertorientierungen und sozialstrukturellen Prädispositionen allein auf die Parteiidentifikation wirken. Während in *The Voter Decides* zwar die Langfristigkeit der Parteiidentifikation benannt wurde, ohne daraus analytische Konsequenzen zu ziehen, wird Parteiidentifikation in *The American Voter* umdefiniert als langfristig stabiler, den Kandidaten-

und Sachfragenorientierungen vorgelagerter und sie auch prägender Faktor. Die durch den *funnel of causality* so umgedeutete Determinantentrias ist in dieser Form auch der Ansatzpunkt für die deutsche sozialpsychologische Wahlforschung.

Die Ausbildung einer Parteiidentifikation geschieht dabei in der Primärsozialisation und stellt feldtheoretisch argumentiert nun ein gutes Surrogat weiterer, vorgelagerter Faktoren im Kausalitätstrichter dar, welches die Erhebung komplizierter Sozialisationsereignisse überflüssig macht (Campbell et al. 1960: 34). Damit ist Parteiidentifikation eine generalisierte Einstellung, die sich mit zunehmendem Alter in ihrer Intensität verfestigen sollte (Roth 1998: 37). Analytisch nimmt sie damit im Michigan-Modell eine dominante Stellung ein (Kellermann 2008: 36). Interessant ist dabei vor allem, dass sich daraus trotz theoretischer Umdeutung und anderer Kausalanordnung keine Veränderungen in der Messtheorie ergeben. Wie in *The Voter Decides* wird Parteiidentifikation in *The American Voter* in einem dreistufigen Verfahren exakt mit den gleichen Fragen gemessen und am Ende wieder in eine siebenstufige, eindimensionale Messung überführt (Campbell et al. 1960: 122f.). Diese Standardmessung der Parteiidentifikation als langfristige psychologische Bindung ist auch bis in die Gegenwart hinein in den amerikanischen Wahlstudien zu finden (Lewis-Beck et al. 2008: 128).

Die kausal vorgelagerte Anordnung der Parteiidentifikation führt weiterhin zur Asymmetrie mit den Faktoren der Kandidaten- und Sachfragenorientierungen. Die Parteiidentifikation wirkt auf diese kurzfristigen Einstellungen in Form eines Wahrnehmungsfilters. Wenn Personen beispielsweise eine starke Parteibindung haben, erscheinen Kandidaten und die Lösungsangebote dieser Partei zu Sachfragen für den Befragten positiver, es bestehen also Färbungseffekte (Schoen/Weins 2005: 196). Die Parteiidentifikation ist damit auch ein Hilfsmittel zur Komplexitätsreduktion, um sich in der politischen Welt zu orientieren. Lewis-Beck et al. vergleichen diese Bindungen mit *brand loyalty* bei Kaufentscheidungen, die es Konsumenten ermöglicht fortlaufend einfache Entscheidungen aufgrund ihrer

Markenbindung zu treffen, bis sie schlechte Erfahrungen machen und ihre Entscheidung womöglich überdenken (Lewis-Beck et al. 2008: 426). Da Parteiidentifikation damit zum einen direkt auf die Wahlentscheidung wirkt als auch vermittelt über Färbungseffekte, sollte sie in der Regel den höchsten Gesamteinfluss auf das Wahlverhalten haben.

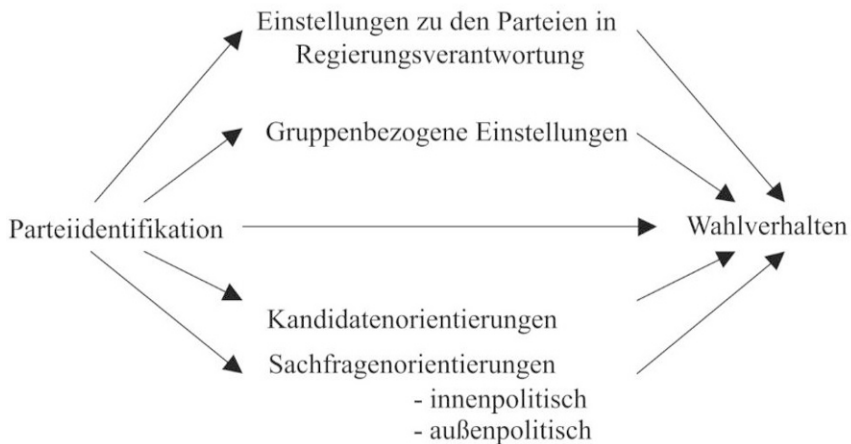
Im Gegensatz zur messtheoretischen Konstanz bei der Parteiidentifikation gibt es bei der Messung von Sachfragenorientierungen Veränderungen zu *The Voter Decides*. In *The American Voter* werden diese nun genau wie Kandidatenorientierungen über offene Fragen operationalisiert. Die Autoren unterscheiden demnach insgesamt sechs sachfragen- bzw. kandidatenbezogene Einstellungen:

- „1. Einstellungen zum demokratischen Kandidaten Stevenson (codiert wurden hier alle Bezugnahmen auf Erfahrung, Fähigkeiten, persönliche Qualitäten oder seine Beziehung zu seiner Partei)
2. Einstellungen zum republikanischen Kandidaten Eisenhower (Codierung analog zu 1.)
3. gruppenbezogene Einstellungen (codiert wurden Kommentare über Kandidaten oder Parteien, die auf eine Bevölkerungsgruppe Bezug nehmen)
4. Einstellungen zu innenpolitischen Sachfragen (codiert wurden partei- und kandidatenbezogene Erwähnungen innenpolitischer Sachfragen)
5. Einstellungen zu außenpolitischen Sachfragen (Codierung analog zu 4.)
6. Einstellungen zu den Parteien als Inhaber der Regierungsgewalt (codiert wurden Bezugnahmen auf Korruption, die kollektive Parteiführung und die Regierungsfähigkeit der Partei).“ (Schoen/Weins 2005: 196)

Durch die veränderte Art der Messung ergeben sich Akzentverschiebungen bei den kurzfristigen Einstellungen des Ann-Arbor-Modells gegenüber *The Voter Decides*. Zunächst werden die Sachfragenorientierungen, da über offene Fragen empirisch destilliert, eher induktiv erhoben. Bei den Kandidateneinstellungen werden weiterhin nicht mehr nur persönliche Eigenschaften der Kandidaten erfasst, sondern das Konzept ausgeweitet auf politische Eigenschaften, was tendenziell die Erklärungsleistung dieser Größe im Modell erhöhen sollte (Schoen/Weins 2005: 197). Unter Sachfragenorientierungen werden nun auch *issue*-bezogene Aussagen über Kandidaten und Parteien subsummiert, wobei gruppenbezogene Einstellungen sowie solche über die Regierungsfähigkeit der Parteien als im weiteren Sinne parteibezogene Sachfragen gedeutet werden

(Schoen/Weins 2005: 197). Durch die weite Lesart von Kandidaten- und Sachfragenorientierungen wird die Distinktheit der einzelnen Faktoren allerdings geschmälert. Gemein ist diesen Einstellungen aber, dass sie von der vorgelagerten Größe der Parteiidentifikation beeinflusst werden (Färbungseffekte). Der Ansatz lässt sich damit wie folgt illustrieren:

Abbildung 3: Erklärungsmodell in *The American Voter*



Quelle: Schoen/Weins (2005: 198).

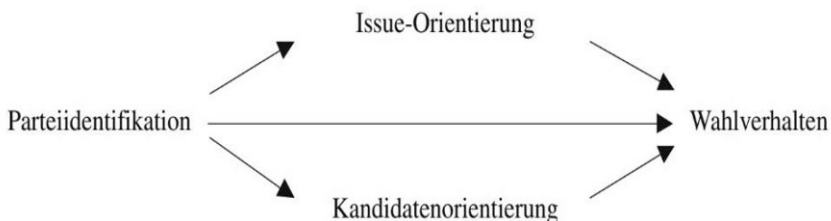
Das auch als *six-component-model*⁶ (Campbell et al. 1960: 65; Stokes 1966) bezeichnete Erklärungsmodell unterscheidet sich damit deutlich vom dem in *The Voter Decides*. Die empirischen Ergebnisse, die mit Hilfe dieses Modells gewonnen werden, sind hingegen denen der Vorgängerstudie sehr ähnlich: Bürger mit einer hohen Anzahl an Einstellungskonflikten (Konflikthypothese) neigen dabei eher zum Stimmensplitting, treffen ihre Wahlentscheidung später oder bleiben der Wahl ganz fern, während Einstellungskonsistenz (Summenhypothese) bei den

⁶ Die sechs Komponenten beziehen sich auf die sechs kandidaten- und sachfragenbezogenen Einstellungen, die weiter oben erwähnt werden. In der Abbildung wurde abstrahiert und die innen- und außenpolitischen Sachfragen gebündelt sowie die kandidatenbezogenen Einstellungen zu Stevenson und Eisenhower (jeweils eine Komponente) zu Kandidatenorientierungen zusammengefasst.

Komponenten und der Parteiidentifikation zur Wahlbeteiligung und einer Wahlentscheidung zugunsten der Partei, die konsistent positiv bewertet wird, führt (Campbell et al. 1960: 77-88). Da politische Involvierung mit Homogenität und Stabilität der Einstellungen zusammenhängt, sind es demnach die wenig interessierten, unterschiedlichen *cross-pressures* ausgesetzten Wechselwähler, die dennoch an der Wahl teilnehmen, die für Regierungswechsel verantwortlich sind. Politisch Involvierte hingegen gehören eher zur Stammwählerschaft der Republikaner bzw. Demokraten (Campbell et al. 1960: 547; Schoen/Weins 2005: 199).

Bei der Literaturlauswertung nachfolgender Studien der Michigan-Schule stellt Kellermann (2008:40) fest, dass die Autoren ihr vorgestelltes *six-component-model* in *The American Voter* oftmals ergänzen oder einzelne Komponenten weglassen. Dies deutet so Kellermann zum einen auf die wenig theoretische Stichhaltigkeit der unterschiedenen Komponenten hin und zum anderen auf eine pragmatische Vorgehensweise, die darauf abzielt, möglichst statistisch erklärungsstarke Modelle für das Wahlverhalten zu erhalten. Was die relative Bedeutung der Faktoren für die Wahlentscheidung angeht, so unterscheiden sich diese von Wahl zu Wahl und auch von der verwendeten Operationalisierung. Die sechs nicht-trennscharfen Komponenten können dabei in einer weiten Interpretation wieder auf Sachfragen- und Kandidatenorientierungen zurückgeführt werden (Fiorina 1976; Kellermann 2008: 39). Diese Sichtweise einer kondensierten Version des sozialpsychologischen Ansatzes bestehend aus Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierung ist laut Asher (1983: 342) letztendlich auch die Determinantentrias, die nachfolgend international rezipiert wurde (vgl. Abbildung 4):

Abbildung 4: Rezipierte Form des sozialpsychologischen Ansatzes



Quelle: Schoen/Weins (2005: 200).

Das auch in Deutschland in der Form rezipierte Modell, stellt den Ausgangspunkt für weitergehende Überlegungen zur Wählerheterogenität im Ann-Arbor-Modell dar. Bevor für die deutsche Wahlforschung theoretische Überlegungen und empirische Befunde zum rezipierten Modell referiert werden (Kapitel 2.3.), wird zunächst auf die wichtigsten weitergehenden Entwicklungen und Kritiken am sozialpsychologischen Ansatz im US-Kontext eingegangen (Kapitel 2.2.).

2.2. Weiterentwicklungen und Kritik am Michigan-Modell im US-Kontext

Die Umdeutung der Parteiidentifikation in eine langfristig stabile, affektive Bindung in *The American Voter* hat zu einer erheblichen Resonanz und Diskussion, vor allem im US-Kontext geführt. Dabei kann die Kritik und Diskussion an dem Konzept der Parteiidentifikation unterteilt werden in (1) Überlegungen zur Verbesserung der Messung von Parteiidentifikation, die nicht die grundsätzliche Konzeptualisierung als langfristigen kausal vorgelagerten Faktor angreifen (Kapitel 2.2.1.). (2) gibt es eine Reihe grundsätzlicher Kritik an der Verwendung der Parteiidentifikation als exogene Variable, die zur Entwicklung von Modellen zur Erklärung der Wahlentscheidung geführt hat, bei der diese Variable als endogen angesehen wird (Kapitel 2.2.2.). Bei dieser sogenannten revisionistischen Sichtweise werden in diesen Modellen die Beziehungen der Faktoren sowie ihre kausale Anordnung neu strukturiert – mit unterschiedlichen Konsequenzen für das Zusammenspiel und die Wichtigkeit der Faktoren. Kapitel 2.2.3. stellt schließlich im Anschluss erneut Studien vor, welche die orthodoxe Sichtweise aus *The American Voter* verteidigen. Sachfragen- und Kandidatenorientierungen als weitere Faktoren des Michigan-Modells unterlagen dabei nicht einer solchen prinzipiellen Diskussion, weshalb in den folgenden Unterkapiteln auf Parteiidentifikation fokussiert wird.

2.2.1. Vorschläge zur besseren Messung der Parteiidentifikation

Die Erhebung der Parteiidentifikation in einem dreistufigen Verfahren und die letztendlich konstruierte siebenstufige, bipolare Messung der Parteiidentifikation

mit den Polen *strong Democrat* und *strong Republican*, wie in *The American Voter* (Campbell et al. 1960: 122-124) praktiziert, fand messtheoretische Kritik von mehreren Seiten.

Ein Vorschlag bei Parteiidentifikation nicht nur die positive Bindung an eine Partei zu berücksichtigen, kommt von Maggiotto und Piereson (1977). Ihnen zufolge können Parteibindungen und vor allem Abweichungen der Wahlentscheidung von einer bestehenden Parteiidentifikation im US-Kontext besser verstanden werden, wenn nicht nur nach der Bindung an eine Partei mit dem klassischen Indikator gefragt wird, sondern zusätzlich auch die Einstellung zu der jeweils anderen Partei berücksichtigt wird. Diese wird von den Autoren anhand von Parteithermometerskalen erfasst (Maggiotto/Piereson 1977: 751). Ihre Hypothese, dass der Grad der Ablehnung zu der anderen Partei Erklärungskraft dafür bietet, warum Parteiidentifizierer gelegentlich nicht für ihre Partei stimmen (Maggiotto/Piereson 1977: 746), überprüfen die Autoren anhand sechs nationaler US-Wahlstudien aus den 1960er- und 1970er-Jahren (Maggiotto/Piereson 1977: 750-751). Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass ein von der Parteiidentifikation abweichendes Wahlverhalten vor allem dann auftritt, wenn für die andere Partei eine hohe Sympathie besteht (Maggiotto/Piereson 1977: 763).

Eine andere Erweiterung schlägt Katz (1979) vor, bei der Stärke und Richtung der Parteiidentifikation nicht als eine, sondern als zwei unterschiedliche Dimensionen aufgefasst werden. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind empirische Befunde aus der amerikanischen Panelstudie 1956-1958-1960, wonach Personen, die ihre Parteiidentifikation wechseln, nicht wie angenommen zunächst in die Mitte der Skala driften, um von dort aus wieder eine Parteiidentifikation aufzubauen, sondern es unter den Wechslern mehr Personen mit einer starken als schwachen Parteiidentifikation gibt (Katz 1979: 150). Mit Daten der erwähnten amerikanischen Studie und einer weiteren britischen Panelstudie von 1964 bis 1970 kann Katz mit dem Verfahren der multidimensionalen Skalierung zeigen, dass Stärke und Richtung von Parteiidentifikation zwei unterschiedliche Dimensionen sind (Katz 1979: 151). Mit Hilfe dieser Unterscheidung kann er den Wechsel von Parteiidentifizierern besser erklären, da Stärke und Richtung nun nicht

notwendigerweise zusammenhängen (Katz 1979: 161). Dabei haben starke Parteiidentifizierer zwar eine sehr geringe Chance auf einen Wechsel, aber wenn sie wechseln, haben sie häufig eine ähnlich stark fanatische Bindung zu ihrer neuen Partei (Katz 1979: 158).

Ein weitergehender Vorschlag zu einem komplexeren Verständnis der Parteiidentifikation mit der Möglichkeit von Mehrfachparteibindungen und besonderer Berücksichtigung von Unabhängigen kommt von Weisberg (1980). Ihm zufolge kann es durchaus sein, dass einige Wähler sich als Demokraten und Republikaner verstehen. Auch die Motive der *Independents* können vielfältig sein. So wäre es denkbar, dass Unabhängige beide Parteien gleich gut mögen bzw. verabscheuen oder dass die Wähler politische Unabhängigkeit als Wert an sich schätzen (Weisberg 1980: 36). Mit der Konzeptualisierung von Parteiidentifikation als multidimensionales Konzept bestehend aus Einstellungen zu Republikanern, Demokraten und Unabhängigen kann Weisberg Mehrfachparteibindungen erfassen und eine genauere Exploration der parteipolitischen Unabhängigen vornehmen (Weisberg 1980: 43). Politische Unabhängigkeit ist damit, anders als bei der bipolaren Messung von Parteiidentifikation in *The American Voter*, nicht von vornherein als unvereinbar mit einer Parteibindung konzeptualisiert, sondern eine empirische Frage. Mit einer Reihe von Thermometer-Fragen zur demokratischen und republikanischen Partei sowie einigen weiteren Fragen zur Unterstützung der Parteien zeigt Weisberg, dass das klassische Instrument zur Erfassung von Parteibindung zuverlässig die Parteiidentifikation für Republikaner und Demokraten misst, sehr stark mit seiner eigenen Konzeptualisierung korreliert und es tatsächlich kaum Mehrfachparteibindungen gibt (Weisberg 1980: 49-50). Zur Erfassung von Unabhängigen ist das klassische Erhebungsinstrument aus *The American Voter*, welches die Unabhängigkeit schlicht als das Gegenteil einer Parteibindung ansieht, aber nicht zufriedenstellend geeignet (Weisberg 1980: 56).

Wenn Unabhängigkeit als eigene Dimension aufgefasst und die Stärke dieser Unabhängigkeit erhoben wird, lassen sich daraus weitere Erkenntnisse über diesen Personenkreis ziehen. Im klassischen Verständnis von *The American Voter* sind

Unabhängige wenig politisch interessiert und aktiv (Campbell et al. 1960: 547), während sich bei Weisberg durch die eigene Dimension und die Erhebung der Stärke ein komplexeres Bild ergibt: So zeigen Personen, die sich als starke Unabhängige bezeichnen ein höheres Interesse am Wahlkampf, schätzen die Bedeutung des Wahlausgangs als wichtiger ein, haben eine ausgeprägte Wahlhistorie und sind im Schnitt besser gebildet als Personen mit gleichstarker Parteibindung (Weisberg 1980: 56). Damit liefert Weisberg empirische Evidenz gegen das bis dahin vorherrschende Bild der Unabhängigen als weitgehend homogene, politikkferne Gruppe.

Die Ansätze von Maggiotto und Piereson (1977) sowie Katz (1979) und Weisberg (1980) Parteiidentifikation als komplexeres Phänomen zu begreifen, dessen Operationalisierung mit dem Standardindikator aus *The American Voter* für bestimmte Forschungsfragen nicht hinreichend ist, hatte Einfluss auf das generelle Verständnis über die in der Wahlforschung verwendeten Variablen und ihrer Diskrepanz zu den Konzepten, die sie repräsentieren sollen. In einem Artikel zum Forschungsstand der US-Wahlforschung kommt Asher (1983) beispielsweise zu folgender Einschätzung bezüglich der Faktoren des Michigan-Modells und ihrer Messung:

„I think a better way [...] is to recognize that party identification and issue and candidate attitudes are complex concepts [...] that cannot be adequately measured by a single indicator. Furthermore, the concepts of party identification, issue attitudes and candidate attitudes are latent (unmeasured) variables which we hope to tap adequately by means of our operational measures.“
(Asher 1983: 352)

Durch die Auffassung die Einflussgrößen des Ann-Arbor-Modells als latente Konstrukte zu betrachten, wird hervorgehoben, dass die theoretischen Konzepte und ihre Messung zwei unterschiedliche Entitäten darstellen (siehe auch Maggiotto und Piereson 1977: 764), zwischen denen eine erhebliche Diskrepanz besteht, vor allem wenn die Konzepte nur durch einen Indikator gemessen werden. Außerdem wird betont, dass bestehende Indikatoren allenfalls recht grob das dahinterstehende Konstrukt abbilden (Asher 1983: 374).

Ein Anwendungsbeispiel, mit multiplen Indikatoren Parteiidentifikation als latentes Konstrukt zu messen, liefern Green und Schickler (1993). Zunächst kritisieren sie die Erweiterungen der Parteiidentifikation mit Thermometerskalen wie sie Maggiotto und Piereson (1977) sowie Weisberg (1980) verwenden. Das Konzept der Parteiidentifikation als stabile, affektive Bindung an eine Partei wird in *The American Voter* konzeptualisiert als ein Teil des Selbstkonzepts und beim Standarderhebungsinstrument korrekterweise gemessen durch die Konnotation *think of yourself* (Campbell et al. 1960: 122f.). Parteithermometerskalen messen nicht diese Bindung, sondern kurzfristige Zustimmung oder Ablehnung zu Parteien und sollten daher nicht zur Erweiterung der Messung von Parteiidentifikation herangezogen werden (Green/Schickler 1993: 506).

Green und Schickler (1993) identifizieren neben dem Standarderhebungsinstrument vier weitere Variablen⁷, die geeignet erscheinen Parteiidentifikation zu messen: (1) Eine siebenstufige Skala mit exakt den gleichen Ausprägungen wie beim Standarderhebungsinstrument, bei der die Befragten allerdings nicht durch drei Fragen und ihrer Kombination vom Forscher eingeordnet werden, sondern sich auf einer der sieben Ausprägungen selbst einordnen; (2) eine abgewandelte Skala des Standarderhebungsinstruments, bei der Befragte zusätzlich ihre Unabhängigkeit hervorheben können; (3) eine Wortänderung im Standarderhebungsinstrument, die durch Hinzufügen von *basically think of yourself* noch stärker langfristig orientiert ist als bei *The American Voter* und (4) dem Standardindikator vom Meinungsforschungsinstitut Gallup, bei dem es keine langfristige Konnotation in der Frage gibt („In politics, *as of today* do you consider yourself as a Republican, Democrat, or Independent?“) (Green/Schickler 1993: 531).

Der Verdienst von Green und Schickler liegt nun darin, diese Variablen, mit Ausnahme der Gallup-Frage, als Indikatoren für das latente Konstrukt Parteiidentifikation zu modellieren (Green/Schickler 1993: 521). Anders als Maggiotto und Piereson (1977), die lediglich in ihrer Zusammenfassung den Bedarf einer Mes-

⁷ Für den kompletten Wortlaut der einzelnen Fragen siehe Green/Schickler (1993: 531-532).

sung der Parteiidentifikation mit mehreren Indikatoren herausstellen (Maggiotto/Piereson 1977: 763-764), in den eigenen Analysen aber ihre Variablen separat betrachten (Maggiotto/Piereson 1977: 751-762), nutzen Green und Schickler (1993) den LISREL-Ansatz (Jöreskog/Sörbom 1988). Sie verwenden dabei konfirmatorische Faktorenanalysen und Strukturgleichungsmodelle, mit denen auch Messfehler der Indikatoren berücksichtigt werden können (Kline 2011: 9).

In der Analyse kommen Green und Schickler (1993) zu dem Ergebnis, dass die traditionelle Michigan-Skala über eine sehr hohe Reliabilität verfügt und zumindest für ihren verwendeten Datensatz des *NORC Amalgam Survey* vom Dezember 1973 (Green/Schickler 1993: 506) lediglich 11 Prozent der Varianz in der Parteiidentifikation auf Messfehler zurückzuführen sind. Dennoch sollten solche Messfehler in Modellen der Wahlentscheidung berücksichtigt werden (Green/Schickler 1993: 530-531). Von den verwendeten Alternativmessungen erreicht nur die Selbsteinschätzungs-Skala eine ähnlich hohe Reliabilität wie das klassische Erhebungsinstrument (Green/Schickler 1993: 526).

Von einer methodischen Perspektive her stellt diese Arbeit einen deutlichen Fortschritt dar, weil Parteiidentifikation als latentes Konstrukt modelliert und Messfehler der Indikatoren berücksichtigt werden. Die Verwendung von Sekundärdaten führt allerdings dazu, dass für die Analyse keine maßgeschneiderten Indikatoren verwendet werden können, was zu harten Einschnitten bei der Konstruktion latenter Konstrukte führt (Asher 1983: 352). Latente Konstrukte sind nicht direkt beobachtbare und komplexe Entitäten, die mit einer Reihe von Indikatoren gemessen werden sollen. Diese sollen hoch miteinander korrelieren, weil sie zum selben Konstrukt gehören, aber noch hinreichend distinkt voneinander sein, um jeweils die verschiedenen Facetten zu repräsentieren. Die Auswahl der einzelnen Indikatoren sollte dabei theoriegeleitet erfolgen. Von diesem Verständnis her ist die Arbeit von Green und Schickler (1993) zu kritisieren, da schlicht ähnliche Messungen benutzt werden, die sich im Wortlaut unterscheiden, aber nicht darauf abzielen, verschiedene Facetten der Parteiidentifikation abzubilden.

Eine Messung von Parteiidentifikation als latentes Konstrukt erfordert also Klarheit, welche Facetten die Parteiidentifikation besitzt und wie diese gemessen werden können. Einige Studien schlagen eine solche theoriegeleitete Fundierung der Parteiidentifikation vor. Dabei wird beispielsweise die affektive und kognitive Seite von Parteiidentifikation unterschieden (Greene 2002; Burden/Klofstad 2005) oder eine stärkere theoretische Verortung in der sozialen Identitätstheorie vorgenommen (Green et al. 2002; Ohr/Quandt 2012; Mayer 2015).

Die anhaltende Diskussion über die Messung der Parteiidentifikation ist nicht abgeschlossen und es gibt keinen tragbaren, von weiten Teilen der wissenschaftlichen Community akzeptierten, theoriegeleiteten Messvorschlag. Die hier vorgestellten Erweiterungen haben sich trotz ihrer Vorteile (noch) nicht dauerhaft in repräsentativen Umfragen etablieren können (Greene 2002: 173). Hingegen besitzt das klassische Erhebungsinstrument aus *The American Voter* trotz aller Kritik eine erstaunliche Persistenz. Ausschlaggebend scheinen dafür vor allem pragmatische Gründe zu sein, da diese Form der Messung trotz aller Schwächen nicht zu gravierenden Fehlern führt und longitudinale Analysen von den 1950er-Jahren bis in die Gegenwart hinein ermöglicht (Schoen/Weins 2005: 207). So wird auch in neueren Arbeiten, die sich nicht primär auf die Messung von Parteiidentifikation konzentrieren, sondern mit dem Michigan-Modell Wahlverhalten erklären wollen, der klassische Indikator für die empirischen Analysen verwendet (Lewis-Beck et al. 2008; Dalton 2013). Neben dieser messtheoretischen Debatte fanden zeitlich und inhaltlich verschränkt auch kontroverse Diskussionen statt, wie Parteiidentifikation in Modellen des Wahlverhaltens kausal mit den anderen Einflussgrößen aus dem Ann-Arbor-Ansatz zusammenhängt. Nachfolgend soll auch diese Entwicklung nachgezeichnet werden.

2.2.2. Parteiidentifikation als endogene Variable und die kausale Beziehung der Einflussgrößen im Michigan-Modell

Grundlegend anders als in *The American Voter* bettet Jackson in einen viel beachteten Aufsatz zu den Präsidentschaftswahlen 1964 Parteiidentifikation in sein

Erklärungsmodell ein (Jackson 1975). Das von Fiorina als erstes plausibles, simultan geschätztes Pfadmodell in der amerikanischen Wahlforschung Gelobte (Fiorina 1981: 184), basiert auf der Annahme, dass Parteiidentifikation keine exogene Variable ist, sondern beeinflusst wird von Präferenzen zu Sachfragen und den Positionen der Parteien und Kandidaten zu diesen Sachfragen (Jackson 1975: 162).⁸ Parteiidentifikation wird dabei mit der Standardfrage aus *The American Voter* erhoben, wobei Unabhängige aus der Analyse ausgeschlossen werden, so dass die letztendlich verwendete Variable nur vier Ausprägungen besitzt (Jackson 1975: 169). Seinen empirischen Analysen zufolge sind Wahlentscheidungen demnach zu einem großen Teil abhängig von den Positionen der Parteien zu Sachfragen und weniger von Parteiidentifikationen. Parteibindungen hängen außerdem im erheblichen Maße von Sachfragenorientierungen ab (Jackson 1975: 183). Damit rückt Jackson klar von der Konzeptualisierung der Parteiidentifikation als stabilen Einflussfaktor ab. Vielmehr können sich Parteibindungen ändern, wenn sich die individuellen Präferenzen zu Sachfragen ändern, neue Sachfragen in der politischen Debatte virulent werden oder die Parteien ihre Positionen ändern (Jackson 1975: 181). Damit sind Parteibindungen überaus dynamisch und kurzfristig. Problematisch ist an dieser Stelle allerdings, dass sich keine theoretische Fundierung des Konzepts der Parteiidentifikation findet. Somit bleibt unklar, was Parteiidentifikation in diesem Modell eigentlich ist. Es wird zwar zu ihrer Messung dasselbe Instrument wie in *The American Voter* verwendet, die neue kausale Anordnung wird aber nicht theoretisch begründet.

Ein noch komplexeres Modell, in welchem Parteiidentifikation als endogene Variable angesehen wird, findet sich bei Page und Jones (1979) für die Erklärung der Wahlentscheidung bei den US-Präsidentenwahlen von 1972 und 1976. Die Autoren argumentieren, dass Studien, die unidirektionale Kausalbeziehungen von sachfragenbasierten Präferenzen zu Kandidatenevaluierungen oder Wahlentscheidungen annehmen, das Ausmaß von *policy voting* überschätzen (Page/Jones 1979: 1078). Diese Fehlspezifikation führt dabei zu erheblichen substantiellen

⁸ Für eine schematische Darstellung des Pfadmodells siehe Abbildung 19 im Anhang.

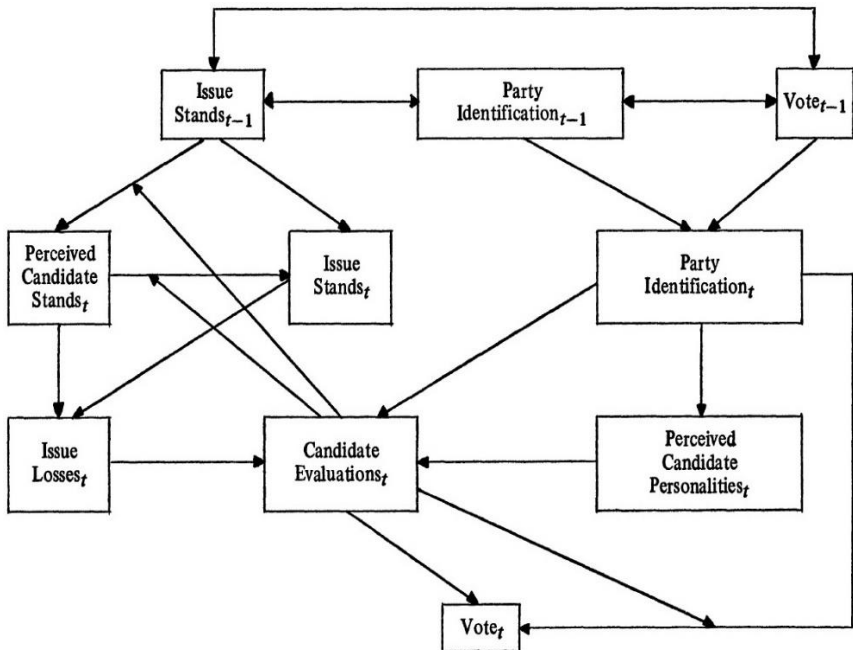
Verzerrungen bei der Einschätzung der Bedeutung dieser Faktoren für die Wahlentscheidung. Dementsprechend werden in ihrem nicht-rekursiven Modell Wechselwirkungen zwischen Parteiidentifikation und Sachfragen- und Kandidateneinschätzungen postuliert. Darüber hinaus wird kein direkter Effekt von Parteiidentifikation auf die Wahlentscheidung angenommen, sondern dass sowohl Sachfrageeinschätzungen als auch Parteiidentifikation ausschließlich vermittelt über Kandidatenevaluierungen wirken (Page/Jones 1979: 1079-1081).⁹ Im Vergleich der beiden Wahlen stellen Page und Jones fest, dass sich die Bedeutung der Parteiidentifikation für die Wahlentscheidung erheblich unterscheidet. Bei der Wahl 1976, bei der die Parteien relativ klare, voneinander unterscheidbare Positionen hatten und die Präsidentschaftskandidaten als typische Vertreter ihrer Partei angesehen wurden, hat die Parteiidentifikation Auswirkungen auf Sachfragenorientierungen und Kandidatenevaluationen und es bestehen auch Rückkopplungsprozesse. Für die Wahl 1972, in welcher diese Bedingungen nicht gegeben sind, sehen die Autoren Parteiidentifikation als relativ isoliert und wenig bedeutsam für die Wahlentscheidung an (Page/Jones 1979: 1088). Ähnlich wie bei Jackson (1975) lässt sich auch bei Page und Jones (1979) kritisieren, dass das etablierte Erhebungsinstrument für die Parteiidentifikation aus *The American Voter* benutzt wird. Parteiidentifikation wird von ihnen aber umgedeutet als auch durch kurzfristige Faktoren der Kandidaten- und Sachfragenorientierung veränderbar und damit nicht mehr langfristig stabil und kausal vorgelagert, ohne aber einen neuen theoretischen Überbau zu liefern, was Parteiidentifikation dann bedeuten soll. Die Wechselwirkungen werden aber immerhin plausibilisiert (Page/Jones 1979: 1078).

Ein weniger stark nicht-rekursives Modell der Wahlentscheidung, bei dem Parteiidentifikation als endogene Variable aufgefasst wird, stellen Markus und Converse (1979) vor. Ihr Anliegen ist es, ein generalisierbares Modell der Wahlentscheidung zu entwickeln, was auf verschiedene Wahlen angewandt werden kann (Markus/Converse 1979: 1055). Als Neuerung ist vor allem der Einbezug von

⁹ Für eine schematische Darstellung des Pfadmodells siehe Abbildung 20 im Anhang.

Paneldaten für die Präsidentschaftswahlen von 1972 und 1976 herauszustellen, der es den Autoren ermöglicht, nicht nur das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren simultan zu schätzen, sondern auch longitudinale Einflüsse zu berücksichtigen (Markus/Converse 1979: 1056). Basierend auf sozialpsychologischen Überlegungen, wie Wähler entscheiden, wird das Modell von ihnen wie folgt spezifiziert (vgl. Abbildung 5):

Abbildung 5: Modell zur Wahlentscheidung von Markus und Converse



Quelle: Markus/Converse (1979: 1059).

Parteiidentifikation, gemessen mit dem Standardindikator (Markus/Converse 1979: 1060), wird dementsprechend von der früheren Wahlentscheidung, der früheren Parteiidentifikation sowie indirekt von früheren Standpunkten zu Sachfragen, die in Wechselwirkung mit einer früheren Parteiidentifikation stehen, beeinflusst. Parteiidentifikation beeinflusst wiederum Kandidatenevaluierungen, wahrgenommene Kandidateneigenschaften und die Wahlentscheidung direkt und wirkt auch indirekt über Kandidatenevaluierungen auf die Wahlentscheidung.

Damit ist Parteiidentifikation zwar endogen, es wird aber zumindest ähnlich wie in *The American Voter* die relative Stabilität der Parteiidentifikation gegenüber den anderen Prädiktoren im Modell betont (Markus/Converse 1979: 1069). Dies unterscheidet diese Studie von den anderen bisher besprochenen in Kapitel 2.2. Dennoch sind die Überlegungen von Markus und Converse trotz der angenommenen Stabilität der Parteiidentifikation nicht anschlussfähig an den *funnel of causality*, da die dominante Stellung der Parteiidentifikation aufgegeben wird. Auch dies erfolgt weitestgehend ohne Begründung. An diese Stelle treten Kandidatenevaluierungen als dominanter Faktor (Markus/Converse 1979: 1068).

Das Manko der fehlenden Neu-Konzeptualisierung von Parteiidentifikation der drei vorgestellten Studien trifft nicht auf die Arbeit von Fiorina zu. Sein Verdienst ist es, in der Monographie *Retrospective Voting in American National Elections* (1981) sich ausführlicher mit den theoretischen Grundlagen der Parteiidentifikation als endogener Variable auseinanderzusetzen. Fiorina fasst Parteiidentifikation dabei als *running tally* (Fiorina 1981: 89) retrospektiver Evaluierungen auf:

„we have proposed a model of the individual voting decision that depends on the notion that citizens monitor party promises and performances over time, encapsulate their observations in a summary judgment termed ‚party identification‘, and rely on this core of previous experience when they assign responsibility for current societal conditions and evaluate ambiguous platforms designed to deal with uncertain futures.“ (Fiorina 1981: 83)

Damit wird Parteiidentifikation nicht als langfristig stabil und in der Kindheit sowie im Jugendalter sozialisiert angesehen, sondern Fiorina verortet Parteiidentifikation als dynamischen Faktor in der politischen Realität Erwachsener (Asher 1983: 356). Dieser dient als effizienter Mechanismus zur Informationsverarbeitung, um Parteiaktivitäten zu evaluieren (Fiorina 1981: 90).¹⁰ Damit konzeptualisiert Fiorina den Erwerb und das Vorhandensein von Parteiidentifikation auf einer rationalen Basis (vgl. auch Shively 1979; Achen 2002).

¹⁰ Für eine schematische Darstellung des Modells bei Fiorina (1981) siehe Abbildung 21 im Anhang.

Zur empirischen Überprüfung nutzt Fiorina repräsentative Querschnittsbefragungen der Präsidentschafts- und Kongresswahlen von 1952 bis 1976 (Fiorina 1981: 20-43). Er findet heraus, dass retrospektive Wähler heterogen sind in Bezug auf ihre Bildung, Beruf und Kenntnisse über Politik. Gemeinsam ist den retrospektiven Wählern lediglich ein höheres Misstrauen gegenüber Politikern und dem politischen System, was dazu führt, dass diese Personen eher auf Grundlage retrospektiver Evaluierungen der Performanz von Parteien und Kandidaten ihre Wahlentscheidung treffen (Fiorina 1981: 80).

Zwar bestreitet Fiorina nicht den Einfluss von Sozialisationsprozessen auf die erstmalige Herausbildung einer Parteiidentifikation, stuft aber die Erfahrungen der Bürger im Erwachsenenalter als gewichtiger ein (Fiorina 1981: 89). Erst diese Überlegung, dass Evaluierungen vom politischen Geschehen bedeutender sind als die Primärsozialisation, macht die Rückkopplungsprozesse der Parteiidentifikation zu anderen Faktoren in nicht-rekursiven Modellen plausibel,

„denn nur wenn eine Einstellung auf früheren Erfahrungen mit Leistungen und Positionen der Parteien und Kandidaten beruht, kann eine Stabilisierung oder Modifikation dieser Einstellung durch aktuelle Erfahrungen angenommen werden. Bei einer psychologisch sehr früh verankerten und entsprechend tief sitzenden Einstellung dürfte der Schwellenwert für Veränderungen viel zu hoch liegen, um solche Rückkopplungsprozesse annehmen zu können.“
(Fuchs/Rohrschneider 2005: 344)

Dies stellt somit eine theoretische Unterfütterung der Parteiidentifikation als endogener Variable dar, bei der sie eher mit dem politisch-institutionellen Kontext variiert und weniger geprägt wird durch die Sozialstruktur einer Gesellschaft (Berglund et al. 2005: 116).

2.2.3. Orthodoxe und revisionistische Sichtweise auf das Michigan-Modell

Die Weiterentwicklungen im Anschluss an die Diskussion um Parteiidentifikation in *The American Voter*, die in Kapitel 2.2.2. herausgearbeitet wurden, stellen eine revisionistische Sicht auf den Ann-Arbor-Ansatz dar. Bei dieser wird die Parteiidentifikation als durch andere Faktoren beeinflussbar dargestellt und damit als endogen betrachtet. Prinzipiell ist die Endogenität von Parteiidentifikation mit

dem *funnel of causality* aus *The American Voter* durchaus vereinbar, wenn Parteiidentifikation in der Modellbildung nur durch sozialstrukturelle Einflussfaktoren und Wertorientierungen beeinflusst wird, die der feldtheoretischen Argumentation entsprechen (Lewin 1951; Campbell et al. 1960: 34). Dies ist bei den vorgestellten Modellen zur Wahlentscheidung aber nicht der Fall. Stattdessen werden Wechselwirkungen mit kurzfristigen Faktoren angenommen (Ausnahme Markus und Converse 1979), am extremsten bei Fiorina (1981), der Parteiidentifikation als primär durch solche kurzfristigen Orientierungen herausgebildet versteht.

Bei der Formulierung solcher nicht-rekursiver Modelle implizieren Vertreter der revisionistischen Sichtweise, dass Parteiidentifikation – dadurch, dass sie von Kurzfristfaktoren beeinflusst wird – selbst nicht die Stabilität haben kann wie in *The American Voter* angenommen. Tatsächlich legen einige Studien nahe, dass Parteibindungen in den USA eine erhebliche Dynamik im Zeitverlauf besitzen (Dobson/Meeter 1974; Dobson/St. Angelo 1975; Fiorina 1981: 87-88) oder sich für einige Teile des Elektorats erst im Erwachsenenalter herausbilden (Shively 1979). Wie weiter oben gezeigt, fehlt es diesen Studien dabei aber häufig an einer theoretischen Fundierung der Parteiidentifikation.

Der Erkenntnisgewinn solcher nicht-rekursiver Modelle sollte aber auch aus methodischer und inhaltlicher Sicht nicht überschätzt werden: Zum einen sind nicht-rekursive Modelle mit allen denkbaren Wechselwirkungen statistisch nicht schätzbar, da sie zu wenig Informationen bieten, um die Koeffizienten zu berechnen (Kline 2011: 134). Um sie dennoch zu schätzen, müssen bestimmte Annahmen über Pfade getroffen werden (z.B. bestimmte Effekte auf null gesetzt werden), die theoretisch aber umstritten sind und gerade durch diese nicht-rekursiven Modelle überprüft werden sollen (Schoen/Weins 2005: 202). Somit werden zwar komplexe Modelle geschätzt, die empirischen Ergebnisse hängen aber stark von den notwendigerweise zu treffenden Annahmen ab (Lewis-Beck et al. 2008: 411). Diese Problematik ließe sich durch den Einbezug von Paneldaten zumindest ab-

schwächen. Da diese selten in der gewünschten Form verfügbar sind, werden andere Analysestrategien eingesetzt. Page und Jones (1979) konstatieren beispielsweise, dass sie, um Spezifikationsprobleme zu umgehen, die Strategie verfolgen, in Datensätzen nach exogenen Variablen für die Analyse zu suchen, um die Wechselwirkungen zwischen den endogenen Variablen zu schätzen (Page/Jones 1979: 1088). Das eher datenorientierte Vorgehen hat zur Folge, dass der Einbezug dieser exogenen Variablen in das Modell nicht theoretisch begründet wird. Dies stellt auch eine Abkehr vom Parsimonitätsgedanken dar, wonach nur die wichtigsten Variablen in Modellen berücksichtigt werden sollten. Auch Fiorina merkt an, dass die Modellbildung und der Verlauf der kausalen Effekte ein sehr umstrittenes Gebiet sind und das mit den vorhandenen Daten und den Restriktionen bei der Modellbildung kein Modell generelle Akzeptanz in der Wissenschaftscommunity erreichen wird (Fiorina 1981: 190).

Zum anderen postulieren nicht-rekursive Modelle sehr komplexe Beziehungen, die inhaltlich schwierig zu interpretieren sind. Die vorgestellten Publikationen – mit Ausnahme von retrospektivem Wahlverhalten bei Fiorina (1981)¹¹ – vernachlässigen dabei die inhaltliche Beschreibung der verwendeten Variablen und es fehlt an einer theoretischen Herleitung der Zusammenhänge, die zwischen den Variablen spezifiziert werden.

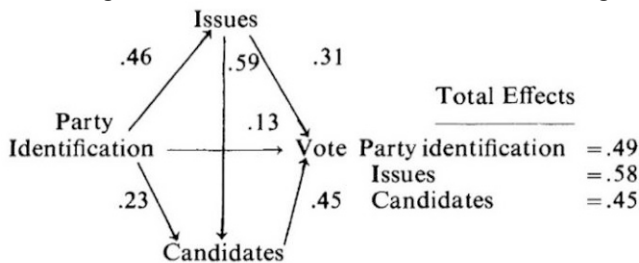
Diese revisionistische Sichtweise auf die Faktoren des Michigan-Modells hat nicht zuletzt durch die dargestellten inhaltlichen und methodischen Probleme dazu geführt, dass auch das orthodoxe Verständnis aus *The American Voter* nach wie vor mit der revisionistischen Sichtweise konkurriert und sogar mittlerweile wieder vorherrschend ist (Schmitt-Beck et al. 2006: 582). Im orthodoxen Verständnis ist Parteiidentifikation langfristig stabil, wird in der Primärsozialisation erworben und hat im Modell zur Erklärung von Wahlverhalten, entsprechend des *funnel of causality*, eine dominante Stellung inne. Untermauert wird diese Vorstellung von Parteiidentifikation durch zahlreiche empirische Befunde, welche

¹¹ Für weitere Kritik und empirische Analysen, welche das Konzept retrospektiver Evaluierungen von Fiorina in Frage stellen, siehe Bartels (2002).

die Fluktuation von Parteiidentifizierern zu einem großen Teil auf Messfehler zurückführen. Wenn diese berücksichtigt werden, kann eine erstaunliche Stabilität der Parteibindungen im US-Kontext über mehrere Wahlen hinweg festgestellt werden.¹²

In dieser orthodoxen Sichtweise wird Parteiidentifikation als kausal vorgelagert angesehen und dementsprechend werden einfache rekursive Modelle geschätzt, die inhaltlich leichter zu interpretieren sind. Ein Beispiel dafür liefern Miller et al. (1976). Zur Analyse der Präsidentschaftswahlen von 1972 zwischen Nixon und McGovern verwenden sie unter anderem ein Pfadmodell zur Bestimmung der relativen Stärke der Faktoren des Michigan-Modells (vgl. Abbildung 6). Das Modell der Wahlentscheidung entspricht dem rezipierten Modell des sozialpsychologischen Ansatzes (vgl. Abbildung 4) mit der Erweiterung, dass zwischen Sachfragen- und Kandidatenorientierungen ein direkter Zusammenhang besteht. Die kausale Richtung des Zusammenhanges, dass Sachfragenorientierungen auf Kandidatenorientierungen wirken und nicht umgekehrt, wird damit begründet, dass Wähler zuerst Überlegungen über Sachfragen und ihre Salienz anstellen und vor diesem Hintergrund in einem zweiten Schritt das politische Personal danach bewerten, welche Positionen sie dazu haben bzw. wie gut sie im Stande sind die mit den Sachfragen verbundenen Probleme zu lösen (siehe Brettschneider 2002).

Abbildung 6: Rekursives Modell zur Wahlentscheidung von Miller et al.



Quelle: Miller et al. (1976: 769).

¹² Siehe dazu Converse (1969); Dreyer (1973); Asher (1974); Achen (1975), Green/Palmquist (1990, 1994), Green et al. (2002).

Für rekursive Modelle ist die Interpretation dabei recht naheliegend. Gemäß den Analysen von Miller et. al (1976) ist der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf die Sachfragenorientierungen im Vergleich zu Kandidatenorientierungen deutlich stärker. Der direkte Effekt der Parteiidentifikation auf die Wahl ist am geringsten. Bei den totalen Effekten liegen Sachfragenorientierungen in ihrer relativen Bedeutung für die Wahlentscheidung vorn. In der Analyse von Miller et al. (1976) wird der überraschende Befund, dass Sachfragen wichtiger waren als die Parteiidentifikation (Miller et al. 1976: 770), begründet mit der inhaltlichen Polarisierung im US-Präsidentenwahlkampf von 1972 (Miller et al. 1976: 766) sowie mit dem Anstieg von Unabhängigen ohne Parteiidentifikation (Miller et al. 1976: 771). Die Analysen verweisen also darauf, dass die relative Bedeutung der Faktoren sowohl vom Kontext der Wahl als auch von der längerfristigen Verbreitung von Parteiidentifikation im Elektorat abhängig ist. Mit dem Einfluss von Sachfragen- auf Kandidatenorientierungen wird überdies angenommen, dass, obwohl es sich bei Beiden um Kurzfristfaktoren handelt, Sachfragenorientierungen den Kandidatenorientierungen leicht kausal vorgelagert sind und diese beeinflussen.

Eine weitergehende kausale und zeitliche Differenzierung der Einflussgrößen, die auf das Wahlverhalten wirken und mit dem orthodoxen Verständnis der Michigan-Schule vereinbar sind, liefern Miller und Shanks (1996) in *The New American Voter*. Für die Untersuchung der Präsidentenwahlen von 1992 verwenden sie ein sechsstufiges Modell zur Erklärung des Wahlverhaltens (Miller/Shanks 1996: 190-193). In diesem Modell nehmen sie an, dass sich alle Variablen auf einer Stufe beeinflussen und auch einen Einfluss auf alle Variablen der nachfolgenden Stufen haben. Außerdem sollen alle Variablen auch direkt auf die Wahlentscheidung wirken. Die insgesamt acht betrachteten Einflussgrößen sind:

„(1) stable social economic characteristics, (2) long-term partisan identifications, (3) policy-related predispositions, (4) preferences concerning current policy issues, (5) perceptions of current conditions, national or personal, (6) retrospective evaluations of the current President concerning governmental ‚results‘, (7) evaluations of the personal qualities of the candidates, [...] (8) prospective evaluations of the potential future effectiveness of the two parties and their candidates.“ (Miller/Shanks 1996: 190)

Der erste Einflussfaktor wird dabei Stufe 1, der zweite und dritte Stufe 2, der vierte und fünfte Stufe 3 zugeordnet. Die Einflussgrößen sechs bis acht stehen jeweils allein auf den nachfolgenden Stufen 4 bis 6 (Miller/Shanks 1996: 192).¹³ Dabei zeichnet sich das Modell vor allem durch seinen integrativen Charakter aus, indem es Einflussgrößen aus verschiedenen Theorien und Ansätzen berücksichtigt (Miller/Shanks 1996: 189). So finden sich sowohl retrospektive Evaluierungen in Anlehnung an Fiorina (1981) wieder als auch *policy*-bezogene Prädispositionen in Form von Wertvorstellungen (Schoen/Weins 2005: 203). Dass sich diese Prädispositionen auf einer Stufe mit der Parteiidentifikation befinden, ist eine Abweichung vom *funnel of causality*, der diese Prädispositionen noch kausal vor der Parteiidentifikation angeordnet sah (vgl. Abbildung 2). Wird die klassische Determinantentrias aus dem Michigan-Modell betrachtet, so ist Parteiidentifikation auf Stufe 2 angesiedelt, Sachfragenorientierungen auf Stufe 3 und Kandidatenorientierungen auf Stufe 5, was einer kausalen Anordnung der Sachfragenorientierung vor der Kandidatenorientierung entspricht.

Mögen sich die Modelle der Wahlentscheidung im orthodoxen Verständnis der Michigan-Schule auch im Detail über die Wahl der zu berücksichtigenden Variablen und deren Anordnung unterscheiden, so ist ihnen die Verwendung der Parteiidentifikation als langfristig stabiler, kausal der Sachfragen- und Kandidatenorientierung vorgelagerter und sie auch prägender Faktor, gemein. Aus dieser Forschungsperspektive analysieren dabei auch neuere Studien das Wahlverhalten der US-Bürger (Lewis-Beck et al. 2008; Dalton 2013). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das orthodoxe Verständnis von Parteibindungen auf die Identifikation mit einer Gruppe abzielt und Teil der sozialen Identität einer Person ist, während das revisionistische Verständnis Parteien eher als Organisationen ansieht, zu denen man eine zustimmende oder ablehnende Haltung haben kann (Rosema 2006: 470). Im wissenschaftlichen Diskurs in den USA existieren beide Sichtweisen, messtheoretisch ist aber vor allem das klassische Erhebungsinstrument aus *The American Voter* persistent (Greene 2002: 173; Schoen/Weins 2005:

¹³ Für eine grafische Darstellung des Erklärungsmodells siehe Abbildung 22 im Anhang.

207). Dieses für das orthodoxe Verständnis maßgeschneiderte Instrument eignet sich entsprechend auch weniger für Analysen mit einem revisionistischen Verständnis.

Für die Bundesrepublik wurden ebenfalls die Fragen nach der Messung und dem Stellenwert der Parteiidentifikation ausführlich diskutiert, zunächst stand jedoch die Frage im Raum, ob und wie das in den USA entwickelte Konzept auf Deutschland und andere europäische Parteiensysteme übertragbar sei. Im folgenden Kapitel 2.3. wird diese Diskussion um die Parteiidentifikation in Deutschland dargestellt, aber auch auf die beiden Kurzfristfaktoren und deren Verwendung in Deutschland eingegangen.

2.3. Die Faktoren des Michigan-Modells in der deutschen Wahlforschung

In diesem Kapitel werden, bezogen auf die deutsche Wahlforschung, die Einflussgrößen des sozialpsychologischen Ansatzes zunächst einzeln betrachtet und diskutiert. Ziel ist es den deutschen Forschungsstand um das Michigan-Modell aufzuarbeiten und dabei besonders auf die theoretische Fundierung und Einbettung der Faktoren, ihrer Messung sowie die dadurch hervorgebrachten empirischen Befunde zu Wirkungen auf das Wahlverhalten einzugehen.

Bei der Parteiidentifikation (Kapitel 2.3.1.) steht dabei zunächst die Diskussion um eine adäquate Übertragung des US-Konzepts auf den deutschen Kontext im Mittelpunkt, die einhergeht mit verschiedenen Messvorschlägen zur Erfassung der Parteiidentifikation in Deutschland. Diese Entwicklung wird in Kapitel 2.3.1.1. herausgearbeitet. Kapitel 2.3.1.2. widmet sich der Diskussion um die Stabilität der Parteiidentifikation in der BRD und Kapitel 2.3.1.3. zeichnet die Bedeutung dieser psychologischen Bindung für das Wahlverhalten nach. Das abschließende Kapitel 2.3.1.4. fasst die neueren Bestrebungen zur besseren theoretischen Fundierung und Messung der Parteiidentifikation zusammen. Kapitel 2.3.2. und 2.3.3. widmen sich den Kurzfristfaktoren der Kandidaten- und Sachfragenorientierungen des Ann-Arbor-Modells. In Kapitel 2.3.2.1. wird zunächst herausgearbeitet, wie Kandidatenorientierungen in der deutschen Wahlforschung erfasst und welche Bewertungsaspekte bei Spitzenkandidaten als relevant erachtet

werden. Im anschließenden Kapitel 2.3.2.2. wird dargestellt, wie sich die Messung der Kandidatenorientierungen zu den Befunden der Medialisierung und Präsidentialisierung verhält. Kapitel 2.3.2.3. stellt abschließend die wichtigsten empirischen Befunde zur Bedeutung der Kandidatenorientierungen für das Wahlverhalten in Deutschland dar und bettet diese in die Debatte um eine Personalisierung der Politik ein. Kapitel 2.3.3.1. und 2.3.3.2. ordnen die Verwendung von Sachfragen in der Politikwissenschaft jeweils zwei größeren theoretischen Strömungen zu. Im ersten dieser beiden Kapitel werden Positionsissues vorgestellt sowie deren Verwendung in *rational-choice*-Modellen zur Erklärung von Parteien- und Wahlverhalten thematisiert. Kontrastierend dazu werden im anschließenden Kapitel performanzbezogene Beurteilungen zu Valenzissues und deren theoretische Fundierung in der *issue-ownership*-Theorie vorgestellt. Kapitel 2.3.3.3. widmet sich dem Zusammenhang zwischen Sachfragen und Kandidaten. Kapitel 2.3.3.4. schließt die separate Betrachtung der Einflussgrößen des Michigan-Modells ab, indem die Wirkung von Sachfragenorientierungen für Deutschland anhand von empirischen Studien nachgezeichnet wird. Kapitel 2.3.4. beleuchtet schließlich das Zusammenspiel der Determinanten zur Erklärung des Wahlverhaltens in Deutschland und enthält Kritik an und Vorschläge zu den empirischen Analysen auf Basis des sozialpsychologischen Ansatzes.

2.3.1. Parteiidentifikation

2.3.1.1. Die Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf die BRD

Vertreter der revisionistischen Sichtweise, die Parteiidentifikation primär als effizienten Mechanismus zur Informationsverarbeitung ansehen (Fiorina 1981: 90), bezweifelten zunächst die Nützlichkeit des Konzepts der Parteiidentifikation in europäischen Demokratien. So böten bereits religiöse Bindungen oder Klassenzugehörigkeit den Bürgern in Westeuropa Orientierung und ermöglichen *cleavage*-orientiertes Wahlverhalten bei dem entsprechend Komplexität durch die Gruppenbindung reduziert wird (Shively 1979: 1049-1050; Berglund et al. 2005: 106). Vertreter einer gegensätzlichen Sichtweise argumentieren hingegen, dass Parteiidentifikation in europäischen Demokratien sogar ein größerer Stellenwert

einzuräumen ist, da in Europa die meisten Länder parlamentarische Systeme sind und damit Parteien die wichtigsten intermediären Akteure darstellen, anders als im personenzentrierten amerikanischen System (Thomassen/Rosema 2009: 54). Wird angenommen, dass das Konzept der Parteiidentifikation prinzipiell auf europäische Staaten anwendbar ist und Erkenntnisgewinne für die Erklärung des Wahlverhaltens liefern kann, stellt sich die Frage nach einer funktional äquivalenten Übertragung des Konzepts.

Eine Herausforderung bei der Übertragbarkeit der Parteiidentifikation auf europäische Demokratien bestand dabei zunächst in der Entwicklung neuer Messinstrumente, die den Umstand berücksichtigten, dass die Bürger in den meisten europäischen Ländern, anders als in den USA, komplexere Parteiensysteme vorfinden und damit mehr als zwei Parteien¹⁴ zur Auswahl haben, mit denen sie sich grundsätzlich identifizieren können. Eine identische Übertragung des klassischen Indikators aus *The American Voter*, der die Stärke der Identifikation zwischen den zwei Parteien als eindimensionale, bipolare Messung konstruiert (Campbell et al. 1960: 122f.), kommt für Länder mit einem Mehrparteiensystem daher nicht in Frage.

Des Weiteren ist die Nennung aller Parteien in der Frageformulierung bei sehr vielen Parteien nicht praktikabel und ausgewählte Nennungen von ausschließlich etablierten und bedeutenden Parteien problematisch. Ein Nichterwähnen einer Partei in der Frage führt nämlich zu einem geringen Anteil an berichteten Identifizierern mit dieser Partei und damit zu Verzerrungen (Falter 1977: 490; Thomassen/Rosema 2009: 45). Ein weiteres Problem stellt die äquivalente Messung der Identitätskomponente der Parteiidentifikation dar: Während es in den USA üblich ist, sich als Demokrat oder Republikaner zu bezeichnen (*think of yourself*) und dies ein Teil der psychologischen Identität einer Person ist, würden sich in

¹⁴ Die Entscheidung zwischen Republikanern und Demokraten in den USA als die beiden Alternativen ist dabei idealtypisch zu verstehen. Obwohl die USA ein klassisches Zwei-Parteiensystem besitzen, treten bei Wahlen auch unabhängige Kandidaten und kleinere Parteien an, die aber aufgrund des disproportionalen Wahlsystems bei der Mandatsverteilung leer ausgehen (Falter 1977: 482).

Deutschland beispielsweise nur formale Parteimitglieder als Sozial- oder Christdemokraten bezeichnen (Berger 1973: 218). Aufgrund dieser Problematik hat es in Deutschland mehrere Versuche zur Messung von Parteiidentifikation gegeben, die im Folgenden nachgezeichnet werden. Dabei liegt der Fokus auf der Herausarbeitung des in den Studien verwendeten Messinstruments zur Erfassung der Parteiidentifikation.

Eine erste empirische Untersuchung zur Übertragbarkeit des Konzepts liefert Zohlnhöfer (1965). Er beleuchtet zunächst den historischen Kontext in der Bundesrepublik der Nachkriegsjahre und seine Bedeutung für die Herausbildung von Parteibindungen. Ihm zufolge lassen sich die Anhänger der deutschen Parteien zu Beginn der 1960er-Jahre in zwei Gruppen unterteilen. Zum einen solche Personen, die eine klassenideologische oder konfessionell geprägte Loyalität zu den Parteien haben, die historisch erwachsen ist. Zum anderen haben die Parteien neue Anhänger, die sich ihnen in der Nachkriegszeit aufgrund der Programmatik und des Personals zugewandt haben (Zohlnhöfer 1965: 128). Unter anderem mit Daten für die Bundestagswahlen 1949 bis 1961 analysiert Zohlnhöfer die Verbreitung und Intensität von Parteibindungen sowie deren Einfluss auf das Wahlverhalten in der Bundesrepublik (Zohlnhöfer 1965: 133-168). Die entsprechende Frageformulierung zur Messung der Parteiidentifikation lautet dabei:

„Würden Sie mir bitte sagen, welche politische Partei Ihnen am besten gefällt?“
[...] „Würden Sie sagen, daß Sie ein überzeugter Anhänger der (angegebenen Partei) sind oder würden Sie eher sagen, daß Sie die (angegebene Partei) bevorzugen, weil sie ihnen bei der jetzigen Situation besser geeignet erscheint?“
(Zohlnhöfer 1965: 132)

Die erste Frage umgeht dabei das Problem der Auswahl und Nennung von bestimmten Parteien in der Frageformulierung, weil keine Partei genannt wird, sondern die Angabe vom Befragten erfolgen soll. Anschließend werden jeweils Variablen gebildet, welche die Parteiidentifikation mit den einzelnen Parteien abbilden. Die Parteiidentifikation wird damit nicht in einer Messung zusammengefasst, sondern es wird, aufgrund des Mehrparteiensystems, für jede Partei eine eigene Dimension aufgespannt (vgl. auch Rattinger 2013: 141).

Es findet sich hier allerdings kein Hinweis auf eine Identitäts- oder Stabilitätskomponente einer solchen Bindung. Erst bei der Folgefrage, bei der die Intensität der Bindung ermittelt werden soll, wird differenziert zwischen überzeugter Anhänger, was eine gewisse Langfristigkeit impliziert, oder einer eher situativen Bindung (Parteibindung aufgrund der jetzigen Situation). Da diese Frage darauf abzielt, zwischen den Intensitäten der überzeugten und bedingten Parteianhänger zu unterscheiden (Zohlnhöfer 1965: 133), wird impliziert, dass Parteiidentifikation nicht ausschließlich langfristig ist, sondern eine starke Identifikation langfristig und eine bedingte (schwache) kurzfristig, situativ ist. Dies ist eine Abweichung vom Konzept aus *The American Voter*, wo auch *weak Republicans* und *weak Democrats* eine langfristige Bindung haben sollten (vgl. Kapitel 2.1.).

Bedingte Anhänger würden nach dieser Lesart also nicht zu den Parteiidentifizierern im klassischen Sinne gehören, werden aber in den Analysen von Zohlnhöfer dazu gezählt. Es ist zudem unklar, ob die Identitätskomponente mit dem Begriff überzeugter Anhänger im Sinne einer psychologischen Identität erfasst wird. Auf diesen Umstand wird nicht näher eingegangen, sondern lediglich konstatiert, dass die funktionale Äquivalenz bei den Formulierungen gegeben ist (Zohlnhöfer 1965: 133). Kaase (1970) bezweifelt allerdings, dass mit Zohlnhöfers ersten Sympathiefragen eine psychologische Bindung an eine Partei gemessen wird. Vielmehr handelt es sich dabei um die Abfrage kurzfristiger Einstellungen, die für die Erfassung der Parteiidentifikation eher unbrauchbar sind (Kaase 1970: 57). Einen empirischen Hinweis darauf, dass eine kurzfristige Parteipräferenz anstelle einer langfristigen Bindung gemessen wird, liefern auch die empirischen Ergebnisse bei Zohlnhöfer selbst. So ist der Anteil der angeblichen Parteiidentifizierer vor dem Hintergrund der historischen Diskontinuitäten in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts mit über 75 Prozent zu Beginn der 1960er-Jahre für Falter (1977: 489) zu hoch.

Ein weiteres frühes Beispiel zur Messung von Parteiidentifikation kommt von Wildenmann (1968). Mit nur sehr knappen Vorbemerkungen und ohne Begründung misst Wildenmann Parteiidentifikation zur CDU, SPD, FDP und NPD über Sympathieskalen, die jeweils von -5 bis +5 reichen (Wildenmann 1968: 235). Mit

Daten aus drei Erhebungen im Zeitraum von November 1961 bis Dezember 1967 zeichnet er mit deskriptiven Befunden die Entwicklung solcher Sympathien nach (Wildenmann 1968: 240) und kommt zu dem Schluss, dass sich zwar politische Prozesse damit beschreiben lassen, Parteiidentifikation aber nicht politisches Verhalten zu erklären vermag (Wildenmann 1968: 268). Durch diese Skalen wird aber weder die Stabilitäts- noch die Identitätskomponente einer Parteiidentifikation erfasst. Ähnlich wie bei Zohlnhöfer sind Sympathieskalen nur zur Messung kurzfristiger Sympathien und nicht zur Erfassung langfristiger Parteiidentifikationen geeignet.

Ein anderer Vorschlag zur Messung von Parteiidentifikation kommt von Kaase (1970). Er verwendet folgende Fragen, die seiner Einschätzung nach vergleichbar sind mit dem Messinstrument in den USA (Kaase 1970: 58):

„Ganz allgemein gesprochen – betrachten Sie sich als CDU-Anhänger, als SPD-Anhänger, als FDP-Anhänger, als NPD-Anhänger, als Anhänger einer anderen Partei oder fühlen Sie sich keiner Partei besonders verbunden? WENN JA: Sind Sie überzeugter Anhänger der ... oder sind Sie nicht besonders überzeugt? Leider ist uns im August 1969 der unverzeihliche Fauxpas unterlaufen, eine leichte Veränderung der Frageformulierung zu übersehen. Wir fragten: Ganz allgemein gesprochen, betrachten Sie sich als Anhänger einer bestimmten politischen Partei, oder fühlen Sie sich keiner Partei besonders verbunden? WENN JA: Halten Sie sich für einen überzeugten Anhänger der ... oder nicht?“ (Kaase 1970: 58f.)

Mit der Formulierung „ganz allgemein gesprochen“ soll dabei die Langfristigkeit einer solchen Anhängerschaft erfasst werden. Kaase selbst bezeichnet sein Messinstrument allerdings als enttäuschend, wenn es mit der Empirie konfrontiert wird. So gibt das Ausmaß und die Instabilität der Parteiidentifikation, gemessen durch die Indikatoren von Kaase, in der verwendeten Panelstudie schon in einem relativ kurzen Zeitraum Grund zur Ernüchterung: Im Dezember 1967 identifizierten sich demnach 54 Prozent des Elektorats mit einer Partei, 1969 waren es nur noch 28,9 Prozent, wobei sich nur 18,7 Prozent konstant mit derselben Partei identifizierten (Kaase 1970: 59). Kaase kommt daher zu dem Schluss, dass, obwohl noch keine abschließenden Schlussfolgerungen in dieser frühen Phase der

Forschung zu Parteiidentifikation in Deutschland möglich sind, die psychologische und langfristige Bindung an Parteien wie in den USA nicht für Deutschland gilt (Kaase 1970: 60). Die Halbierung der Parteiidentifizierer in diesem kurzen Zeitraum lässt sich allerdings durch die Änderung des Messinstrumentes zur Parteiidentifikation erklären. So wurden 1967 die Parteien noch in der Frageformulierung aufgenommen, während dies 1969 nicht der Fall war. Die vermeintliche Instabilität der Parteiidentifikation und der daraus gezogene Schluss der Unbrauchbarkeit des Konzepts, ist damit fragwürdig, da die Differenz eher einem Instrumentenartefakt zuzuschreiben ist. So berichtet Falter, dass das Erhebungsinstrument deutlich sensibel auf eben diese Form der Frageveränderung reagiert (1977: 490).

Berger (1973) untersucht ebenfalls, ob das US-amerikanische Konzept der Parteiidentifikation übertragbar ist und sich für die Analyse von Wahlverhalten eignet. Mindestens drei Voraussetzungen müssen laut ihm hierfür erfüllt sein: (1) Parteiidentifikationen müssen beim Elektorat in nennenswerter Ausprägung vorhanden sein (Ausmaß); (2) Parteiidentifikationen müssen langfristig stabil und (3) distinkt von der Wahlentscheidung sein, d.h. gelegentlich davon abweichen (Berger 1973: 215). Bei der Operationalisierung der Parteiidentifikation kritisiert Berger (1973) zunächst die von Kaase (1970) verwendete Frageformulierung nach der Anhängerschaft, da diese nicht die Identitätskomponente erfasst und damit für die Messung von Parteiidentifikation unbrauchbar sei (Berger 1973: 218). Die Operationalisierung, die Berger verwendet und die ursprünglich vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung entworfen wurde (Berger 1973: 225), versucht hingegen den affektiven Charakter der Parteiidentifikation als Neigung zu einer bestimmten Partei zu messen. Sie beinhaltet in der Frageformulierung sowohl die Langfristigkeit einer solchen Bindung als auch mögliche, abweichende Wahlentscheidungen:

„Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja: welcher? [...] Wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu: sehr stark, ziemlich stark,mäßig, ziemlich schwach oder sehr schwach?“ (Berger 1973: 218-219)

In einer repräsentativen Umfrage im Oktober 1972 gaben dabei 72 Prozent der Befragten an, sich mit einer Partei zu identifizieren (Berger 1973: 218), sodass die erste Voraussetzung, die Berger aufgestellt hat, als erfüllt gelten kann. Berger nutzt die Abfrage der Intensitäten weiterhin, um eine vergleichbare bipolare Messung wie in *The American Voter* durchzuführen. Hierzu fasst er die FDP-Identifizierer mit den SPD-Identifizierern zusammen und konstruiert ein Kontinuum mit sieben Ausprägungen von „sehr starken SPD- bzw. FDP-Identifizierern“ über „Neutrale“ hin zu „sehr starken CDU/CSU-Identifizierern“ (Berger 1973: 220). Dieser Versuch zur Erstellung eines quasi-metrischen Indikators zur Messung der Parteiidentifikation in Anlehnung an *The American Voter* ignoriert dabei die unterschiedlichen Parteiensysteme der beiden Länder. Während dieses Vorgehen in den USA bei zwei Parteien üblich ist, so ist es für Deutschland zweifelhaft, Identifizierer, die sich mit einer anderen Partei als den Volksparteien verbunden fühlen, einfach entweder der SPD oder der Union zuzuordnen (Rattinger 2013: 141).

Bezüglich der Distinktheit von Parteiidentifikation und Wahlentscheidung stellt Berger bei der Analyse der Vor- und Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 1972 fest, dass der Anteil derjenigen mit konstanter Parteiidentifikation bei abweichendem Wahlverhalten bei rund 70 Prozent liegt, während die übrigen 30 Prozent ihre Parteiidentifikation nach einer abweichenden Wahlentscheidung dieser Entscheidung anpassen. Dies interpretiert Berger dahingehend, dass es sich bei Parteiidentifikation und Wahlentscheidung um zwei unterschiedliche Entitäten handelt und diese Voraussetzung damit auch erfüllt ist (Berger 1973: 222-223).

Was die Stabilität der Parteiidentifikation angeht, so kommt er hingegen zu dem Schluss, dass diese insgesamt nur befriedigend sei, da zwar 83 Prozent der Befragten in beiden Befragungen zu derselben Hauptgruppe (SPD/FDP-Identifizierer, Neutrale, CDU/CSU-Identifizierer) gehören, aber nur 54 Prozent exakt in der gleichen Gruppe bleiben, wenn das siebenstufige Kontinuum verwendet wird. Insgesamt lässt Berger wegen dieses Befundes offen, ob mit dem Konzept der Parteiidentifikation in der BRD gearbeitet werden kann (Berger 1973: 221-222).

In einer späteren Publikation untersucht Berger (1977) Sekundärdaten, die eine größere Aussagekraft über die Stabilität von Parteiidentifikation erlauben. Anstelle von Vor- und Nachwahlbefragungen analysiert er zwei dreiwellige Panelstudien zu den Bundestagswahlen 1972 und 1976. Dabei zeigt sich, dass der Anteil über jeweils drei Wellen stabiler Parteiidentifikation in beiden Wahlen bei 55 bzw. 60 Prozent liegt und die meisten Schwankungen zwischen dem Vorhandensein einer schwachen Parteibindung und keiner besteht (Berger 1977: 502-503). Je stärker die Parteibindung jedoch verankert ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit ihres Fortdauerns (Berger 1977: 506). Insgesamt zeigt sich Berger in dieser Publikation positiver, was die Brauchbarkeit der Parteiidentifikation für die deutsche Wahlforschung angeht. Zu ähnlichen, eher optimistischen Einschätzungen zur Verwendung der Parteiidentifikation in Deutschland kommt auch Norpoth (1978), der eine Re-Analyse von Bergers Daten (1973) zur Bundestagswahl 1972 vornimmt (Norpoth 1978). Gluchowski (1978) hingegen ist bei der Auswertung von Paneldaten für die Bundestagswahlen 1972 und 1976 noch skeptisch.

Zwar findet sich auch noch bei Falter (1984: 21) ein Validierungsversuch der Parteiidentifikation mit dem Indikator der Anhängerschaft, letztendlich hat sich aber die vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgeschlagene Neigungsfrage, die erstmals bei der Publikation von Berger (1973) berichtet wird, zur Erfassung der Parteiidentifikation als Standardinstrument etabliert (Jagodzinski/Kühnel 1990; Gabriel 1997; Falter et al. 2000). Sie stellt im Vergleich zur Frage nach der Anhängerschaft oder der Verwendung von Sympathieskalometern die Identitäts- und Stabilitätskomponente heraus.

Auch wenn die Neigungsfrage eher als die Anhängerfrage funktional äquivalent zum US-Pendant erscheint, gibt es kontextbedingt konzeptionelle Unterscheidungen. Zwar beinhalten beide Fragen eine Stabilitäts- und Identitätskomponente (vgl. Tabelle 2). In Deutschland bezieht sich die Frage nach der psychologischen Bindung aber ausschließlich auf die Partei als Organisation, während sich in den USA die Identifikation als Republikaner oder Demokrat auch auf eine politische Großgruppe bezieht, die neben der Partei als Organisation auch ihre Anhänger

und Wähler mit einbezieht (Ohr/Quandt 2012: 182-183). Eine solche weite Bezugsgruppe kann in Deutschland nicht in der Weise in die Frageformulierung einfließen, da die Bezeichnung als beispielsweise Christ- oder Sozialdemokrat sich in Deutschland im Sprachgebrauch nur auf Personen mit Parteimitgliedschaft bezieht (Berger 1973: 218).

Tabelle 2: Frageformulierung zur Erfassung der Parteiidentifikation und ihrer Stärke in den USA und Deutschland

USA	Deutschland
„Generally speaking, do you usually think of yourself as a Republican, a Democrat, an Independent, or what?“	„Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja: welcher?“
Anschlussfrage bei Nennung Demokrat oder Republikaner: „Would you call yourself a strong (Republican, Democrat) or a not very strong (Republican, Democrat)?“	Anschlussfrage bei Antwort ja und Nennung einer Partei: „Wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu: sehr stark, ziemlich stark, mäßig, ziemlich schwach oder sehr schwach?“
Anschlussfrage für Unabhängige: „Do you think yourself as closer to the Republican or Democratic Party?“	

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Campbell et al. (1960: 122) und Berger (1973: 218-219).

Aufgrund der Anzahl möglicher zu berücksichtigender Parteien in Deutschland und einer dadurch zu langen Frage, wird, anders als in den USA, keine Partei explizit in der Frageformulierung genannt. Dafür wird explizit in der deutschen Fragestellung deutlich, dass Parteiidentifikation nicht mit der aktuellen Wahlentscheidung für eine Partei zusammenhängen muss („obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen“), während dies im US-Pendant nicht erwähnt wird. Als letzte Differenz sei die Verwendung des Indikators in den USA und Deutschland genannt: In den USA wird die Richtung und Stärke der Parteiidentifikation in einem dreistufigen Verfahren gemessen und in eine bipolare, eindimensionale Skala überführt (vgl. auch Kapitel 2.1.2.). Ein solches Vorgehen wurde vereinzelt auch auf Deutschland angewendet und dabei entweder zwischen sehr starken SPD- bzw. FDP-Identifizierern auf der einen und sehr starken CDU/CSU-Identifizierern auf der anderen Seite des Kontinuums unterschieden (Berger 1973: 220) oder die Anhänger der Nicht-Volksparteien in der Mitte als

Unabhängige positioniert (Falter/Rattinger 1983). Mittlerweile wird in der deutschen Wahlforschung aber für jede Partei eine einzelne Dimension aufgespannt und die Stärke einer Parteiidentifikation für eben diese getrennt ausgewiesen (Rattinger 2013: 141).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Etablierung des Erhebungsinstrumentes in den USA und Deutschland unterschiedlich verlief: In den USA gab es eine ausführlichere Diskussion über die Konzeption und Messung von Parteiidentifikation (vgl. Kapitel 2.2.), an deren Ende sich trotz aller Verbesserungsvorschläge das ursprüngliche Messinstrument aus *The American Voter* und die orthodoxe Sichtweise auf das Michigan-Modell durchsetzte. In Deutschland hingegen drehte sich die Diskussion in den späten 1960er-Jahren und frühen 1970er-Jahren eher um die Frage, ob Parteiidentifikation überhaupt auf Deutschland funktional äquivalent übertragbar sei. Dabei setzte sich nach einigen anders gelagerten Frageformulierungen schließlich die Neigungsfrage durch, die erstmals 1972 bei einer Bundestagswahl eingesetzt und anschließend mehrfach erfolgreich als geeignetes Messinstrument validiert wurde (Falter et al. 2000; Ohr/Quandt 2012: 185). Hierzu fassen beispielsweise Falter et al. (2000) zusammen:

„im Vergleich zu anderen Attitüden zeichnet sie sich durch ein hohes Maß an Konstanz aus, weshalb es gerechtfertigt erscheint, der Parteiidentifikation innerhalb des Michigan-Modells eine kausal prioritäre Position einzuräumen. [...]. Zusammengefaßt spricht dieses Ergebnis dafür, daß sich die bundesdeutsche Wahlforschung nicht auf einem Holzweg befindet, wenn sie die Parteiidentifikation und das darauf gestützte Michigan-Modell als Standardinstrument für Wahlanalysen verwendet.“ (Falter et al. 2000: 265)

Da dieser Indikator, der die orthodoxe Sichtweise auf den Ann-Arbor-Ansatz widerspiegelt, seit 1972 kontinuierlich in den nationalen Wahlstudien integriert ist, sind Veränderungen in der Parteiidentifikation über mehrere Dekaden hinweg analysierbar (vgl. Kapitel 2.3.1.2.). In anderen europäischen Ländern variiert die Sichtweise auf den sozialpsychologischen Ansatz allerdings. So wurde das US-amerikanische Konzept der orthodoxen Sichtweise des Michigan-Modells mit kausal vorgelagerter Parteiidentifikation erfolgreich auf Norwegen (Camp-

bell/Valen 1961), Frankreich (Converse/Dupeux 1962; Cameron 1972) und Dänemark (Borre/Katz 1973) übertragen. Hingegen ist die revisionistische Sichtweise sowohl in einem stark versäulten Parteiensystem wie in den Niederlanden (Thomassen 1975) als auch im fluiden Vielparteiensystem Italiens (Garzia/Viotti 2012) vorherrschend.

2.3.1.2. *Dealignment und die Stabilität der Parteiidentifikation*

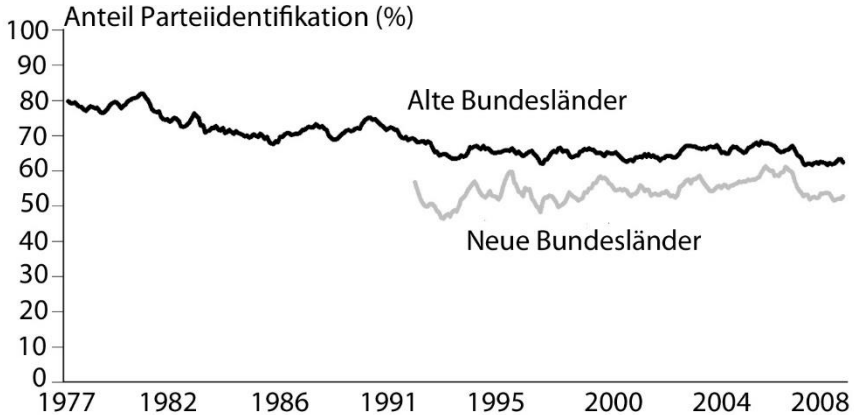
Die Frage nach der Stabilität der Parteiidentifikation im Vergleich zu Sachfragen- und Kandidatenorientierungen ist ein wichtiger Hinweis darauf, ob tatsächlich eine psychologisch langfristige Bindung gemessen und damit auch Parteiidentifikation als Konzept erfasst wird. Mit der Neigungsfrage hat sich für Deutschland ein entsprechender Indikator durchgesetzt, der dieses Kriterium erfüllt. Dies ist analytisch von den Fragen zu trennen, in welchem Ausmaß (korrekt gemessene) Parteiidentifikationen im Elektorat vorhanden sind und wie die Entwicklung und Verbreitung dieser Bindung sich über mehrere Dekaden hinweg unter wechselnden politischen und sozialen Bedingungen gestaltet hat.

Dabei summiert sich unter dem Begriff *dealignment* die empirische Beobachtung, dass das Vorhandensein einer Parteiidentifikation im Aggregat in westlichen Demokratien konsistent zurückgeht und wenn solche Bindungen existieren, diese zunehmend schwächer ausgeprägt sind (Dalton et al. 1984a: 14). Zuerst im englischsprachigen Kontext untersucht, wurde *dealignment* verstanden als eine temporäre Phase im Lebenszyklus von Parteiensystemen, bei der die Bindungen an Parteien zurückgehen, bevor diese durch ein *realignment* wieder verstärkt aufgebaut werden (Beck 1979; Crewe 1980).

In neueren Untersuchungen zeigt sich aber, dass es sich bei *dealignment* nicht um einen Zykluseffekt, sondern um einen langanhaltenden Trend handelt, der über etliche Jahrzehnte hinweg andauert. So besaß in den USA von 1944 bis 1964 nur rund ein Viertel der Wahlberechtigten keine Parteiidentifikation, danach stieg

dieser Anteil bis 2010 auf 45 Prozent (Dalton 2013: 19). Für europäische Demokratien zeigt sich ebenso ein solcher Prozess (Dalton 2013: 29), der auch in der BRD empirisch belegt ist (Arzheimer 2006: 798), aber allenfalls moderat ausfällt.

Abbildung 7: Parteiidentifikation in Deutschland, 1977-2008



Quelle: Ohr/Quandt (2012: 186).

Abbildung 7 zeigt, dass seit den späten 1970er-Jahren bis in die 1990er-Jahre hinein, sich der Anteil der Parteiidentifizierer von 80 auf 60 Prozent in Westdeutschland verkleinert hat und seither relativ konstant auf diesem Niveau bleibt. In den neuen Bundesländern liegt der Anteil nochmals 10 Prozentpunkte niedriger, mit etwas größeren Fluktuationen von 1991 bis 2008. *Dealignment* sollte also in seinem Umfang in Deutschland nicht überschätzt werden. Nach wie vor hat die Mehrheit des Elektors eine Parteibindung (Schmitt-Beck 2011). Die oftmals zugeschriebenen Konsequenzen des Abschmelzens von Parteibindungen – nämlich einen stärkeren Einfluss von Kurzfristfaktoren auf die Wahlentscheidung, eine steigende Anzahl an Späterscheidern und Stimmensplittings (Dalton/Bürklin 2003; Elff/Roßteutscher 2009: 310) – sollten daher ebenfalls nicht überschätzt und ihr Auftreten nicht allein auf *dealignment* zurückgeführt werden.

Das leichte Abschmelzen von Parteibindungen im Aggregat erlaubt weiterhin noch keine Aussage über die Stabilität der Parteiidentifikation auf der individuellen Ebene. So wäre es möglich, dass der Anteil der Parteibindungen auf der Makroebene zwar nur leicht abnimmt, tatsächlich aber auf der Individualebene deutlich größere Wechsel von Parteiloyalitäten stattfinden. Dass die individuellen Bindungen an eine Partei nicht in Stein gemeißelt sind, zeigen Schmitt-Beck et al. (2006). Basierend auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersuchen sie die individuelle Stabilität der Parteiidentifikation für Westdeutschland von 1984 bis 2001. Dabei behalten nur knapp 25 Prozent der Befragten über diesen Zeitraum hinweg ihre Parteiidentifikation. Die durchschnittliche Anzahl an Wechseln beträgt 4,7. Die meisten Wechsel sind weiterhin keine direkten von einer Parteibindung zur anderen, sondern bestehen in der (zeitweisen) Aufgabe einer Bindung (Schmitt-Beck et al. 2006: 585ff.). Dabei spielt die Dauer eine wichtige Rolle: „After five years of constantly identifying with the same party, the risk of giving up one's alignment is merely a fourth or a fifth of the risk in the first year“ (Schmitt-Beck et al. 2006: 594-595). Persönliche Umstände wie Arbeitslosigkeit, Heirat oder Kindererziehung haben dabei ebenfalls Einfluss auf den Ab- oder Aufbau einer Parteibindung (Schmitt-Beck et al. 2006: 592). Sozialstrukturelle Größen wie im *funnel of causality* dargestellt, sind also durchaus in der Lage, eine Parteiidentifikation im Lebensverlauf auch wieder zu verändern.

Weitere empirische Befunde mit Individualdaten kommen allerdings zu gegenteiligen Ergebnissen bezüglich der Stabilität von Parteibindungen in Deutschland, wenn Messfehler adäquat berücksichtigt werden. Arzheimer und Schoen beispielsweise, die ebenfalls die Datengrundlage des SOEP nutzen und eine *Latent Transition Analysis* durchführen, gelangen zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Fast man die bisherigen Ergebnisse zusammen, so lässt sich festhalten, dass Parteiidentifikationen in Deutschland im Einklang mit den theoretischen Annahmen von Campbell et al. weitaus stabiler sind, als häufig angenommen wird. Zweifel an der Dauerhaftigkeit derartiger Bindungen lassen sich [...] zu einem großen Teil auf Messprobleme zurückführen.“ (Arzheimer/Schoen 2005: 644)

Die unbestrittene empirische Beobachtung eines *dealignment* hat seine Gründe demnach eher in einer geringeren Wahrscheinlichkeit der Aneignung einer solchen Bindung bei jüngeren Personen (Kroh 2012: 207), weist aber keine destabilisierende Wirkung auf verbleibende Parteiidentifikationen auf (Arzheimer/Schoen 2005: 651). Zu leicht anderen Ergebnissen kommen Neundorf et al. (2011) bei der Analyse des SOEP. Laut ihren Analysen haben ca. 80 Prozent der Befragten in ihrem Sample von einer Welle zur anderen eine stabile Parteibindung oder verbleiben stabil ohne Bindung. Über den kompletten Untersuchungszeitraum von 1984 bis 2007 zeigt sich aber, dass nur ca. die Hälfte der Befragten eine komplett stabile Bindung oder Nicht-Bindung aufweist und die andere Hälfte zumindest gelegentlich zum Wechseln oder zur Aufgabe bzw. Aufnahme einer Parteibindung im Lebensverlauf neigt (Neundorf et al. 2011: 463, 477).

Insgesamt ist aber auch diese relative Stabilität der Parteiidentifikation unter Berücksichtigung von Messfehlern und dem *dealignment* ein weiterer Beleg, dass Parteiidentifikation zumindest als kausal vorgelagert vor den Kurzfristfaktoren der Sachfragen- und Kandidatenorientierung anzusehen ist, wobei gleichwohl im Blick zu behalten ist, dass es sich zwar um einen relativ stabilen, aber nicht unveränderbaren Faktor handelt.

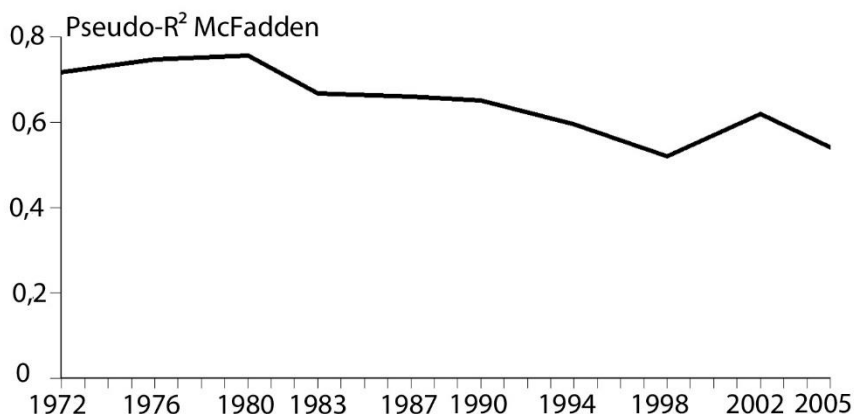
2.3.1.3. Bedeutung der Parteiidentifikation für das Wahlverhalten

Die nach wie vor hohe Verbreitung und Stabilität der Parteiidentifikation, sagt noch nichts darüber aus, wie stark das Wahlverhalten von dieser psychologischen Bindung beeinflusst wird. Im Standardindikator ist abweichendes Wahlverhalten sogar ausdrücklich aufgenommen. Tatsächlich aber zeigen empirische Befunde, dass eine Parteiidentifikation die Wahlentscheidung zugunsten der Partei stark begünstigt. So wählten und wählen nach wie vor zwischen 80 und 90 Prozent der Parteiidentifizierer in Deutschland regelmäßig „ihre“ Partei (Dalton/Bürklin 2003: 61), ähnlich wie auch in anderen Staaten (Berglund et al. 2005: 123).

Selbst bei bivariaten Analysen von Parteiidentifikation und Wahlentscheidung zeigt sich bereits eine sehr hohe Erklärungskraft der Parteiidentifikation, wie Abbildung 8 im longitudinalen Vergleich für Westdeutschland zeigt. Zwar geht die

Erklärungsleistung, gemessen am Pseudo- R^2 , ab den 1980er-Jahren von fast 0,8 auf etwas mehr als 0,5 zurück, verbleibt aber auf sehr hohem Niveau. Bereits Werte ab 0,2 bei McFaddens Pseudo- R^2 deuten nämlich auf ein Modell mit guter Erklärungsleistung hin (Diaz-Bone 2006: 244). Für Ostdeutschland ist die Erklärungskraft dabei nur marginal geringer (Ohr/Quandt 2012: 187).

Abbildung 8: Erklärungsleistung der Parteiidentifikation für die Wahlentscheidung der Union vs. SPD in Westdeutschland, 1982-2005



Quelle: Ohr/Quandt (2012: 188); Ergebnis logistischer Regressionsanalysen. Als abhängige Variable dient die Zwei-Parteienwahl CDU/CSU vs. SPD. Als unabhängige Variablen dienen zwei binär kodierte Variablen, die jeweils eine Parteiidentifikation für die CDU/CSU bzw. SPD abbilden. Referenzgruppe für beide Variablen sind jeweils Personen ohne Parteibindung.

Da die Mehrheit des Elektorats Parteibindungen besitzt, diese langfristig stabil sind und einen starken Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben, wird auch das bundesdeutsche Parteiensystem durch diese Parteiidentifizierer stabilisiert (vgl. auch Converse 1969; Gluchowski 1983; Berglund et al. 2005: 106). So zeigt sich im europäischen Vergleich, dass das deutsche Parteiensystem gemessen an der Anzahl effektiver Parteien seit Bestehen bis in die Gegenwart weniger fragmentiert ist als der europäische Durchschnitt (Detterbeck 2011: 160). Dabei eröffnen *dealignment* und der moderate Rückgang zwischen dem Zusammenhang der Par-

teiidentifikation und Wahlentscheidung zumindest für neue Parteien etwas größere Chancen für ihre Etablierung im Parteiensystem als noch in den vergangenen Dekaden.

Auf der Individualebene bedeutet *dealignment* und das etwas häufigere Auseinanderfallen von Parteiidentifikation und Wahlentscheidung sogar ein höheres analytisches Potenzial der Parteiidentifikation. Berglund et al. argumentieren beispielsweise, selbst wenn Parteiidentifikation kausal vorgelagert sein mag, faktisch aber kaum Unterschiede zwischen Wahlentscheidung und Parteiidentifikation vorhanden wären, das Konzept zur Erklärung von Wahlverhalten wenig beisteuern würde (Berglund et al. 2005: 106). Es bietet dann zwar eine statistisch hohe Erklärungsleistung, ist aber inhaltlich wenig aussagekräftig. Mit der größeren Distinktheit von Parteiidentifikation und Wahlentscheidung – auch im europäischen Vergleich – ist hingegen das analytische Potenzial der Parteiidentifikation gewachsen (Berglund et al. 2005: 123). Tatsächlich lässt die Parteiidentifikation in multivariaten Analysen dann noch etwas Raum für andere wahlrelevante Prädiktoren und damit auch für die Überprüfung komplexerer Erklärungsmuster.

Neben der starken Bedeutung für die Wahlentscheidung sollte Parteiidentifikation als *ultimate heuristic* (Dalton 2008: 180) auch zu einer stärkeren politischen Involvierung führen. Parteiidentifikation bietet eine Grundlage, um viele politische Stimuli zu evaluieren. Die Färbungseffekte der Parteiidentifikation führen nicht nur dazu, Kandidaten und Sachfragen gemäß der präferierten Partei positiver zu sehen, sondern begünstigen auch die politische Auseinandersetzung. Wähler mit Parteibindung fragen sich demnach beispielsweise, wer ihre Partei in Zukunft führen wird oder wie ihre Partei zu neu aufkommenden Sachfragen im Vergleich zu den anderen Parteien steht (Dalton 2008: 173). Dies sollte zur Folge haben, dass eine vorhandene Parteiidentifikation sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt.

Tatsächlich kommen empirische Befunde für Deutschland allerdings zu ambivalenten Ergebnissen hinsichtlich der Bedeutung der Parteiidentifikation für die Wahlteilnahme. So zeigen Johanns multivariate Analysen für die Bundestagswahl

2005, dass sich in einer repräsentativen Vorwahlbefragung der Einfluss der Parteiidentifikation signifikant positiv auf die Wahlbeteiligungsabsicht auswirkt, auch unter Einbezug weiterer Variablen wie politischem Interesse, Bildung, Alter, Interesse am Wahlkampf sowie *efficacy*-Variablen (Johann 2009: 439). Unter Kontrolle der gleichen Variablen hat Parteiidentifikation in der repräsentativen Nachwahlbefragung allerdings keinen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung mehr (Johann 2009: 440). Ähnliche Befunde zeigen sich bei den Analysen von Westle et al. (2013) zur Bundestagswahl 2009. Unter Kontrolle verschiedener Variablen, welche generalisierte und konjunkturelle Politikdistanzen messen, hat Parteiidentifikation in der repräsentativen Vorwahlbefragung keinen signifikanten Effekt auf die Wahlbeteiligungsabsicht (Westle et al. 2013: 487), aber eine signifikante Wirkung in der repräsentativen Nachwahlbefragung zur Erklärung der Wahlbeteiligung (Westle et al. 2013: 489).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bedeutung der Parteiidentifikation für die Wahlentscheidung und Wahlbeteiligung unterschiedlich ist: Während Parteiidentifikation nach wie vor im überaus hohen Maße die Wahlentscheidung zugunsten einer Partei erklärt, ist sie für die Erklärung der Wahlbeteiligung deutlich weniger bedeutend und in multivariaten Analysen sogar teilweise nicht relevant. Letzterer Aspekt bezieht sich allerdings nur auf den direkten Effekt der Parteiidentifikation auf die Wahlbeteiligung, was einen möglichen indirekten, über andere Faktoren vermittelten signifikanten Mobilisierungseffekt, nicht ausschließt.

2.3.1.4. Neuere Bestrebungen zur theoretischen Fundierung und Messung von Parteiidentifikation

Mit der Etablierung der Neigungsfrage als Standardindikator zur Messung der Parteiidentifikation als langfristige Bindung, rücken neuere Untersuchungen stärker die inhaltliche Bedeutung von Parteiidentifikation in den Vordergrund (Ohr et al. 2005; Ohr/Quandt 2012; Rattinger 2013; Mayer 2015).

Dass Befragte der Standardfrage zur Parteiidentifikation unterschiedliche Bedeutungen zuschreiben, hat bereits Gluchowski (1983) erstmals für Deutschland untersucht. Er formulierte dabei Fragen zur subjektiven Bedeutung der Parteiidentifikation, die eher dem Kern des orthodoxen Konzepts der Parteiidentifikation entsprechen und damit eine affektive Parteibindung, bei Gluchowski auch grundsätzlich genannt, messen. Zu diesen Fragen gehören (1) ob die Partei einem viel bedeutet; (2) man sich schon länger mit ihr verbunden fühlt; (3) sie bei fast jeder Wahl unterstützt; (4) sich fast immer der Parteimeinung anschließen kann und (5) die Partei einem hilft, sich in der Politik zurechtzufinden (Gluchowski 1983: 469). Diese Fragen werden kontrastiert mit den Fragen (6) und (7), die auf eine situative Parteipräferenz abzielen: „Die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie macht zur Zeit die bessere Politik“ bzw. „die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie hat zur Zeit die besseren Politiker“ (Gluchowski 1983: 469). Die folgenden drei Fragen (8), (9) und (10) deuten abschließend auf eine habituelle, gewohnheitsmäßige Parteibindung hin: „Ich mag keine Partei besonders, aber diese ist für mich das kleinere Übel“; im „Grunde sind mir alle Parteien egal, aber man muß sich ja für eine entscheiden“ sowie „ich fühle mich der Partei nicht besonders verbunden, allerdings habe ich sie in der Vergangenheit oft gewählt“ (Gluchowski 1983: 469).

Mit Hilfe einer explorativen Faktorenanalyse zeigt Gluchowski, dass die besagten zehn Variablen klar auf drei unterschiedliche Faktoren laden (Gluchowski 1983: 471). Zudem zeigt er, dass rund 80 Prozent der Befragten primär Aussagen zustimmen, die auf dem Kern des orthodoxen Verständnisses von Parteiidentifikation beruhen (Gluchowski 1983: 472; Ohr/Quandt 2012: 184), wodurch er die Existenz einer theoriekonformen Parteiidentifikation für die Bundesrepublik empirisch weiter stützt (Gluchowski 1983: 474).

Diesen Gedanken der unterschiedlichen Bedeutungen von Parteiidentifikation aufgreifend, untersucht Rattinger (2013) die Verbreitung grundsätzlicher (affektiver), habitueller und situativer Parteineigungen in Deutschland von 1994 bis 2009. Für die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Parteineigungen können dabei in Rattingers Sekundärdatenanalyse nur vier Variablen aufgenommen

werden, die den Fragen (1), (6), (7), und (10) bei Gluchowski im Wortlaut entsprechen (Rattinger 2013: 144). Mit Hilfe einer explorativen Faktorenanalyse zeigt Rattinger, dass die entsprechenden Variablen wieder auf drei Faktoren laden und situative sowie habituelle Parteieinigungen stark positiv miteinander korrelieren, während die Korrelationen mit der affektiven Parteibindung jeweils moderat negativ ausfallen (Rattinger 2013: 145f.). Um die Befragten als grundsätzlichen Parteiidentifizierer bzw. als habituellen oder situativen zu kategorisieren, wird der höchste Faktorwert des Befragten herangezogen, so können zwischen 95 und 98 Prozent der Befragten für die entsprechenden Jahre einem Typus zugeordnet werden (Rattinger 2013: 146f). Interessant an der Verteilung ist dabei die relative Ausgewogenheit der Identifizierer. Waren bei Gluchowski noch 80 Prozent grundsätzliche Parteiidentifizierer, sind es im Durchschnitt über die Erhebungsjahre bei Rattinger nur 40 Prozent, mit kleineren Ausschlägen nach oben und unten für die einzelnen Befragungsjahre. Etwas mehr als ein Viertel besitzt demgegenüber eine situative Parteiidentifikation und mehr als ein Drittel eine habituelle (Rattinger 2013: 147). Weiterhin zeigen die Analysen, dass vor allem Befragte mit einer stärkeren und einer bereits länger existierenden Parteiidentifikation, eher eine grundsätzliche Parteibindung haben (Rattinger 2013: 149).

Dass sich hinter dem Standarderhebungsinstrument für die Parteiidentifikation in Deutschland unterschiedliche Bedeutungen verbergen können und auch überwiegend im Elektorat verbreitet sind, zeigt, dass Parteiidentifikation nicht nur wie intendiert im engeren orthodoxen Verständnis der Michigan-Schule von den Befragten verstanden wird. Dies könnte die Validität des Erhebungsinstruments verringern bzw. die inhaltliche Interpretation der Parteiidentifikation in den Analysen erschweren. Zu bedenken ist allerdings, dass die hier vorgenommene Kategorisierung der Parteiidentifizierer in drei Typen nur auf vier Variablen beruht, wobei nur eine Frage der grundsätzlichen Identifikation zuzuschreiben ist. Weiterhin wird die Verwendung des Standardinstruments auch durch Rattingers Analysen selbst gestützt. Zwar sind die grundsätzlichen Parteiidentifizierer und damit die eigentlichen Identifizierer in der Minderheit, aber:

„Die Hälfte der Parteiidentifizierer (oder auch mehr) stimmt anderen als grundsätzlichen Begründungen ihrer Parteineigung stärker zu. Auch diese Parteiidentifizierer verhalten sich aber, wie wir gesehen haben, weitgehend theoriekonform, lediglich die Effekte der Parteiidentifikation auf die Wahlbeteiligung und Prägung und die Stabilisierung des Wahlverhaltens sind schwächer. Die Erkenntnis, dass nicht alle Parteiidentifizierer gleich sind, ist eine Aufforderung, weiter über die Dimensionalität von Parteineigungen nachzudenken.“ (Rattinger 2013: 158)

Somit sind die Parteiidentifizierer in ihren Begründungen eine durchaus heterogene Gruppe. Hinter dem leichten *dealignment* in Deutschland könnte sich also ein noch stärker inhaltlicher Wandel in der Bedeutungszuschreibung der verbleibenden Parteiidentifizierer verbergen (Schultze 2012). In einer longitudinalen Perspektive wird sich dieser mögliche Wandel nicht mehr systematisch – aufgrund fehlender Variablen in den Wahlstudien – rekonstruieren lassen. Die starke Verbreitung habituerlicher und situativer Parteiidentifizierer in den 1990er- und 2000er-Jahren in Rattingers Analysen, im Gegensatz zu ca. 80 Prozent grundsätzlicher Parteiidentifizierer in den 1970er-Jahren bei Gluchowski, deutet allerdings auf einen solchen Bedeutungswandel der Parteiidentifikation für einige Wähler hin.

Die Konsequenzen, mit dem Standarderhebungsinstrument ohne eine solche Differenzierung Wahlverhalten zu erklären, sollten aber nach Rattingers Analysen (2013) gering sein, denn habituelle und situative Parteiidentifizierer verhalten sich ebenfalls weitgehend theoriekonform. Solche Differenzierungen finden sich in den Analysen zur Erklärung des Wahlverhaltens unter Einbezug des Michigan-Modells, die nicht auf Spezialfragen zur Parteiidentifikation fokussieren, ohnehin nicht wieder. In den meisten empirischen Analysen wird lediglich das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein der Parteiidentifikation mit einer bestimmten Partei (Faas/Mayerl 2010; Schoen 2011) oder bestenfalls noch die Stärke und Dauer der Parteiidentifikation für die Erklärung der Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung verwendet (Schoen 2007; Johann 2009; Westle et al. 2013).

Verbunden mit dieser Diskussion um unterschiedliche Begründungen der Parteiidentifikation, wurden auch prinzipiell multiple Messungen des Konzepts der Par-

teiidentifikation von einigen Autoren in Deutschland als erstrebenswert angesehen. Bereits Falter (1977) merkte an, dass in Deutschland die Messung der Parteiidentifikation mittels verschiedener Indikatoren nicht verbreitet ist, dies aber Vorteile hätte, um Messfehler zu berücksichtigen (Falter 1977: 484). Während in der amerikanischen Wahlforschung Versuche zur multiplen Messung der Parteiidentifikation unternommen wurden (Green/Schickler 1993; Greene 2002; Green et al. 2002; Burden/Klofstad 2005), die sich aber letztendlich nicht etablieren konnten (vgl. Kapitel 2.2.1.), erfuhr dies in der Bundesrepublik – mit Ausnahme von unterschiedlichen Begründungen der Parteiidentifikation wie oben ausgeführt – keine große Aufmerksamkeit. Arzheimer und Schoen (2005) merken daher fast 40 Jahre nach Falters Publikation an, dass in der Forschung um Parteiidentifikation mit multiplen Indikatoren für Deutschland nach wie vor ein fruchtbares Feld für künftige Forschungsprojekte liegt (Arzheimer/Schoen 2005: 652).

Ein Problem in diesem Zusammenhang ist die fehlende inhaltliche Fundierung der Parteiidentifikation. Um das latente Konstrukt Parteiidentifikation mit unterschiedlichen inhaltlich konnotierten Facetten zu messen, ist Klarheit über die inhaltliche Bedeutung der Parteiidentifikation notwendig. Erst dann können die entsprechenden Indikatoren entwickelt werden, welche diese unterschiedlichen Facetten abdecken. Ohr und Quandt (2012) merken dazu an, dass die inhaltliche Bedeutung der Parteiidentifikation in Deutschland weitgehend „terra incognita“ ist (2012: 180). Sie unterbreiten daher einen Vorschlag zur theoretischen Fundierung und Messung der Parteiidentifikation auf Basis der sozialen Identität (Tajfel 1974, 1982), anknüpfend an die englischsprachige Diskussion um multiple Messungen der Parteiidentifikation (Green/Schickler 1993; Green et al. 2002; Greene 2002). Demnach sollte der Bezugspunkt der Bindung nicht primär die Partei als Organisation sein, sondern auch die soziale Gruppe, bestehend aus Anhängern und Wählern, umfassen und sowohl kognitive als auch affektive/emotionale Aspekte in der Operationalisierung berücksichtigen (Ohr/Quandt 2012: 189).

Ohr und Quandt entwickeln im Weiteren eine Reihe von Items, welche die kognitiven und affektiven Aspekte der sozialen Identität mit einer Partei erfassen.

Unter Hinzuziehen der Stärke der Parteinäigung und den Begründungen der Parteiidentifikation nach Gluchowski (1983) modifizieren und validieren sie ihr Messinstrument (Ohr/Quandt 2012: 190-195). Im Ergebnis stehen vier Indikatoren¹⁵ mit hoher interner Konsistenz, welche die affektive/emotionale Dimension sozialer Identität bezüglich einer Partei messen, während die kognitive Dimension weniger gut erfasst werden konnte (Ohr/Quandt 2012: 199). Mit der affektiven sozialen Identität wird den Autoren zufolge also zumindest eine Teildimension der Parteiidentifikation durch eine theoretische Fundierung klarer konturiert und inhaltlich spezifiziert (Ohr/Quandt 2012: 199).

Eine inhaltliche Ausdifferenzierung auf Basis der sozialen Identität bietet auch Mayer (2015): Dabei schlägt sie basierend auf organisationspsychologischen Überlegungen (Mael/Tetrick 1992) eine Messung der Parteiidentifikation als latentes Konstrukt vor, die aus einer affektiven und kognitiven Dimension besteht und darüber hinaus Selbststereotypisierung (Turner 1987) als eine Dimension der Parteiidentifikation berücksichtigt. Über den Ansatz von Ohr und Quandt hinausgehend, sind bei Mayer sowohl explizit eine Identifikation mit mehreren Parteien als auch negative Bindungen möglich. Ihre Ergebnisse, die nicht auf repräsentativen Wählerbefragungen beruhen, sondern auf Online-Umfragen, zeigen vor allem, dass innerhalb eines politischen Lagers Bindungen an zwei Parteien durchaus verbreitet sind (Mayer 2015). Eine Validierung des Messinstruments mit Repräsentativdaten steht allerdings noch aus (Mayer/Schultze 2015).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in jüngster Zeit wieder verstärkt Versuche von inhaltlicher Ausdifferenzierung und theoretischer Fundierung des Konzepts der Parteiidentifikation für Deutschland unternommen wurden. Diese bleiben aber weitestgehend isoliert rezipiert im Forschungsfeld um Spezialfragen der Parteiidentifikation. In breiteren Analysen zur Erklärung des Wahlverhaltens an-

¹⁵ Diese Indikatoren sind nach Ohr/Quandt (2012: 191): (1) Wenn ich über die „I-Partei“ spreche, sage ich meistens eher ‘wir’ als ‘sie’; (2) Wenn jemand die „I-Partei“ kritisiert, fühle ich mich davon auch angegriffen; (3) Wenn jemand etwas positives über die „I-Partei“ sagt, empfinde ich dies wie ein persönliches Kompliment; (4) Wenn die „I-Partei“ Erfolg hat, freue ich mich sehr darüber.

hand des Michigan-Modells findet sich keine Berücksichtigung solcher Differenzierungen: Es wird der Standardindikator zur Messung der Parteiidentifikation benutzt und in den Analysen entweder nur das Vorhandensein einer Bindung an eine Partei oder zusätzlich noch deren Stärke und Dauer in die Analyse mit einbezogen. Diese Entwicklung ähnelt der Diskussion um die messtheoretische Verbesserung der Parteiidentifikation in den USA (vgl. Kapitel 2.2.1.): Verbesserungsvorschläge haben sich letztendlich nicht durchgesetzt, da sich der Standardindikator größtenteils bewährt hat, nicht übermäßig fehleranfällig ist und durch den langen Gebrauch longitudinale Analysen erlaubt. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob sich die für Deutschland vorgeschlagenen Differenzierungen nach Ohr und Quandt (2012) sowie Mayer (2015) dauerhaft in großen Wahlstudien etablieren können. Für die in dieser Studie verwendeten empirischen Analysen mit Sekundärdaten kann ebenfalls nur auf den Standardindikator zur Erfassung der Parteiidentifikation zurückgegriffen sowie dessen Stärke berücksichtigt werden (vgl. auch Kapitel 3.2.1. und 3.2.3.).

2.3.2. Kandidatenorientierungen

Im Vergleich zur Parteiidentifikation erfuhren Kandidatenorientierungen und ihre Wirkungen auf das Wahlverhalten weniger Aufmerksamkeit in Deutschland (Schoen/Weins 2005: 234). Eine grundsätzliche Diskussion über unterschiedliche Sichtweisen auf Kandidatenorientierungen wie bei der Parteiidentifikation (vgl. Kapitel 2.2.3.) gibt es weder in den USA noch in der Bundesrepublik. Auch die Frage nach der Übertragbarkeit von Kandidatenorientierungen in präsidentiellen Systemen wie den USA, in denen der Präsident direkt (über Wahlmänner und Wahlfrauen) gewählt wird, auf parlamentarische wie das der Bundesrepublik, in der Parteilisten zur Wahl stehen, wurde pragmatisch gelöst: Die institutionellen Unterschiede führten dazu, dass in Deutschland lediglich Kandidatenorientierungen von Kanzlerkandidaten als funktionales Äquivalent angesehen werden und damit im Fokus der Forschung um Kandidatenorientierungen stehen (Schoen/Weins 2005: 234; Gabriel/Neller 2005: 215). Weiterhin wird der Orientierung an Kandidaten, aufgrund dieser institutionellen Unterschiede in den USA

eine exponiertere Stellung bei der Wahlentscheidung eingeräumt (Page/Jones 1979), während in Deutschland Kandidateneffekten insgesamt weniger Gewicht zur Erklärung des Wahlverhaltens attestiert wird. Brettschneider geht beispielsweise davon aus, dass *candidate voting* nur virulent wird, wenn dem Elektorat keine anderen Anhaltspunkte zur Verfügung stehen (Brettschneider 2002: 58).

Gleichwohl ist die Untersuchung von Kandidatenorientierungen fester Bestandteil der deutschsprachigen Wahlforschung. Nicht zuletzt die Medialisierung von Parteien und ihren Wahlkämpfen (Schulz et al. 2000; Alemann/Marschall 2002a; Marcinkowski/Pfetsch 2009) führten zu einem Korpus an Studien¹⁶, welche die Wirkungen der Kandidatenorientierungen auf die Wahlentscheidung der Bürger in den Blick nehmen. Damit einher geht auch die These der Präsidentialisierung parlamentarischer Systeme (Mughan 2000; Poguntke/Webb 2005a), die ebenfalls in einer zunehmenden Personalisierung von Wahlkämpfen und einer stärkeren Rolle der Kandidatenorientierungen für das Wahlverhalten münden sollte. Im Folgenden werden zunächst konzeptionelle Fragen zur Erfassung von Kandidatenorientierungen der Kanzlerkandidaten thematisiert (Kapitel 2.3.2.1.). Daran anschließend werden in Kapitel 2.3.2.2. in knapper Form theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Medialisierung und Präsidentialisierung in Deutschland dargestellt. In Kapitel 2.3.2.3. wird anschließend die breite Diskussion nachgezeichnet, ob diese Entwicklungen sich auch auf das individuelle Wahlverhalten auswirken und welche Bedeutung Kandidatenorientierungen dabei haben.

2.3.2.1. Kandidatenimages und Eigenschaften von Kanzlerkandidaten

Die Vorstellungen des Elektorats von den Kanzlerkandidaten werden mangels direkter Kontaktmöglichkeiten fast ausschließlich über die Medien erworben (Gabriel/Neller 2005: 215). Dabei erzeugen die Medien beim Wähler Images von den

¹⁶ Dazu zählen Klingemann/Taylor (1977); Gabriel/Vetter (1998); Klein/Ohr (2000); Ohr (2000); Klein/Ohr (2001); Brettschneider (2001, 2002); Maier/Faas (2005); Klein/Rosar (2005); Klein (2005a); Gabriel/Neller (2005); Brettschneider et al. (2006); Klein/Rosar (2007b); Gabriel et al. (2009); Rosar (2009); Wagner/Weßels (2012); Rosar/Klein (2013); Ohr et al. (2013); Maier et al. (2013).

Kandidaten. Aus welchen Komponenten sich diese Kandidatenimages zusammensetzen und welche Begrifflichkeiten dabei verwendet werden, variiert, wobei insgesamt kein allgemein akzeptierter Vorschlag existiert (Schoen/Weins 2005: 233). Gabriel und Neller (2005) folgend sollten mindestens drei Bewertungsaspekte unterschieden werden: „(1) dem *Gesamturteil* über die Kandidaten; (2) der Bewertung ihrer *Persönlichkeitseigenschaften*; und (3) ihrer *politischen Kompetenzen* bzw. ihren *politisch relevanten Eigenschaften*“ (Gabriel/Neller 2005: 222; Hervorhebungen im Original).¹⁷

Für das Gesamturteil der Kandidaten können entweder Sympathieskalometer oder die Kanzlerpräferenz herangezogen werden. Erstere erlaubt auch den Vergleich zu anderen Spitzenpolitikern, deren Sympathiewerte ebenfalls auf solchen Skalen standardmäßig erhoben werden. Nachteilig bei der Verwendung dieses Instrumentes ist aber, dass diese Sympathiewerte noch keinen Rückschluss darauf zulassen, wen die Befragten als Kanzler wollen (Gabriel et al. 2009: 272). Daher wird im engeren Sinne für das Gesamturteil über die Kandidaten eher die Kanzlerpräferenz herangezogen, die näher an der Wahlentscheidung liegt. Diese Präferenz wird als funktionales Äquivalent für Kandidatenorientierungen angesehen und häufig für Wahlanalysen auf Basis des Michigan-Modells und seiner Determinantentrias benutzt (Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008; Blumenberg/Kulick 2010; Schoen 2011).

Allerdings ist auch die Kanzlerpräferenz als generalisierte Kandidatenbewertung inhaltlich unbestimmt und trifft nicht den Kern des Konzepts der Kandidatenorientierungen im Ann-Arbor-Ansatz. Mit der gestellten Frage, wen die Befragten lieber als Kanzler hätten, bleibt in empirischen Analysen inhaltlich ungeklärt, ob ein so gefundener Kandidateneffekt tatsächlich auf Eigenschaften der Kandidaten rekuriert oder lediglich die „richtige“ Parteizugehörigkeit des Kanzlerkandidaten widerspiegelt. Um Kandidateneffekte differenzierter zu bewerten, erscheint es daher lohnenswert in dieser Studie nicht das Gesamturteil über Kandidaten in

¹⁷ Für andere Vorschläge zur Dimensionalität von Kandidatenorientierungen siehe beispielsweise für die USA Kinder et al. (1980) und für Deutschland Lass (1995).

Form der Kanzlerpräferenz als Kandidatenorientierung aufzufassen, sondern die einzelnen relevanten Eigenschaften der Kanzlerkandidaten. Diese Vorgehensweise entspricht eher einer äquivalenten Übertragung des Konzepts der Kandidatenorientierungen im Michigan-Modell, da im Klassiker *The American Voter* persönliche und politische Eigenschaften der Präsidentschaftskandidaten als Kandidatenorientierungen gefasst wurden (Campbell et al. 1960: 52-55). Auch empirisch betrachtet, sind diese Eigenschaften diejenigen, die im Laufe von Wahlkampagnen und der medialen Darstellung der Kandidaten erst sicht- und bewertbar werden.

Unter Persönlichkeitseigenschaften werden dabei die Eigenschaften subsumiert, die nicht politisch relevant, also rollenfern und unpolitisch sind. Eine Standardfrage, die in den Wahlstudien dazu erhoben wird, bezieht sich darauf, inwiefern der Kandidat menschlich sympathisch ist (Gabriel/Neller 2005; Gabriel et al. 2009; Ohr et al. 2013). Zu den unpolitischen Eigenschaften gehören weiterhin Fragen zur physischen Attraktivität (Klein/Rosar 2005; Rosar 2009) oder dem Privatleben der Kandidaten (Klein/Ohr 2000). Politische, rollennahe Eigenschaften lassen sich in mindestens zwei weitere Dimensionen ausdifferenzieren: Zum einen in die wahrgenommene Problemlösungskompetenz des Kandidaten zu den wichtigsten politischen Fragen und zum anderen in *leadership*-Qualitäten wie beispielsweise Führungsstärke und Tatkraft (Brettschneider 2001: 376).

Für die Eigenschaft Vertrauenswürdigkeit bzw. Integrität ist die Zuordnung umstritten. Klein und Ohr (2000) bewerten diese Eigenschaft als unpolitische, rollenferne Persönlichkeitseigenschaft. Laut ihnen würde der Wähler nämlich vor allem die allgemeine und nicht speziell die politische Vertrauenswürdigkeit bewerten (Klein/Ohr 2000: 204). Brettschneider (2002: 176ff.) sieht hingegen Vertrauenswürdigkeit als rollennahe Eigenschaft, ebenso wie Gabriel und Neller (2005).

2.3.2.2. Medialisierung und Präsidentialisierung

Um den Stellenwert der rollennahen und rollenfernen Kandidateneigenschaften auf das Wahlverhalten des Elektorats zu bestimmen, ist es hilfreich, zunächst den Blick auf die seit den 1960er-Jahren veränderten Kontextbedingungen der Wahlkampagnen und Wahlkampfkommunikation zu richten. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive sind vor allem der Medienwandel und seine Auswirkungen auf die Parteien und Spitzenkandidaten zu nennen. Unter dem Begriff Medialisierung wird dabei die umfassende Durchdringung der Medien und ihr Bedeutungszuwachs in allen gesellschaftlichen Bereichen verstanden (Jarren/Donges 2011: 23).

Für die hier verfolgte Fragestellung kann nur partiell auf einige Aspekte der Medialisierung eingegangen werden, um den Kontext der Wähler zur Beurteilung der Kandidatenorientierungen zu illustrieren. Hierbei spielen vor allem die quantitative Ausweitung der inhaltlichen Mediengattungen und -angebote sowie die Dominanz des Fernsehens und deren Form der politischen Berichterstattung eine zentrale Rolle (Schulz et al. 2000: 415). Diese Entwicklung sollte zu einer Anpassung politischer Parteien und ihrer Wahlkampfstrategie an die telemediale Logik, aber auch zur Veränderung des Wählerverhaltens führen (Schulz et al. 2000: 413). Der umfassende Einfluss, der den Medien auf politische Akteure und den Bürgern dabei zugeschrieben wird, kann durch den Begriff der Mediendemokratie veranschaulicht werden (Alemann/Marschall 2002b; Pfetsch/Marcinkowski 2009).

Als kontrovers werden, wie noch zu zeigen ist, die Konsequenzen des Medienwandels, vor allem für das Wahlverhalten der Bürger im Sinne einer Personalisierung des Wahlverhaltens betrachtet (Schoen/Weins 2005: 237). Hingegen ist eine Veränderung der Medienlandschaft ein unumstrittener Aspekt der Medialisierung. So wird in einer longitudinalen Perspektive die Expansion neuer Massenmedien seit den 1950er-Jahren und die damit einhergehende Ausweitung der individuellen Mediennutzung insgesamt, insbesondere des Fernsehens, deutlich

(Schulz et al. 2000: 416-419; Schulz 2011: 19-25). Mit dem Hinzutreten des Internets hat sich das Mediensystem dabei erneut erheblich ausgeweitet (Emmer et al. 2011; Busemann/Engel 2012). Als politische Informationsquelle ist es in den letzten Jahren in der Gunst der Bevölkerung gestiegen, rangiert aber immer noch deutlich hinter der Wichtigkeit des Fernsehens als politische Informationsquelle (Gurevitch et al. 2009: 168; Schulz 2011: 25).¹⁸

Die Art und Weise wie in diesem für die politischen Parteien und Kandidaten reichweitenstärksten und attraktivsten Massenmedium über Politik und Wahlkämpfe berichtet wird, hat sich dabei gewandelt. So berichten Gurevitch et al. (2009) für die USA von einer Veränderung der Rolle des Fernsehjournalisten von einem neutralen Beobachter, der über Themen und Ereignisse informiert, hin zum Konstrukteur politischer Realität mit Fokus auf Spitzenpolitiker.

Anzeichen für diese Form der Personalisierung der Medienberichterstattung finden sich auch in Deutschland wieder. So kommen einige empirische Analysen zu dem Schluss, dass sich in Wahlkampfzeiten die Mehrzahl der Berichterstattungen im Fernsehen (und in abgeschwächter Form auch für überregionale Tageszeitungen) auf die Spitzenkandidaten und ihre rollenfernen wie rollennahen Eigenschaften bezieht und nur zu einem geringeren Maße über parteipolitische Inhalte berichtet wird (Brettschneider 2001: 359; Gabriel/Neller 2005: 215). Außerdem wird argumentiert, dass es eine Zunahme der konfliktorientierten und skandalisierten Berichterstattung gibt (Schulz et al. 2000: 432, 2005: 79). Mit dem Hinzukommen des privaten Rundfunks in den 1990er-Jahren und der damit einhergehenden Kommerzialisierung des Fernsehmarkts scheint sich diese Tendenz der

¹⁸ Im Folgenden wird sich auf das Fernsehen als wichtigste politische Informationsquelle im Zusammenspiel mit den Spitzenkandidaten fokussiert. Trotz eines rasanten technologischen Wandels spielt das Internet zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2009, dem Referenzzeitpunkt der empirischen Analysen in dieser Studie, als politische Informationsquelle eher eine untergeordnete Rolle. Zwar können einzelne Internetangebote durchaus einen Mobilisierungseffekt auf die Bürger haben, wie Marschall und Schultze (2012) anhand des Wahl-O-Mat für die Bundestagswahl 2009 zeigen. Insgesamt sind die Effekte aber gering. So berichten beispielsweise Faas und Partheymüller für die Bundestagswahlkämpfe 2005 und 2009, dass die politische Internetnutzung der Bürger insgesamt noch in den Kinderschuhen stecke (2011: 133).

Aufbereitung quotenträchtiger, personenbezogener Berichterstattung noch verstärkt und insgesamt auch zu einer weiteren Fragmentierung des Publikums geführt zu haben (Holtz-Bacha 2002: 44).

Die Strategie der Parteien hin zu einer Personalisierung der Wahlkampfführung kann als Konsequenz¹⁹ der Konzentration auf politisches Personal zu Lasten politischer Inhalte in den Massenmedien betrachtet werden (Lass 1995). Brettschneider folgend umfasst diese Personalisierung eine Konzentration des Wahlkampfes auf Fernsehen als wichtigstes Medium, eine professionalisierte Wahlkampforganisation mit PR- und Medienprofis sowie einen Bedeutungsgewinn der Spitzenkandidaten und eine zunehmende Entkoppelung dieser Kandidaten von ihrer Partei (Brettschneider 2001: 356-357). Diese sogenannten modernen Wahlkämpfe zeichnen sich ferner dadurch aus, dass das Kampagnenmanagement in der Hand entsprechender Medien- und Kommunikationsprofis liegt, welche die Erkenntnisse aus der Marketing-, der Kommunikations- sowie Markt- und Meinungsforschung zur Strategieentwicklung nutzen (Holtz-Bacha 2002: 47f.).

Der Bedeutungsgewinn und die Entkoppelung der Spitzenkandidaten von ihren Parteien bieten dabei die Gelegenheit stärker auf ihre Eigenschaften im Wahlkampf abzuheben. Diese Konzentration auf Spitzenpolitiker drückt sich auch in der These der Präsidentialisierung parlamentarischer Systeme aus (Mughan 2000; Poguntke/Webb 2005a). Ihr zufolge wandeln sich parlamentarische Systeme von Parteiendemokratien, welche an die sozialstrukturellen Wurzeln ihrer Wähler appellieren, hin zu Systemen, in denen vor allem Parteiführer einen Effekt auf das Wahlergebnis der Partei und damit auch auf das individuelle Wahlverhalten haben sollten.

Während Mughan (2000) eine Einzelfallstudie über Großbritannien zur Präsidentialisierung vorlegt, vereint der Band von Poguntke und Webb (Poguntke/Webb

¹⁹ So wie hier dargestellt, wird die Personalisierung der Medienberichterstattung als *Ursache* für die Personalisierung der Wahlkampfführung angesehen. Eine alternative Sichtweise besteht darin, beide Personalisierungsprozesse als wechselseitig voneinander abhängig zu begreifen. Zu dieser Diskussion siehe Brettschneider (2001: 360).

2005a) eine vergleichende Untersuchung zur Präsidentialisierung westeuropäischer Länder. Dabei beschränken sie sich nicht auf *party-leadership*-Effekte bei Wahlen, wie dies noch Mughan tut (2000: 9-10), sondern stellen einen umfassenderen Analyserahmen zur Erforschung des empirischen Phänomens Präsidentialisierung vor:

„Presidentialization of politics can be understood as the development of (a) increasing leadership power resources and autonomy within the party and the political executive respectively, and (b) increasingly leadership-centred electoral processes. Essentially, three central arenas of democratic government are affected by these changes, which we may refer to as three faces of presidentialization, namely the executive face, the party face, and the electoral face, respectively. Presidentialization as a process means that these three faces of presidentialization are amplified by factors other than those flowing directly from the formal constitutional structure.“ (Poguntke/Webb 2005b: 5)

Präsidentialisierung ist demnach ein Prozess, der den Parteispitzen, durch Faktoren wie beispielsweise der Medialisierung ein größeres Gewicht verleihen sollte. Dies sollte sich u.a. in der Wahlkampfführung der Parteien in einem stärker auf das Spitzenpersonal zugeschnittenen Wahlkampf zeigen.

Empirische Untersuchungen zur Präsidentialisierung in Deutschland kommen zu einer positiven Einschätzung bezüglich einer solchen Entwicklung. Vor allem die herausragende Funktion des Bundeskanzlers mit seiner Richtlinienkompetenz wird als wichtige Voraussetzung identifiziert. Diese führt – Parteienforschern folgend – zusammen mit der Medialisierung und der zunehmenden Internationalisierung und Europäisierung der Politik dazu, dass der Regierungschef als *chief negotiator* weitgehend präsidentielle Machtressourcen in internationalen Angelegenheiten besitzt. Gleichzeitig unterliegt er aber innenpolitischen Restriktionen durch Koalitionsregierungen und dem Bundesrat (Poguntke 2005: 81). Auch Wahlforscher sehen in der Kombination aus der exponierten Stellung des Bundeskanzlers, den oben beschriebenen Entwicklungen zur Personalisierung der Medienberichterstattung und Personalisierung der Wahlkampfführung der Parteien sowie dem *dealignment* (vgl. Kapitel 2.3.1.2.) die Hauptgründe für mögliche *leadership*-Effekte (Gabriel et al. 2009: 267).

Allerdings sollten diese Entwicklungen in ihrer Intensität insgesamt nicht überschätzt werden. So gelangt Brettschneider bei einer Analyse der wichtigsten deutschen Nachrichtensendungen zu den Bundestagswahlen 1998 bis 2005 beispielsweise zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Drittel der Berichterstattung über Parteien erfolgen und nur ein Drittel über Kandidaten. Wenn über Kandidaten berichtet wird, dann weniger über Persönliches. Insgesamt spielen also nach wie vor Sachfragen in der Berichterstattung eine wichtige Rolle (Brettschneider 2009: 531).

2.3.2.3. Bedeutung von Kandidatenorientierungen für das Wahlverhalten

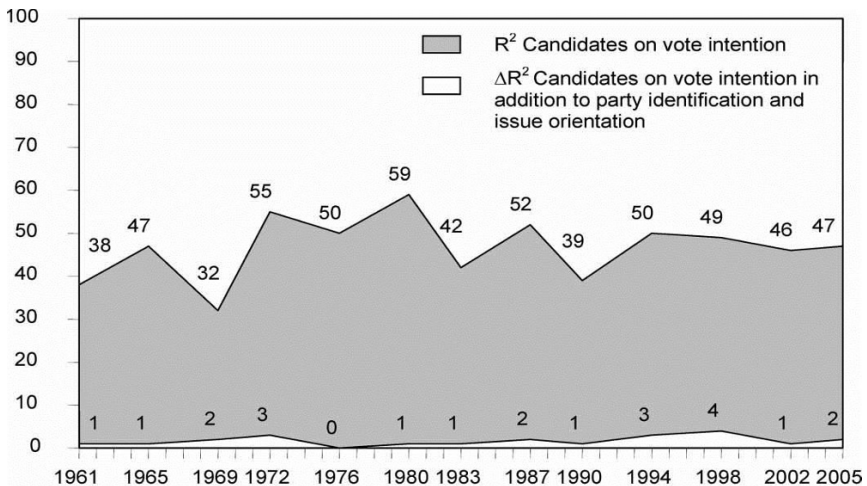
Die veränderten Rahmenbedingungen für Wahlkämpfe, die skizzenhaft im letzten Kapitel entwickelt worden sind, scheinen Argumente zu liefern, die für eine Aufwertung der Kandidatenorientierung als Prädiktor für die Wahlentscheidung der Bürger sprechen. Theoretisch lassen sich dabei Kandidateneffekte auf das Wahlverhalten funktional plausibilisieren: Den Spitzenkandidaten obliegt es, die komplexen politischen Themen einer breiten Öffentlichkeit verständlich darzustellen. Die Bürger wiederum beurteilen, für wie glaubwürdig, kompetent und durchsetzungsstark sie die Kandidaten dabei halten. Ein möglicher Kandidateneffekt ließe sich dann inhaltlich insofern interpretieren, dass diese Merkmale im Wahlkalkül der Bürger eine Rolle für ihre Wahlentscheidung gespielt haben (Ohr et al. 2013: 207-208). Dabei bleibt es eine empirische Frage, ob sich die Prozesse der Medialisierung und Präsidentialisierung, auch auf eine entsprechende Prioritätenverschiebung der Wahlentscheidung bei den Bürgern übertragen lassen. Eine solche primär an Personen orientierte Wahlentscheidung sollte dann vorliegen, wenn Kandidatenorientierungen ein sehr starker Faktor zur Erklärung der Wahlentscheidung im Michigan-Modell sind oder zumindest bei den letzten Wahlen im Vergleich zu vorherigen gegenüber Sachfragenorientierungen und der Parteiidentifikation an Einflussstärke gewinnen konnten. In einem solchen Falle wäre von einer zunehmenden Personalisierung des Wahlverhaltens auszugehen.

Dabei sind verschiedene Lesarten der Personalisierung des Wahlverhaltens möglich (vgl. dazu ähnlich: Maier/Maier 2007). Eine enge Fassung besteht darin, nur

einen möglichen Bedeutungsgewinn von unpolitischen, also rollenfernen Eigenschaften, als Personalisierung des Wahlverhaltens anzusehen. Eine weite Lesart der Personalisierung bezieht sich hingegen lediglich auf einen stärkeren Effekt des Prädiktors der Kandidatenorientierungen gegenüber den anderen beiden Faktoren des Ann-Arbor-Modells. In der weiten Fassung spielt es dabei dann keine Rolle, ob diese Aufwertung der Kandidatenorientierungen durch rollenferne oder rollennahe Eigenschaften geschieht. Im Folgenden sollen zunächst die empirischen Studien zu dieser weiten Lesart der Personalisierung vorgestellt und diskutiert werden.

Dabei sprechen die Ergebnisse einiger Autoren aus der Wahlforschung tendenziell eher gegen einen solchen Trend zur Personalisierung des Wahlverhaltens. So kommen beispielsweise Brettschneider et al. (2006) bei der Analyse von Kandidateneffekten bei den Bundestagswahlen von 1961 bis 2005 zu dem Schluss, dass Kandidateneffekte im Umfang sehr begrenzt sind und vor allem bei Personen ohne Parteibindung einen größeren Einfluss auf die Wahlentscheidung haben.

Abbildung 9: Erklärungskraft der Kandidatenorientierungen im Zeitverlauf von 1961 bis 2005 in Westdeutschland – lineare Regression



Quelle: Brettschneider et al. (2006: 488). Abhängige Variable wurde folgendermaßen codiert: -5 = Wahlentscheidung von CDU/CSU; 0 = alle Befragte, außer Unions- und SPD-Wähler; + 5 = SPD-Wähler. Vergleiche dazu auch Brettschneider et al. 2006: 498-499.

Wird als einziger Prädiktor zur Erklärung der Wahlentscheidung Kandidatenorientierungen (hier operationalisiert als Kanzlerpräferenz) einbezogen (optimistische Schätzung), so werden zwischen 32 und 59 Prozent der Varianz der Wahlentscheidung erklärt (vgl. Abbildung 9). Dies stellt die obere Grenze eines Kandidateneffekts dar. Werden Kandidatenorientierungen aber erst nach Kontrolle von Parteiidentifikation und Sachfragenorientierungen in die Regression einbezogen (pessimistische Schätzung), so besteht nur noch eine marginale zusätzliche Varianzaufklärung von 0 bis 4 Prozent – was der unteren Grenze des Kandidateneffekts entspricht. Weder die optimistische, noch pessimistische Schätzung zeigt dabei im Zeitverlauf einen Aufwärtstrend – was gegen eine Personalisierung des Wahlverhaltens spricht. In einer vergleichenden Untersuchung zwischen den USA, Großbritannien und Deutschland gelangt Brettschneider (2002) ebenfalls zu dem Ergebnis, dass in keinem einzelnen der Vergleichsländer eine solche Aufwertung der Kandidatenorientierung seit den 1960er-Jahren auszumachen ist (Brettschneider 2002: 207).

Speziell für die Bundestagswahl 2005 kommen Brettschneider und Kollegen ferner zu dem Ergebnis, dass unter der Determinantentrias des Michigan-Modells Parteiidentifikation den stärksten und Kandidatenorientierungen den schwächsten Einfluss auf die Wahlentscheidung haben (Brettschneider et al. 2006: 489). Zu etwas anderen Ergebnissen gelangen Gabriel et al. (2009) bei der Analyse der Bundestagswahl 2005. Ihren Analysen zufolge verbessert sich die Wahlwahrscheinlichkeit einer Partei deutlich bei einer positiven Kandidatenorientierung unter der Berücksichtigung einer möglichen Kongruenz zu Sachfragen und Parteibindungen (Gabriel et al. 2009: 295). Demnach erhöht sich die Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei um ca. 40 Prozent bei einer positiven Kandidatenorientierung, bei gleichgerichteten Sachfrageneinstellungen und keiner Parteibindung. Beim Vorhandensein einer Parteibindung halbiert sich dieser Anteil. Insgesamt werden für jede Kombination aus den drei Einstellungen Gruppen identifiziert, die entsprechend stärkere oder schwächere Kandidateneffekte aufweisen. Für das Gesamtelektorat wird der Kandidateneffekt dabei auf 23 Prozent taxiert,

deutlich hinter dem der Parteiidentifikation, aber noch vor Themenorientierungen (Gabriel et al. 2009: 296).

Diese widersprüchlichen Befunde in der relativen Bedeutung der Kandidatenorientierungen für die Wahlentscheidung zwischen Brettschneider et al. (2006) und Gabriel et al. (2009) deuten auch auf ein Problem der Sensitivität der Analysen hin. So kann bei der Analyse der gleichen Wahl die unterschiedliche Interpretation der Stärke der Kandidatenorientierungen vermutlich mit der Variation der verwendeten Indikatoren sowie Analysestrategie der Autoren erklärt werden. Bereits Schoen und Weins haben beim Vergleich früherer Studien zu Kandidatenorientierungen und deren widersprüchlichen Ergebnissen auf eine solche Sensitivität hingewiesen (Schoen/Weins 2005: 255).

Insgesamt scheint die Mehrzahl der Wahlforscher allerdings eher skeptisch bezüglich einer Personalisierung des Wahlverhaltens – bezogen auf eine Aufwertung der Kandidatenorientierung über die Zeit hinweg. Vergleichsweise vorsichtig formulieren dabei Gabriel und Neller (2005) ihr Ergebnis der Analyse der Bundestagswahlen 1994 bis 2002, indem sie konstatieren, dass es „keinen eindeutigen Trend zur Personalisierung“ gibt, aber die These jedoch nicht definitiv zurückgewiesen werden kann (Gabriel/Neller 2005: 239). Auch in einer früheren Publikation hebt Brettschneider zumindest noch positiv den eigenständigen Effekt der Kandidatenorientierungen hervor, sieht aber ebenfalls zwischen 1960 und 1998 keinen Bedeutungsgewinn dieser Einflussgröße (Brettschneider 2001: 388). Diese Ergebnisse werden von neueren Untersuchungen sekundiert, die ebenfalls für die Bundestagswahlen 1998 bis 2009 klare empirische Ergebnisse gegen die Personalisierungsthese finden (Wagner/Weßels 2012: 367).

Unterstützung für die Aufwertung der Kandidatenorientierungen findet sich demgegenüber nur in zwei Studien von Ohr (2000) sowie Schoen (2007), die jeweils zur Messung der Kandidatenorientierungen die Kanzlerpräferenz als Indikator benutzen: Ohr kommt in seinen Analysen für den Zeitraum von 1961 bis 1998 zu dem Ergebnis, dass es trotz Schwankungen im Zeitverlauf zu einer Aufwertung der Kandidatenorientierungen für die Wahlentscheidung gekommen ist (Ohr

2000). Für den Zeitraum 1980 bis 2002 schlussfolgert Schoen: „While in no federal election was the effect of party attachments found to increase, in three of seven campaigns candidate evaluations become considerably more powerful predictors of vote choice“ (Schoen 2007: 336).

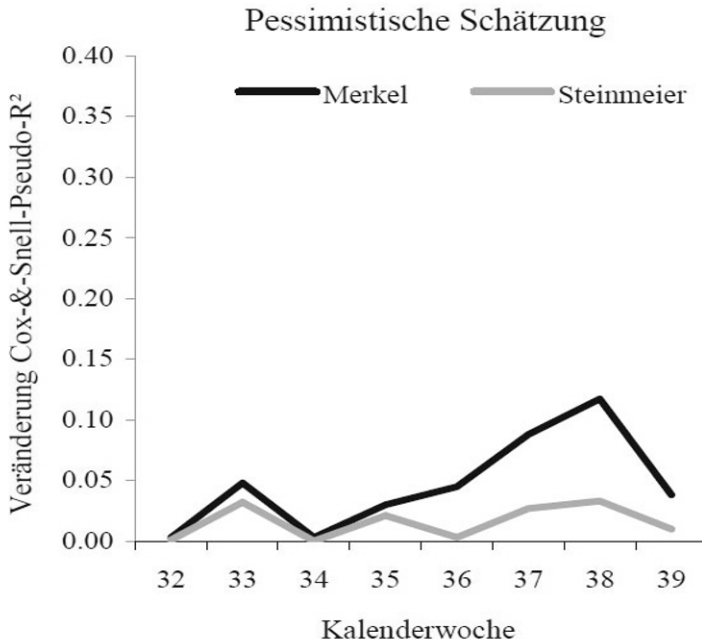
Auch wenn die Mehrheit der Analysen eher keine stärkere Personalisierung ausmacht, bedeutet dies aber keineswegs, dass Kandidatenorientierungen eine vernachlässigbare Größe in der Wahlforschung wären. Dass sie in der Lage sind, neben Parteiidentifikation und Sachfragenorientierungen die Wahlentscheidung zu beeinflussen und zudem äußerst kurzfristig änderbar sind, wird deutlich, wenn die Entwicklung der Kandidateneffekte auf Basis von in kurzen Abständen durchgeführter Befragungen in der heißen Wahlkampfphase analysiert werden. Eine solche Vorgehensweise liefern beispielsweise Ohr et al. (2013) durch die Nutzung von Daten der *Rolling-Cross-Section* Wahlkampfstudie der *German Longitudinal Election Study*. Bei dieser wurden täglich ca. 100 Personen zu politischen Themen befragt. Durch eine wochenweise Zusammenfassung der Personen stehen dann ausreichende Fallzahlen zur Verfügung (Ohr et al. 2013: 211).

Ähnlich wie bei Brettschneider et al. (2006) wird dabei eine optimistische Schätzung (bivariater Zusammenhang zwischen Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung) sowie einer pessimistischen Schätzung (zusätzliche Varianzaufklärung der Kandidatenorientierungen nach Kontrolle von Sachfragenorientierungen und Parteiidentifikation) angegeben. Abbildung 10 zeigt die pessimistische Schätzung von Ohr et al. für acht Kalenderwochen im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahl 2009. Die dargestellten Effektstärken variieren dabei innerhalb der einzelnen Wochen deutlich, wobei eine Kanzlerpräferenz für Merkel durchweg einen stärkeren Effekt auf die Wahlentscheidung der Union hatte als eine Kanzlerpräferenz für Steinmeier bei der Wahlentscheidung für die SPD.

Verglichen mit den Analysen von Brettschneider et al. (2006) zeigt sich hier bei der pessimistischen Schätzung ein deutlich höherer Kandidateneffekt. Vor allem in der 37. und 38. Kalenderwoche ist der Kandidateneffekt von Merkel, gemessen an einem Anstieg von Pseudo- R^2 von mehr als 0,1 – unter Kontrolle der anderen

Faktoren des Michigan-Modells, die schon zu einem guten Modellfit führen – beachtlich. Hingegen entsprechen in der 34. Kalenderwoche die Ergebnisse am ehesten den marginalen Effekten, wie sie Brettschneider et al. (2006) für die vorherigen Bundestagswahlen im Querschnitt berichten.

Abbildung 10: Kurzfristige Dynamik des Kandidateneffekts auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 – logistische Regression



Quelle: Ohr et al. (2013: 220).

Das Ausmaß des Kandidateneffekts kann also in Querschnittsumfragen für eine Bundestagswahl, je nach Zeitpunkt der Umfrage, deutlich unter- oder überschätzt werden. Kurzfristige Schwankungen der Kandidateneffekte während der Wahlkampagne lassen sich mit diesem Erhebungsdesign zudem nicht erfassen.²⁰ Zu beachten ist dabei allerdings auch, dass die Unterschiede in den berichteten Effekten zum Teil auch bedingt sein können durch die unterschiedlichen Datengrundlagen und Analysemethoden bei Brettschneider et al. (2006) und Ohr et al.

²⁰ Bezüglich der Dynamik von Kandidateneffekten im Wahlkampf siehe auch Schoen (2004).

(2013). Gemeinsam ist diesen Untersuchungen allerdings, dass die so dargestellten Kandidateneffekte jeweils mit dem gängigen Indikator der Kanzlerpräferenz ermittelt wurden.

Die bisherigen empirischen Ergebnisse bezogen sich auf die weite Lesart der Personalisierung des Wahlverhaltens, bei der die Aufwertung der Kandidatenorientierungen im Zeitverlauf oder ihr relativer Bedeutungsgewinn gegenüber den anderen beiden Faktoren des Michigan-Modells im Mittelpunkt standen. Dabei sieht die Mehrheit der Autoren keinen Trend zur Personalisierung des Wahlverhaltens in einer longitudinalen Perspektive, jedoch unterscheidet sich die relative Bedeutung der Kandidatenorientierungen: Je nach verwendeter Indikatoren, Datengrundlage und angewandter Methode beeinflussen Kandidatenorientierungen mal stärker oder schwächer als Themenorientierungen die Wahlentscheidung. Beide liegen aber in ihrer Stärke fast immer deutlich hinter der Parteiidentifikation.

Diesen Befunden stehen nur selten Untersuchungen gegenüber, welche die enge Lesart der Personalisierung, also den Bedeutungsgewinn speziell der unpersönlichen Merkmale im Zeitverlauf explizit in den Mittelpunkt stellen. Die umfassendste Untersuchung hierzu liefert Brettschneider (2001; 2002). In seinen Vergleichsländern USA, Großbritannien und der Bundesrepublik zeigt sich dabei von 1960 bis 1998 kein Bedeutungsgewinn unpolitischer Merkmale. Es handelt sich für die Wahlentscheidung darüber hinaus klar um die unwichtigste Beurteilungsdimension der Kandidatenorientierung, weit hinter der Problemlösungskompetenz und den *leadership*-Qualitäten der Kandidaten (Brettschneider 2001: 388). Seine Befunde sind so eindeutig, dass er die enge Personalisierungsthese als „falsch“ zurückweist (Brettschneider 2002: 208). Ähnlich sehen auch Wagner und Weißels für die Bundestagswahlen 1998 bis 2009 rollenferne Eigenschaften als nachrangig für die Wahlentscheidung an (Wagner/Weißels 2012: 367).

Unterstützung für die enge Personalisierungsthese finden hingegen Klein und Ohr (2000; 2001). Zwar können sie mit Querschnittsdaten nicht eine etwaige zeitliche Aufwertung der unpersönlichen Merkmale überprüfen, gelangen aber durch Ana-

lyse der Nachwahlstudie von 1998 zu dem Schluss, dass unpersönliche Eigenschaften von Gerhard Schröder und Helmut Kohl nachweislich einen Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998 hatten (Klein/Ohr 2000: 219). Diese übten sogar einen stärkeren Effekt als die politischen Eigenschaften aus (Klein/Ohr 2001: 125). Dies werten die Autoren als Unterstützung der engen Personalisierungsthese.

Insgesamt lässt die Mehrzahl der empirischen Studien wiederum Zweifel an der Personalisierung des Wahlverhaltens in der engen Lesart aufkommen. Unpolitische Eigenschaften sollten in diesem Zusammenhang also höchstens eine untergeordnete Rolle für die Wahlentscheidung spielen. Eine Reihe von Studien, welche die physische Attraktivität von Spitzenpolitikern untersucht, sieht hingegen in der Attraktivität als unpolitische Eigenschaft einen bedeutenden Prädiktor für die Wahlentscheidung. In diesen Studien wird argumentiert, dass die Eigenschaften der Kandidaten nicht durch die gängigen Eigenschaften wie Führungsstärke, Sympathie, Integrität und Kompetenz hinreichend abgedeckt sind. Wenn hingegen Attraktivität in der gesamten Variation berücksichtigt wird, zeigt sich ein beachtlicher Einfluss dieses Merkmals auf den Wahlerfolg. So kommen beispielsweise Klein und Rosar (2005) bei der Analyse der Kandidateneffekte der Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2002 zu dem Schluss, dass physische „Attraktivität einen statistisch signifikanten und politisch relevanten Einfluss auf das Erststimmenergebnis ausübt. In vielen Wahlkreisen kann sie darüber entscheiden, welcher Kandidat das Direktmandat gewinnt und welcher nicht“ (Klein/Rosar 2005: 283). Auch bei einer Analyse von Landtagswahlen zwischen 1990 und 2008 stellt Rosar einen solchen Effekt der Attraktivität der Direktkandidaten fest, der unabhängig von der Parteizugehörigkeit und dem jeweiligen Wahlrecht wirkt (Rosar 2009: 769). Bei Betrachtung einer größeren Zeitspanne zwischen 1968 und 2008 zeigen sich allerdings doch Variationen in der Effektstärke der Attraktivität zwischen Parteien und Regionen (Rosar/Klein 2013: 164).

Diese Untersuchungen zur physischen Attraktivität beziehen sich jedoch zunächst auf Direktkandidaten bei Bundes- und Landtagswahlen und lassen sich nicht ohne weiteres auf die Kanzlerkandidaten übertragen. Allerdings deuten einige wenige

Studien auch auf entsprechende Effekte der physischen Attraktivität der Spitzenkandidaten bei Bundestagswahlen als wahlrelevanten Faktor hin (Klein/Rosar 2007a, 2009). Insgesamt hat durch das Feld der Attraktivitätsforschung die These um die Personalisierung des Wahlverhaltens in der engen Lesart neue empirische Unterstützung erfahren.

Ein weiterer Forschungsbereich, der die Personalisierungsthese in der engen wie weiten Lesart betrifft, sind potenzielle Wirkungen der TV-Duelle der Spitzenkandidaten zu Bundestagswahlen. Zwar waren im Rahmen des Michigan-Modells Kandidatenorientierungen und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung schon länger Gegenstand der empirischen Wahlforschung in Deutschland (Klingemann/Taylor 1977; Gabriel/Vetter 1998). Die Einführung der TV-Duelle ab 2002 nach amerikanischem Vorbild, dargestellt in den Medien als Wettkämpfe ähnlich wie Sportereignisse (Maier et al. 2013: 80), haben die Diskussion um eine Personalisierung aber weiter vorangetrieben (Reinemann/Wilke 2007: 109).

Die empirischen Befunde zu Wirkungen von TV-Duellen sind hierbei eindeutiger, es werden signifikante Effekte auf die Wahlentscheidung festgestellt. Maier und Faas (2005) beispielsweise, die Daten der Vor- und Nachwahlbefragung im Querschnitt benutzen (Maier/Faas 2005: 82), kommen in ihren multivariaten Analysen unter Kontrolle von Drittvariablen wie der Parteiidentifikation zu dem Ergebnis, dass die beiden TV-Duelle 2002 zu Änderungen in der Wahlentscheidung bei einem Teil des Elektorats geführt haben. Diese Konversionseffekte sind vor allem bei denjenigen Befragten ohne Parteiidentifikation zu konstatieren und in ihrer Richtung abhängig von der wahrgenommenen Debattenleistung der Kandidaten (Maier/Faas 2005: 94-95). Zu ähnlichen Kandidateneffekten, die beim zweiten TV-Duell 2002 etwas stärker ausfallen, kommt ebenfalls Klein (2005a: 159) in seiner empirischen Analyse. Auch mit einem strengeren, methodisch komplexerem Untersuchungsdesign zeigen sich solche Effekte: So verwenden Klein und Pötschke ein 11-Welliges-Panel von forsa, das sowohl Zeitpunkte vor, zwischen und nach den TV-Duellen enthält, um so mögliche Effekte nachzuhalten (Klein/Pötschke 2005: 361). Mit einer Mehrebenenanalyse gelangen sie zu

dem Ergebnis, dass von den TV-Duellen Konversionseffekte ausgingen, die bis zum Wahltermin Bestand hatten (Klein/Pötschke 2005: 369).

Für das TV-Duell zur Bundestagswahl 2005 kann ebenfalls festgestellt werden, dass die Personen, die beim TV-Duell einen klaren Sieger wahrgenommen haben, unter Kontrolle von Drittvariablen, mit größerer Wahrscheinlichkeit ihre Stimme der entsprechenden Partei gaben (Klein/Rosar 2007b: 98). Ansonsten finden sich für das TV-Duell von 2005 überwiegend experimentelle Studien, die sich mit spezifischen Fragen der Wahrnehmung und Veränderung von Kandidatenorientierungen beschäftigen (Maier/Maier 2007; Maier 2009; Klein/Rosar 2009). Diese Ergebnisse können aber nicht auf das Gesamtelektorat übertragen werden. Für die hier verfolgte Darstellung der Diskussion um Kandidatenorientierungen und ihren Effekten sind daher lediglich die Ergebnisse eines Laborexperiments von Maier und Maier (2007) interessant: Zu drei Zeitpunkten (unmittelbar vor dem TV-Duell, unmittelbar danach sowie einige Tage danach) wurden Daten der Befragten erhoben, die zeigen, dass es unmittelbar nach der TV-Debatte zu einer leichten Personalisierung im Sinne einer Aufwertung der Kandidatenorientierungen für die Wahlentscheidung gekommen ist. Diese Personalisierungstendenzen verschwinden aber nach einigen Tagen. Bedingt durch die Anschlusskommunikation und Medienrezeption über das TV-Duell – so die Argumentation der Autoren – steigt die Relevanz der Sachfragenorientierungen (Maier/Maier 2007: 229-230). Diese Befunde sind insofern interessant, da sie zeigen, dass die indirekten Effekte der Rezeption des TV-Duells nicht nur auf die Kandidatenorientierungen, sondern auch auf die Sachfragenorientierungen wirken können.

Die bisherige Diskussion der empirischen Ergebnisse von Kandidatenorientierung und ihren potenziellen Effekten bezog sich dabei allesamt auf die Wahlentscheidung der Bürger als primär zu erklärendes Phänomen der Wahlforschung. Demgegenüber wird der Betrachtung der Kandidatenorientierungen für die Wahlbeteiligung, also ein möglicher mobilisierender Effekt, weniger Beachtung geschenkt. Als Ausnahme kommt Caballero für die Bundestagswahl 2002 zu dem Schluss, dass lediglich die Wahlnorm als stärkster Prädiktor sowie anschließend das Politikinteresse, die Parteidentifikation und die Kandidatenorientierungen

(gemessen als Kanzlerpräferenz) einen signifikanten Einfluss auf die Sicherheit der Wahlbeteiligung hatten (Caballero 2005: 353). Im Zusammenhang mit TV-Duellen wird eine mobilisierende Wirkung ebenfalls untersucht. So zeigen Maier und Faas, dass das TV-Duell 2002 auch politisch wenig bis kaum Interessierte, deren politischer Medienkonsum sonst gering ist, erreicht (Maier/Faas 2005: 85) und die Rezeption in dieser Personengruppe einen mobilisierenden Effekt hat (Maier/Faas 2005: 90). Auch für die Bundestagswahl 2009 lässt sich anhand experimenteller Daten und Sekundärdatenanalysen von Umfragedaten dieses Ergebnis bestätigen. Hier kommen Maier et al. zu dem Schluss, dass vor allem durch die Rezeption des TV-Duells bei politisch wenig Interessierten eine Steigerung des subjektiven politischen Kompetenzgefühls, des objektiven Wissens und der wahrgenommenen Responsivität des politischen Systems festgestellt werden kann. Dies führt in der Summe dazu, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme bei dieser Personengruppe steigt (Maier et al. 2013: 90).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Forschung zu Kandidatenorientierungen und ihren Effekten auf das Wahlverhalten zu überaus unterschiedlichen Befunden kommt. Vereinzelt Studien, welche die mobilisierende Wirkung von Kandidatenorientierungen, speziell bei der Rezeption von TV-Duellen, konstatieren, steht eine überaus große Anzahl empirischer Studien gegenüber, welche die Effekte der Kandidaten auf die Wahlentscheidung untersuchen – mit gemischten Befunden. Die naheliegende Überlegung, dass die Tendenzen der Medialisierung und Präsidentialisierung zu einer Aufwertung der Kandidatenorientierungen führen, kann dabei nicht bestätigt werden. Sowohl in der engen als auch weiten Lesart der Personalisierung des Wahlverhaltens finden sich etliche empirische Befunde sowohl gegen als auch für diese These – wobei die der Skeptiker überwiegen. Die Heterogenität der Befunde ist zum Teil auf unterschiedliche Beobachtungszeiträume, statistische Analysemethoden und eine Vielzahl an Operationalisierungen von Kandidatenorientierungen zurückzuführen (Gabriel/Neller 2005: 240). Allerdings wird ersichtlich, dass die Personalisierung der Medienberichterstattung und Personalisierung der Wahlkampfführung nicht zu einer eindeutigen Personalisierung des Wahlverhaltens geführt haben.

Gerade der Einbezug des unpolitischen Merkmals der physischen Attraktivität als Prädiktor für die Wahlentscheidung hat dabei die enge Lesart der Personalisierung des Wahlverhaltens, die zuvor relativ klar von der Mehrheit der Forscher zurückgewiesen wurde, wieder salonfähig gemacht. Bei der relativen Bedeutung der Kandidatenorientierungen im Michigan-Modell rangiert die Effektstärke, je nach Studie, über oder unter der der Sachfragenorientierungen, aber deutlich hinter der Parteiidentifikation. Diese Schwankungen können zum einen ebenfalls auf die methodische Vielfalt der Messung und Analyse von Kandidatenorientierungen zurückzuführen sein, ein Teil dieser Variation ist aber vermutlich auch dem Spezifikum jeder einzelnen Wahl geschuldet. Kandidateneffekte scheinen von Wahl zu Wahl (Gabriel et al. 2009: 299) – oder gar Kalenderwoche zu Kalenderwoche (Ohr et al. 2013) – zu variieren. In Extremsituationen kann ihr Einfluss sogar den der Parteiidentifikation übertreffen (Blumenberg/Kulick 2010: 817).

Die relative Bedeutung der Kandidatenorientierungen muss daher für jede Wahl einzeln analysiert werden. Das Fehlen eines Standarderhebungsinstruments für die Kandidatenorientierungen erschwert dabei Vergleiche zwischen einzelnen Studien. Zwar steht mit der Verwendung der Kanzlerpräferenz ein Indikator zur Verfügung, der durchgehend in Wahlstudien erhoben wurde, dieser ist aber inhaltlich kaum gehaltvoll im Sinne einer Kandidatenorientierung zu interpretieren. In den empirischen Analysen dieser Studie sollen daher Kandidatenorientierungen als ein latentes Konstrukt mit verschiedenen Facetten aufgefasst werden (Asher 1983: 352). Diese Facetten spiegeln die rollennahen und rollenfernen Eigenschaften der Kanzlerkandidaten wider (vgl. Kapitel 3.2.1.). Jenes Vorgehen entspricht dabei eher einer adäquaten Übertragung der Kandidatenorientierungen aus *The American Voter*. Dort wurden zur Messung der Orientierungen nämlich nicht eine generalisierte Präferenz, sondern einzelne politische und persönliche Merkmale der Präsidentschaftskandidaten verwendet (Campbell et al. 1960: 52-55). In der inhaltlichen Interpretation lassen sich die so gefundenen Effekte dann auch stärker abgrenzen von der Parteiidentifikation und den Sachfragenorientierungen. Außerdem spiegeln die einzelnen Merkmale der Spitzenkandidaten eher die Debatte um eine Personalisierung des Wahlverhaltens wider.

2.3.3. Sachfragenorientierungen

Wahlentscheidungen anhand von Sachfragen gelten im Gegensatz zu *candidate voting* als demokratietheoretisch wünschenswert. Zum einen fördern sie die leistungsbezogene Konkurrenz zwischen den Parteien (Kunz/Thaidigsmann 2005: 51), zum anderen ist eine Stimmabgabe basierend auf Themen eine zentrale Voraussetzung, um einen Wählerauftrag der siegreichen Partei oder Koalition abzuleiten (Fürnberg/Steinbrecher 2013: 151). In dieser Perspektive – so Fürnberg und Steinbrecher – ist die Verbindung von Sachfragenorientierungen und Wahlverhalten auch ein Indiz für die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie. Ähnlich bezeichnen auch Shikano und Behnke *issues* als „Transmissionsriemen [...], über den die politischen Präferenzen der Wähler in die politischen Entscheidungen der Regierung umgesetzt werden“ (Shikano/Behnke 2009: 251). Dabei ist von Wahlberechtigten ein Mindestmaß an politischem Wissen über Sachthemen und Parteipositionen erforderlich, um sinnvoll an der wichtigsten Form der politischen Partizipation – dem Wählen – mitzuwirken (Westle 2005: 368).

Dass *issue voting* hohe Anforderungen an die Wähler stellt, haben bereits Campbell et al. (1960) in *The American Voter* angemerkt. Laut ihnen müssen für sachfragenorientiertes Wählen die folgenden drei Bedingungen erfüllt sein: (1) Die Sachfrage muss vom Wähler wahrgenommen und (2) für ihn ein Mindestmaß an Bedeutung haben. Außerdem muss (3) der Wähler Unterschiede bei den Parteien bezüglich dieser Sachfrage wahrnehmen (Campbell et al. 1960: 170). Campbell et al. konstatieren, dass ein Großteil der wahlberechtigten Bevölkerung diese Bedingungen nicht erfüllt, wodurch der Anteil der Bevölkerung der prinzipiell für *issue voting* in Frage kommt, begrenzt ist (1960: 170-171).

Bei dem Ausmaß und der Wirkung sachfragenorientierten Wählens können dabei Positions- oder Valenzissues verwendet werden, die unterschiedlich hohe Anforderungen an die kognitiven Fähigkeiten des Elektorats stellen. Im Folgenden soll dieser Unterschied näher herausgearbeitet werden. Hierzu wird zunächst die Verwendung von Positionissues in *rational-choice*-Konzepten dargelegt (Kapitel

2.3.3.1.) und den im Michigan-Modell häufig verwendeten Valenzissues gegenübergestellt (Kapitel 2.3.3.2.). Die Gegenüberstellung der unterschiedlichen theoretischen Konzepte und Operationalisierungen soll dabei die inhaltliche Interpretation der Sachfragenorientierungen im Ann-Arbor-Ansatz präzisieren. In Kapitel 2.3.3.3. wird darüber hinaus eine inhaltliche Erweiterung des sozialpsychologischen Ansatzes, in Form einer Sachfragen-Kandidaten-Kopplung, vorgestellt. Kapitel 2.3.3.4. fasst die empirischen Befunde zur Wirkung von Sachfragenorientierungen auf das Wahlverhalten vor diesem Hintergrund zusammen.

2.3.3.1. Positionsisues, rational choice und das Wissen um Sachfragen

Bei der Betrachtung sachfragenorientierten Wahlverhaltens lassen sich zwei – in unterschiedlichen Traditionen behaftete – Analysestrategien unterscheiden, die mit unterschiedlichen Formen von Sachfragen korrespondieren. Hierfür ist zunächst die von Stokes (1963) getroffene Unterscheidung von Positions- und Valenzissues entscheidend:

„I will call ‚position-issues‘ those that involve advocacy of government actions from a set of alternatives over which a distribution of voter preferences is defined. And [...] I will call ‚valence-issues‘ those that merely involve the linking of the parties with some condition that is positively or negatively valued by the electorate.“ (Stokes 1963: 373)

Hinsichtlich Valenzissues, bei denen Einigkeit im angestrebten Politikziel bei den Parteien und im Elektorat herrscht, obliegt es dem Bürger die Konzepte der Parteien zur Erreichung dieser Ziele zu bewerten. Dies geschieht meist in Form einer Leistungs- und Kompetenzbewertung der Parteien. Bei Positionsisues unterscheiden sich die Politikziele der Parteien hingegen und ermöglichen es den politischen Akteuren unterschiedliche Standpunkte bei diesen Sachfragen deutlich zu machen (Fürnberg/Steinbrecher 2013: 152). Positionsisues spiegeln damit unter anderem mögliche gesellschaftliche Konfliktlinien in einem Land wider (Kunz/Thaidigsmann 2005: 52).

Zur Erfassung von Positionsisues bei Wählern und Parteien werden verschiedene Operationalisierungen genutzt: Am konkretesten sind dabei Fragen nach spezifischen Sachfragen, bei denen die Zustimmung oder Ablehnung des Befragten hierzu erhoben wird sowie dessen subjektive Einschätzung, welche Position die Parteien bei diesen Sachfragen haben. Beispiele hierfür sind Fragen nach der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, die Einführung eines Mindestlohns oder das Verbot von Online-Durchsuchungen. Etwas abstrakter sind *policy*-Skalen, bei denen man zu einem Politikfeld abgestuft seine eigene Position sowie die Position der Parteien angeben kann. *Policy*-Skalen werden dabei meist mit 7- oder 11-stufigen Skalen erhoben, beispielsweise im Bereich der Sozialpolitik mit den Extremen „Steuersenkung“ und „mehr Sozialstaat“ oder bei der Arbeitsmarktpolitik zwischen den Polen „massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates“ und „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen“ (Pappi/Brandenburg 2012: 286).

Am häufigsten für den Vergleich der Positionierung zwischen Wählern und Parteien wird allerdings die ökonomische Links-Rechts-Einstufung verwendet, die als *super-issue* angesehen werden kann und eine Vielzahl unterschiedlicher Themen auf einer Dimension vereint (Dalton 2008: 116). In großangelegten Vergleichsstudien wurde diese Dimension als die Wesentlichste für den politischen Parteienwettbewerb in zahlreichen europäischen Ländern identifiziert (Klingemann et al. 2006). Mit dem Wertewandel in westlichen Demokratien (Inglehart 1990) hat sich neben der Links-Rechts-Dimension die Green-Alternative-Libertarian-Traditional-Authoritarian-Nationalist-Dimension (GAL-TAN) als eine zweite wichtige Dimension herausgestellt, die den Wettbewerbsraum zwischen Parteien und Wählern strukturiert (Hooghe et al. 2002). Je nach Land sind dabei weitere Dimensionen im Parteienwettbewerb möglich, wie Stadt-Land oder EU-Integration (Wheatley 2012; Ladner et al. 2010).

Für die Erklärung von Parteienwettbewerb und Wahlverhalten werden Positionsisues zur Konstruktion von räumlichen Modellen zur Verortung von Parteien und Wählern genutzt. Diese Modelle basieren auf dem *rational-choice*-Ansatz in

der Tradition von Anthony Downs *Economic Theory of Democracy* (Downs 1957) und werden anhand von entscheidungs- und spieltheoretischen Überlegungen formalisiert (Pappi/Shikano 2007: 33). Ein Großteil dieser Modelle beschreibt dabei das Verhalten der Parteien und ihrer Positionierung entlang der Links-Rechts-Dimension. Für die hier verfolgte Fragestellung sollen jedoch lediglich diese Ansätze vor dem Hintergrund, welche Aussagen sie über das Verhalten der Wähler tätigen, kurz dargestellt werden.

Im Distanzmodell von Downs wählen demnach die Wähler diejenige Partei, mit der sie die geringste inhaltliche Abweichung besitzen (Downs 1957). Dabei wird angenommen, dass sich die Wähler rational verhalten, d.h. vorausschauend und bewusst mögliche Handlungsalternativen abwägen und die Handlung wählen, welche den größten individuellen Nutzen bringt (Pappi/Shikano 2007: 33). Das dahinterliegende Menschenbild stellt dabei der *homo oeconomicus*²¹ dar, der nutzenmaximierend handelt und die Interessen anderer Individuen nur berücksichtigt vor dem Hintergrund, wie sie den eigenen Handlungsspielraum strukturieren (Eigennutzaxiom) (Kirchgässner 1991: 15-17).

Dieses Eigennutzaxiom nimmt Downs auch für seine Überlegungen zu Politikern an. Diese sind keine *policy-seeker*, sondern lediglich daran interessiert Wahlen zu gewinnen, um lukrative, prestigeträchtige öffentliche Ämter zu bekleiden. Politische Inhalte dienen – so seine Annahme – primär dazu Wahlen zu gewinnen (Downs 1957: 28). Für das Verhalten der Parteien bedeutet dies, dass diese sich so aufstellen, dass sie möglichst nahe an den politischen Inhalten sind, welche die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung vertritt. Dabei wird im klassischen Modell angenommen, dass es nur eine *policy*-Dimension gibt, auf der sich die Wähler und Parteien verorten können. Dies ist die Links-Rechts-Dimension. Da es für die Wähler nicht rational ist, sich genau über das Regierungshandeln und

²¹ Die Darstellung des *homo oeconomicus* und des Eigennutzaxioms kann hier nur fragmentarisch wiedergegeben werden. Zahlreiche Erweiterungen wie Entscheidungen unter Unsicherheit, Regeln und Werte und eingeschränkt rationales Verhalten finden sich gut zusammengefasst im Buch von Kirchgässner (1991).

die spezifischen Positionen der Parteien zu informieren, benutzen Wähler Ideologien, hier in Form der Übernahme der ökonomischen Links-Rechts-Dimension, um Unsicherheit abzubauen und Informationskosten zu sparen (Downs 1957: 98). Der Wähler entscheidet sich dann für die Partei, die ihm in dieser Dimension am nächsten steht (Pappi/Shikano 2007: 111).

Der gesamte *rational-choice*-Ansatz der Wahlforschung baut auf dieses Modell und seiner zahlreichen Erweiterungen und Ergänzungen auf (zusammenfassend Arzheimer/Schmitt 2005; Pappi/Shikano 2007: 111-119), zudem existiert mit dem Richtungsmodell von Rabinowitz ein alternatives Modell zur Bestimmung der Nähe zwischen Wählern und Parteien (Rabinowitz et al. 1982; Rabinowitz/MacDonald 1989). In diesem Modell orientieren sich Bürger zunächst daran, welche Parteien bei einer politischen Sachfrage auf derselben Seite stehen wie sie, und wählen aus der entsprechenden Gruppe an Parteien anschließend diejenige aus, die am nachdrücklichsten für diese Position Stellung bezieht (Schoen/Weins 2005: 228).²²

Bezogen auf das Wahlverhalten der Bürger stellt *issue voting* sowohl im Distanz- als auch Richtungsmodell hohe kognitive Anforderungen an die Bürger. Vor allem dann, wenn nicht nur die ökonomische Links-Rechts-Dimension einbezogen wird, sondern zur Aufspannung eines mehrdimensionalen *policy*-Raums spezifische Sachfragen oder weitere abstrakte Dimensionen wie GAL-TAN benutzt werden. Zwar können *policy*-Dimensionen auf Grundlage von Experteneinschätzungen oder der Auswertung von Partei- und Wahlprogrammen konstruiert werden. Entscheidend für das Wahlverhalten ist allerdings, dass diese Räume in Wählerbefragungen auch vom Elektorat wahrgenommen werden. Sowohl die eigene Position als auch die Positionen aller größeren Parteien müssen dabei im *policy*-Raum näherungsweise richtig eingeschätzt werden können. Nur so ist die „richtige“ Partei auszuwählen, die in der Kombination verschiedener Themen jeweils

²² Für einen problemorientierten Vergleich von Distanz- und Richtungsmodell siehe weiterführend Lewis/King (1999) sowie umfassend Merrill/Grofman (1999).

die geringste Distanz zu der eigenen Position im Distanzmodell hat bzw. dieselbe Richtung mit der größten Vehemenz im Richtungsmodell vertritt.

Da die Wähler die Positionen der Parteien zu spezifischen Sachfragen oder auf *policy*-Skalen häufig unvollständig beantworten, sind Analysen mit räumlichen Modellen zur Erklärung des Wahlverhaltens jenseits der Links-Rechts-Dimension immer mit dem Problem einer Vielzahl fehlender Werte konfrontiert (Pappi/Brandenburg 2012: 278). Diese fehlenden Werte spiegeln das geringe politische Wissen der Befragten über die Position der Parteien wider. Richtet man den Blick auf die Informiertheit der Bürger über Politik, so ist dies wenig überraschend, da das politische Wissen in westlichen Demokratien generell niedrig ist (Luskin 2009: 282). Unter den möglichen Wissensbereichen über Akteure, Strukturen und Themen sind die Wissensbestände zu politischen Themen, also Sachfragen, dabei nochmals am wenigsten bekannt (Maier et al. 2009: 572).

So können Bürger sich und die Parteien in Deutschland durchaus auf der ökonomischen Links-Rechts-Skala einordnen (Neundorf 2012). Wird hingegen nach spezifischen Parteipositionen gefragt, die in Wahlprogrammen dargelegt sind, ist das Wissen der Bevölkerung dazu sehr gering (Rölle 2002). So schwankt beispielsweise der Anteil der überhaupt abgegebenen Antworten bei einer repräsentativen Befragung zur Bundestagswahl 2005, ob die jeweiligen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE, LINKE.PDS) für oder gegen die Bürgerversicherung, den Beitritt der Türkei zur EU, einer Mehrwertsteuererhöhung und einer AKW-Laufzeitverlängerung sind zwischen 41,5 und 92,6 Prozent (Pappi/Brandenburg 2012: 287). Hierbei wurde allerdings noch nicht einmal kontrolliert, ob die abgegebenen Antworten objektiv korrekt oder die Befragten fehlinformiert sind. Dabei werden Parteipositionen im erheblichen Umfang falsch wahrgenommen. Beispielsweise konnte für die Bundestagswahl 2009 gezeigt werden, dass je nach *issue* und Partei der Anteil objektiv falscher Angaben zu wahlkampfrelevanten Sachfragen zwischen mindestens 9 und fast 40 Prozent liegt (Schultze 2014).

Diese Fehlinformationen können zum *incorrect voting* führen (Lau/Redlawsk 1997; Lau et al. 2008), also zu sachfragenorientiertem Wählen aufgrund falscher

Informationen bezüglich der Positionierung von Parteien. Westle (2005) schätzt den Anteil von Wählern bei der Bundestagswahl 2002, die sich aufgrund solcher Fehleinschätzungen für eine Partei entschieden haben auf 20 respektive 30 Prozent in West- bzw. Ostdeutschland (Westle 2005: 507). Für die Bundestagswahl 2009 kommen verschiedene Untersuchungen ebenfalls auf einen Anteil von 20 bis 30 Prozent inkorrektur Wahlentscheidungen (Kraft/Schmitt-Beck 2013; Rudi/Schoen 2013).

Räumliche Modelle zur Erklärung des Wahlverhaltens sind also nicht nur mit dem Problem fehlender Werte aufgrund von Nicht-Angaben konfrontiert, auch die korrekte Wahrnehmung der Parteipositionen stellt ein Problem dar. Dies wird umso virulenter, wenn der Merkmalsraum anders als durch die Links-Rechts-Dimension aufgespannt wird. Besonders Modelle, in denen Positionsunterschiede der Parteien zur Erklärung des Wahlverhaltens integriert sind, ohne das tatsächliche Wissen über diese zu kontrollieren, basieren daher auf unrealistischen Annahmen über die politische Informiertheit des Elektorats (Herrmann 2008; Pappi/Brandenburg 2012). Im Michigan-Modell stellt sich diese Schwierigkeit der Wahrnehmung von Positionsunterschieden durch Verwendung von Valenzissues und der Bewertung von Performanzunterschieden zwischen den Parteien hingegen nicht.

2.3.3.2. *Valenzissues, issue ownership, issue salience und issue publics*

Unter Valenzissues werden Sachfragen zusammengefasst, bei deren (abstraktem) Politikziel jeweils weitgehender Konsens zwischen den Parteien herrscht, z.B. bei der Erreichung einer möglichst niedrigen Arbeitslosenquote oder einem stabilen Wirtschaftswachstum. Bei dieser Form der *issues* müssen vom Wähler Leistungsunterschiede zwischen den Parteien bewertet werden. Dies geschieht in der Regel über die Bewertung der Problemlösungskompetenz der Parteien zur Erreichung des Politikziels. Dabei können sich diese Zuschreibungen auf die vergangene Performanz oder auf die voraussichtliche Problemlösungskompetenz der Parteien beziehen (Dalton 2008: 196). Zwar könnten im Rahmen des Ann-Arbor-Modells

auch Positionsisues für die Sachfragenorientierungen verwendet werden (Fürnberg/Steinbrecher 2013), standardmäßig werden aber Performanzurteile zu Valenzisues genutzt (Kunz/Thaidigsmann 2005: 51).

Operationalisiert werden solche Sachfragenorientierungen in Deutschland im Michigan-Modell, indem zunächst nach den gegenwärtig wichtigsten politischen Problemen gefragt wird. Diese Fragen sind offen gestellt und die gegebenen Antworten werden später in Politikfelder kategorisiert. Es folgen Anschlussfragen, welche Partei am besten geeignet ist, die jeweils genannten Probleme zu lösen. Aus der Verknüpfung dieser Fragen werden dann parteienspezifische Indikatoren gebildet, die auszählen, wie häufig die jeweilige Partei bei den wichtigsten Problemen als lösungskompetent genannt wurde. Die so konstruierten Variablen bilden die Sachfragenorientierungen im Michigan-Modell ab (Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008; Blumenberg/Kulick 2010; Schoen 2011).

Die auf diese Weise operationalisierten und konstruierten Sachfragenorientierungen haben eine deutlich stärkere Erklärungskraft für das Wahlverhalten als die Verwendung von Positionsisues (Schoen/Weins 2005: 233). Selbst in multivariaten Analysen unter Kontrolle von Parteiidentifikation und Kandidatenorientierungen haben sie meist einen signifikanten Effekt auf die Wahlentscheidung (Kunz/Thaidigsmann 2005: 70-71). Die inhaltliche Interpretation einer solchen Sachfragenorientierung kann durch Rückgriff auf die *issue-ownership*-Theorie (Budge/Farlie 1983) präzisiert werden.²³ Zwar steht in diesem Ansatz das Parteien- und Kandidatenverhalten zu Wahlkampfzeiten im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses (Bélanger/Meguid 2008: 478), es lassen sich aber daraus auch Aussagen über das Wahlverhalten der Bürger ableiten. In der *issue-ownership*-Theorie wird davon ausgegangen, dass Parteien einen natürlichen oder historisch gewachsenen Kompetenzvorteil in bestimmten Politikfeldern haben. In den USA beispielsweise wird den Demokraten eher zugetraut, Rentner zu unterstützen, die Arbeitslosigkeit zu senken, Minderheitenrechte zu schützen und für den Umwelt-

²³ Synonym für die *issue-ownership*-Theorie wird auch gelegentlich der Begriff der Salienztheorie verwendet, siehe dazu auch Arzheimer/Schmitt (2005: 280).

schutz einzutreten. Die Republikaner werden hingegen als Partei wahrgenommen, die besser in der Lage ist, traditionelle amerikanische Werte zu verteidigen, Steuern zu senken, Bürokratie abzubauen und die nationale Sicherheit zu gewährleisten (Petrocik et al. 2003: 603). Diesen Vorteil versuchen sie in Wahlkämpfen zu akzentuieren:

„The theory of issue ownership finds campaign effect when a candidate successfully frames the vote choice as a decision to be made in terms of problems facing the country that is better able to ‚handle‘ than his opponent. ‚Handling‘ is the ability to resolve a problem of concerns of voters. It is a reputation for policy program interests, produced by a history of attention, initiative, and innovation toward these problems, which leads voters to believe that one of the parties [...] is more sincere and committed about them.“ (Petrocik 1996: 826)

Anders als bei Downs geht es also nicht darum, das jeweilige Wahlprogramm so zu gestalten, dass die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung die größte *issue*-Nähe zu der Partei hat, sondern es wird davon ausgegangen, dass die meisten Bürger gar keine solchen *policy*-Präferenzen aufgrund ihres niedrigen Informationsniveaus besitzen (Arzheimer/Schmitt 2005: 280). Dementsprechend bezieht sich sachfragenorientiertes Wahlverhalten in diesem Ansatz auf die wahrgenommene Problemlösungskompetenz der Parteien seitens des Elektorats. Parteien können dann als Eigentümer von bestimmten *issues* wahrgenommen werden, wenn sie diese langfristig und selektiv immer wieder hervorheben und somit Reputation bezüglich dieser Sachfragen erwerben. Dies sollte dann zu einer höheren Zuschreibung von Problemlösungskompetenz bei den Wählern führen (Turner et al. 2012: 304). Dabei sind die so besetzten Themen und Politikfelder nicht notwendigerweise dauerhaft gebunden an Parteien. Parteien konkurrieren um neu aufkommende *issues* (Blomqvist/Green-Pedersen 2004), Kandidaten oder Parteien können durch Reformulierung von *issues* den Kompetenzvorsprung ihrer Widersacher relativieren oder das *issue* sogar stehlen (Holian 2004). Außerdem gibt es Sachfragen, die nicht klar zuordenbar sind und längerfristig im „Streubesitz“ bei verschiedenen Parteien verbleiben (Turner et al. 2012: 304).

In Deutschland findet sich eine solche Situation teilweise wieder. So ist die Arbeitsmarktpolitik, jenes Politikfeld, in dem die weit überwiegende Mehrheit der

deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf immer das wichtigste politische Problem sieht, im Streubesitz zwischen Union und SPD. Kunz und Thaidigsmann (2005: 69) zeigen beispielsweise, dass in Westdeutschland zur Bundestagswahl 1998 43 Prozent der Befragten, die das wichtigste Problem im dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik sahen, der SPD zugetraut haben, dieses zu lösen. Nur 28 Prozent gaben die Union an. Zur Bundestagswahl 2002 sahen hingegen 42 Prozent die Union als am kompetentesten an und nur 30 Prozent die SPD (Kunz/Thaidigsmann 2005: 60). Bei der Bundestagswahl 2009 zeigte sich ebenfalls eine bessere Problemlösungskompetenz der Union in diesem Politikfeld (Fürnberg/Steinbrecher 2013: 157). In den Bereichen der Gesundheits- und Sozialpolitik zeigen sich ebenfalls von Wahl zu Wahl solche wechselnden Kompetenzzuschreibungen zwischen den Volksparteien. Bei Wirtschaft und Finanzen sowie Innere Sicherheit hat die Union allerdings durchgehend höhere Kompetenzzuschreibungen und damit offensichtlich diese Politikfelder längerfristig für sich besetzt. Gleiches gilt für die GRÜNEN im Bereich der Umweltpolitik (Kunz/Thaidigsmann 2005: 60).

Dass Parteien in Wahlkämpfen ihre besetzten Politikfelder hervorheben, ist empirisch vergleichsweise gut abgesichert. Mit den Daten aus dem *Comparative Manifesto Project* lässt sich deutlich zeigen, dass Positionsunterschiede zwischen den Parteien relativ selten sind und diese eher durch eine Hervorhebung bestimmter Politikbereiche, die sie mit einem Kompetenzvorsprung besetzen, voneinander abgrenzen (Arzheimer/Schmitt 2005: 282).

Im Bereich der Wahlforschung gibt es allerdings nur wenige Studien, die explizit die *issue-ownership*-Theorie zur Erklärung von Wahlverhalten verwenden. Ein Versuch, diesen Ansatz mit den Überlegungen von Downs bezüglich der Links-Rechts-Dimension zu verbinden, kommt dabei von van der Brug (2004). Er zeigt für die niederländischen Parlamentswahlen von 1998 anhand einer Panelstudie, dass die Hervorhebung bestimmter Politikbereiche der Parteien dazu führt, dass sich seitens des Elektorats die wahrgenommene ideologische Position der Parteien auf der Links-Rechts-Skala verändert (Brug, Wouter van der 2004). Die Studie von Fournier et al. (2003) kommt mit Umfragedaten zur kanadischen Parla-

mentswahl von 1997 ferner zu dem Schluss, dass *issue salience*, also der Bedeutung der jeweiligen Sachfrage für den Wähler, eine mediiierende Rolle bei der Erklärung von Wahlverhalten zukommt. Bei *issues*, die als salient wahrgenommen werden, ist der Anteil an „weiß-nicht“-Antworten geringer und die Befragten tendieren eher zu extrem positiven oder negativen Evaluierungen der Regierung bezüglich dieser Sachfrage. Dies schlägt sich dann auch stärker im Wahlverhalten nieder. Bei *issues*, die nicht als wichtig erachtet werden und bei denen die Evaluation der Performanz eher homogener verläuft, ist hingegen kein solcher Effekt auf das Wahlverhalten zu erkennen. Dabei sind die Evaluierungen insgesamt zumindest zum Teil unabhängig von stabilen Dispositionen wie der Parteiidentifikation (Fournier et al. 2003: 63). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Bélanger und Meguid (2008), die mit umfangreicheren Daten den Einfluss von *issue salience* auf die Wahlentscheidung bei den kanadischen Parlamentswahlen von 1997 und 2000 untersuchen (Bélanger/Meguid 2008).

Es bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass die Integration von *issue salience* in die *issue-ownership*-Theorie, die Bélanger und Meguid auch als theoretische Erweiterung des Ansatzes sehen (Bélanger/Meguid 2008: 479), tatsächlich bereits in *The American Voter* als eine Bedingung sachfragenorientierten Wahlverhaltens benannt wurde (Campbell et al. 1960: 170). Auch in der deutschen Wahlforschung ist dieser Sachverhalt schon länger durch die Fragen nach den wichtigsten politischen Problemen abgedeckt. Interessanter sind die vergleichsweise geringen Korrelationen von 0,02 bis 0,26 zwischen den als salient wahrgenommenen Politikfeldern in der Studie von Bélanger und Meguid. Diese deuten auf eine erhebliche Heterogenität der Evaluationen (Bélanger/Meguid 2008: 481) und auf das Vorhandensein von *issue publics* hin.

Issue publics bezeichnen dabei die Fragmentierung des Elektorats in verschiedene Teilöffentlichkeiten. Bereits 1964 hat Converse dabei für die USA gezeigt, dass das amerikanische Elektorat sich in verschiedene, teils überlappende *issue publics* aufgliedert. Mitglieder einer *issue public* interessieren sich dabei primär für die

Themen und Politikfelder, die konstituierend für die entsprechende Teilöffentlichkeit sind (Converse 1964: 245). Mit einer Analyse von Umfragedaten aus den Jahren 1968, 1980 und 1984 bestätigt Krosnick die Existenz solcher *issue publics* für die USA:

„The nation may be conceived as an amalgamation of issue publics, groups of people with highly important attitudes toward specific policy options. Individuals tend to belong to only a few issue publics, and it seems that the majority of Americans probably fall into at least one. Issue public members share a set of common characteristics. Their attitudes toward a policy option tend to be accessible, linked to other attitudes and values, bolstered by large stores of knowledge, and resistant to change.“ (Krosnick 1990: 81)

In der deutschen Wahlforschung wird allerdings der Identifikation und Abgrenzung von *issue publics* keine große Aufmerksamkeit gewidmet. Analysen sachenorientierten Wählens (Fuchs/Rohrschneider 2005; Kellermann/Rattinger 2007; Thurner et al. 2012; Fürnberg/Steinbrecher 2013) analysieren zwar regelmäßig, welche politischen Probleme bei den Wahlen als wichtig empfunden werden und welcher Partei zugetraut wird, diese zu lösen. Für die Identifikation von *issue publics* im Elektorat aber sind nach den Ausführungen von Krosnick weitere Fragen notwendig, die das Wissensniveau der Befragten in den Politikfeldern sowie Aussagen über die zeitliche Stabilität der Problemwahrnehmungen erfassen. Diese werden in den Wahlumfragen jedoch nicht erhoben. Es verbleibt also ein Forschungsdesiderat, die *issue publics* der deutschen Bevölkerung genauer zu identifizieren. Nichtsdestoweniger deuten einige Befunde in Deutschland darauf hin, dass sich die Bevölkerung für nur wenige, ihnen saliente politische Themenbereiche interessiert und damit tendenziell ebenfalls *issue publics* in Deutschland vorliegen. Anzeichen dafür sind das geringe politische Wissen über Parteipositionen wie im vorherigen Kapitel ausgeführt sowie die steigende Anzahl von „weiß-nicht“-Angaben, wenn fortlaufend nach den nächstwichtigeren politischen Problemen gefragt wird (vgl. dazu auch Kapitel 4.1.4.). Für die *issue-ownership*-Theorie bedeutet dies, dass die Parteien zwar relativ unabhängig voneinander ihre politischen Themenbereiche hervorheben können, erfolgsversprechend im Sinne von Wählerstimmenmaximierung ist dies aber nur, wenn das entsprechende Politikfeld konstituierend für eine möglichst große *issue public* ist.

Dabei wird in der *issue-ownership*-Theorie vergleichsweise rudimentär und unterkomplex erklärt, wie die Bürger eigentlich zu ihren Einschätzungen gelangen, welche politischen Probleme wichtig sind und wie die Kompetenzzuschreibung für die Lösung dieser Probleme auf die Parteien verläuft. Petrocik et al. als Hauptvertreter auf diesem Gebiet nehmen dabei an, dass zwar der sozialstrukturelle Hintergrund der Wähler und soziokulturelle Konfliktlinien in der Gesellschaft eine Rolle spielen, entscheidender aber dafür, welche *issues* als wichtig empfunden werden, sei aber das Verhalten der Parteien und Kandidaten in Wahlkämpfen. Durch *priming* und *framing* in Wahlkämpfen könne die Mehrheit der Wähler so beeinflusst werden, dass sie die wichtigsten Probleme in den Politikfeldern sehen, in denen die jeweilige Partei einen Kompetenzvorsprung aufweist (Petrocik 1996: 830). Diese Erklärung ist sehr parteienzentriert und vernachlässigt beispielsweise, dass auch die Medien als eigenständige Akteure und nicht nur als Sprachrohr der Parteien, bestimmte Themen hervorheben und damit auch Einfluss auf die *issue salience* des Elektorats haben (Weaver 1991).

Zwar existiert keine systematische Analyse aus Sicht der Wahlforschung zu den Determinanten von *issue salience* im Elektorat. Allerdings finden sich verstreut empirische Befunde, die auf weitere mögliche Determinanten hindeuten. Als externer Faktor, neben dem Einfluss der Parteien und Medien, ist besonders der ökonomische Kontext von Bedeutung. Die meisten Angaben zu den drängendsten Problemen finden sich nämlich in den Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 beispielsweise entfallen auf Arbeitslosigkeit als dringlichstes Problem 70 bis 80 Prozent aller Nennungen in repräsentativen Umfragen (Kellermann/Rattinger 2007: 371). Sachfragenorientiertes Wählen kann in diesem Zusammenhang häufig als performanzorientiertes Wählen angesehen werden, bei dem die aktuelle Regierung im Falle einer positiven Wirtschaftslage belohnt und im Falle einer schlechten abgestraft wird. Dieses an ökonomischen Faktoren ausgerichtete Wählen hat dabei in multivariaten Analysen einen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten (Kunz/Thaidigsmann 2005: 74). Ergänzend wirksam für das Wahlverhalten können nur in Ausnahmefällen andere Themen sein, wie die Flutkatastrophe oder der Irak-Krieg,

die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 als außergewöhnliche Ereignisse ebenfalls einen Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger hatten (Fuchs/Rohrschneider 2005: 354).

Neben diesen eher kurzfristigen, externen Faktoren, sollten auch langfristige Orientierungen einen Einfluss auf die Wahrnehmung der wichtigsten Probleme und der Kompetenzen der Parteien, diese zu lösen, haben. Argumentiert mit dem Michigan-Modell wäre dies die Parteiidentifikation mit ihrem Färbungseffekt auf die Sachfragenorientierungen (Schoen/Weins 2005: 196). Eine langfristig psychologische Bindung an eine Partei sollte demnach die Problemlösungskompetenz dieser Partei in einem positiveren Licht erscheinen lassen. Wertorientierungen wiederum, die sozialisiert werden und langfristig stabil sind (Elff 2005: 313), sollten vor allem einen Einfluss auf die Wahrnehmung der wichtigsten Probleme haben. Laut Klein (2005) wirken sie direkt auf die Sachfragenorientierungen, wenn das *issue* einen deutlichen Bezug zu den Wertvorstellungen des Individuums aufweist (Klein 2005b: 430). Der Wertewandel in westlichen Demokratien und dem damit verbunden höheren Anteil an Personen, für die postmaterialistische Werte wichtig sind (Inglehart 2008), sollte demnach dazu führen, dass gerade der Personenkreis dieser Postmaterialisten nicht nur ökonomische Faktoren als politisch wichtig einschätzt, sondern häufiger auch Umweltschutz und Bürgerbeteiligung.

Letztendlich können auch im engeren Sinne rationale Gründe die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz auf die Parteien beeinflussen. Die Abwägungen, die in Distanz- und Richtungsmodellen von den Bürgern angestellt werden müssen (vgl. Kapitel 2.3.3.1.), können auch die Beurteilung der Problemlösungskompetenz der Parteien beeinflussen. So würde eine Partei demnach als kompetent in den Bereichen angesehen, gerade weil sie Positionen zu strittigen Sachfragen vertritt, die mit den individuellen Positionen näherungsweise übereinstimmen.

Diese Aufstellung möglicher Determinanten, die zu *issue salience* und parteispezifischer Kompetenzzuschreibung führen, ist nicht erschöpfend und eine sys-

tematische Analyse der Einflussstärke dieser Determinanten verbleibt ein Forschungsdesiderat, dem auch in dieser Studie nicht näher nachgegangen werden kann. Es sollte an dieser Stelle lediglich gezeigt werden, dass unter Rückgriff auf die *issue-ownership*-Theorie sachfragenorientiertes Wahlverhalten, so wie es im Michigan-Modell über die Problemlösungsfähigkeit der Parteien zu den wichtigsten politischen Problemen operationalisiert wird, in Abgrenzung zu auf *rational-choice*-basierenden Ansätzen zum sachfragenorientierten Wählen gesehen werden muss.

Zusammenfassend lässt sich dabei festhalten, dass bei der *issue-ownership*-Theorie die Annahme entfällt, dass sich Parteien und Bürger in einem gemeinsamen Politikraum bewegen und Wahl- wie Parteienverhalten durch wahrgenommene Nähe in diesen Räumen bestimmt wird. Stattdessen heben Parteien ausgewählte Politikfelder hervor, bei denen sie einen Kompetenzbonus haben und Wähler befinden sich in verschiedenen *issue publics*, in denen sie sich jeweils nur für bestimmte Themenbereiche interessieren. Die Bewertung der Problemlösungskompetenz der Parteien durch den Wähler kann, muss aber nicht und wird auch nicht ausschließlich anhand der Evaluierung von Parteipositionen verlaufen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass die Mehrheit des Elektorats gar keine klaren Präferenzen für die meisten politischen Positionen besitzt (Arzheimer/Schmitt 2005: 280). Die Zuschreibung der Kompetenz und die Wahrnehmung welches die wichtigsten Probleme sind, wird dann eher durch langfristig stabile Orientierungen wie der Parteiidentifikation, Wertorientierungen oder sozialstrukturellen Merkmalen, aber auch durch kurzfristige wie den Handlungen der Parteien und Medien in Wahlkämpfen und der wahrgenommenen Wirtschaftslage beeinflusst. Gerade weil die meisten Befragten die wichtigsten Probleme in den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sehen, ist sachfragenorientiertes Wählen im Michigan-Modell häufig an ökonomischen Kriterien orientiertes Wahlverhalten.

Da die Kompetenzzuschreibungen auf die Parteien durch eben diese internen und externen *cues* erfolgen, wird diese Form des sachfragenorientierten Wählens als kognitiv weniger anspruchsvoll für den Bürger angesehen als der Abgleich von

Positionsgemeinsamkeiten mit den Parteien in einem gemeinsamen Politikraum (Bélanger/Meguid 2008: 478; Thurner et al. 2012: 304). Die Operationalisierung der Sachfragenorientierungen über die zunächst offenen Fragen zu den wichtigsten Problemen und welche Partei diese am ehesten lösen kann, berücksichtigt dabei bereits die Salienz des Problems bei den jeweiligen Befragten. Angesichts des relativ geringen politischen Wissens um Sachfragen im Elektorat (Rölle 2002; Westle 2005; Schultze 2014) scheint dies daher eine angemessenere Vorstellung davon zu sein, wie ein Großteil des Elektorats aufgrund von Sachfragenorientierungen zu einer Wahlentscheidung gelangt. Zusammen mit dem empirischen Befund, dass solche Sachfragenorientierungen in den multivariaten Modellen einen stärkeren Einfluss auf das Wahlverhalten haben als die Verwendung von Positionssues (Kunz/Thaidigsmann 2005; Schoen/Weins 2005), wird bei Analysen auf Grundlage des Michigan-Modells dieses Vorgehen zur Messung von Sachfragenorientierungen bevorzugt.

2.3.3.3. *Sachfragen-Kandidaten-Kopplung*

In der rezipierten Form des Ann-Arbor-Modells (vgl. Abbildung 4 in Kapitel 2.1.2.) wird vor allem auf die indirekten Effekte der Parteiidentifikation auf Sachfragen- und Kandidatenorientierungen verwiesen. Allerdings wird in der Anwendung des sozialpsychologischen Ansatzes im US-Kontext auch ein Einfluss von Sachfragen- auf Kandidatenorientierungen angenommen, aber inhaltlich wenig diskutiert (Schulman/Pomper 1975; Miller et al. 1976). In der Anordnung wahlrelevanter Faktoren für die Wahlentscheidung wird beispielsweise bei Miller und Shanks in Form von *causal stages* (vgl. Kapitel 2.3.2. sowie Abbildung 22 im Anhang) angenommen, dass Sachfragenorientierungen kausal vor Kandidatenorientierungen zu platzieren sind und diese beeinflussen (1996: 132).

In diesem Kapitel soll dieser Einfluss, bezogen auf die Überlegungen in der deutschen Wahlforschung als Sachfragen-Kandidaten-Kopplung bezeichnet und näher betrachtet werden. Überlegungen dazu finden sich bereits bei Lass (1995):

„Der Kandidat ist ein Objekt und ein Ergebnis politischer Informationen. Parallel zu der zunehmenden Unübersichtlichkeit entwickelt der Wähler eigene Kapazitäten zur Verarbeitung politischer Informationen. Der Wähler sucht die ‚richtige Partei‘, die die vom Wähler definierten Probleme thematisiert und über das Personal verfügt, die Probleme zu lösen. Problemorientierung ist das markante Merkmal dieses Wählers. Hat der Wähler im politischen Raum eine ihm genehme Wahlprogrammatik lokalisiert, so betrachtet der Wähler auch das politische Personal, das vor ihm antritt, um die politischen Probleme zu lösen.“
(Lass 1995: 49)

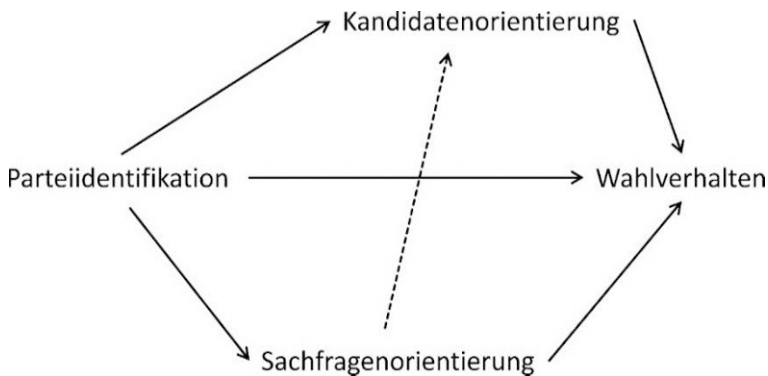
Bei Lass liegen also Problemlösungsfähigkeiten und damit – in der Michigan-Terminologie gesprochen – Sachfragenorientierungen kausal vor der Bewertung der Kandidaten. In seinem Modell geht Lass dabei von einer „Kandidatenorientierung als affektive unabhängige Informationsverarbeitung“ (Lass 1995: 49) aus, wobei eben zunächst eine Bewertung der Parteien und ihrer Problemlösungskompetenz erfolgt und vor diesem Hintergrund die jeweiligen Kanzlerkandidaten bewertet werden.

Eine ähnliche Argumentation legt auch Brettschneider (2002) vor. Ihm zufolge bestehe keine empirische Gegensätzlichkeit zwischen Sachfragen- und Kandidatenorientierungen, sondern diese sind miteinander verwoben. Brettschneider verwendet an dieser Stelle den Begriff „Parteiorientierungen“, anstatt von Sachfragenorientierungen zu sprechen, weil sich die Zuschreibung von Problemlösungsfähigkeit auf die Parteien bezieht. Außerdem schlägt er vor, die Beurteilungsdimensionen der Kandidatenorientierungen (vgl. Kapitel 2.3.2.) ebenfalls auf die Parteiorientierungen zu beziehen (Brettschneider 2002: 211). Entscheidend für die Argumentation an dieser Stelle ist, dass Brettschneider unter dem Begriff der „themenspezifischen Kandidatenorientierung“ (Brettschneider 2002: 210) feststellt, dass Kandidatenbewertungen stark von den Problemlösungskompetenzen der politischen Parteien und damit von Sachfragen abhängen. Ein Kandidat muss demnach vor allem glaubwürdig die Inhalte der Partei vertreten und durchsetzen können. In dieser Lesart ist auch die Personalisierung des Wahlverhaltens – wenn sie entsprechend empirisch zutreffend ist – nicht inhaltsleer, sondern Personen dienen zur Vermittlung von politischen Sachfragen (Roßteutscher 2007: 324; Ohr

et al. 2013: 207-208). Die Aktivität der Parteien in Wahlkämpfen zielt dann darauf ab, Sachfragen und Kandidaten miteinander zu verbinden, um die Inhalte für die Wähler einprägsamer zu gestalten (Brettschneider et al. 2006: 484).

Letztendlich lässt sich auch mit der *issue-ownership*-Theorie argumentieren, dass von Sachfragenorientierungen kausal vorgelagerte Effekte auf Kandidatenorientierungen ausgehen. Da Parteien bestimmte Politikfelder langfristig hervorheben (Thurner et al. 2012: 304) und damit unterschiedlich erfolgreich bestimmte *issues* besetzen, weist auch die Zuschreibung der Problemlösungskompetenz auf Seiten des Elektorats eine gewisse Stabilität auf. Zwar sind die wichtigsten Politikfelder der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland im Streubesitz und damit dauerhaft umkämpft. Andere jedoch wie Finanz- oder Umweltpolitik sind über mehrere Bundestagswahlen hinweg deutlich besetzt und werden vom Wähler auch so wahrgenommen (Kunz/Thaidigsmann 2005: 60).

Abbildung 11: Sachfragen-Kandidaten-Kopplung im Michigan-Modell



Quelle: eigene Darstellung.

Im Gegensatz zu Kandidatenorientierungen, die innerhalb der heißen Wahlkampfphase wöchentlich erheblich variieren können, besteht bei Sachfragenorientierungen operationalisiert als Problemlösungsfähigkeit der Parteien damit eine vergleichsweise größere Stabilität. Auch wechseln Spitzenkandidaten von Wahl zu Wahl und damit das Bezugsobjekt der Bewertung von Kandidatenorientierungen, während das Objekt der Bewertung bei Sachfragenorientierungen, nämlich

die (etablierten) Parteien und ihre Kompetenzen, zumindest in der Bundesrepublik langfristig das politische System prägen. Unter den kurzfristigen Determinanten des Michigan-Modells sollten Sachfragenorientierungen demnach die relativ stabilere Größe sein und einen Einfluss auf die Kandidatenorientierungen haben (vgl. Abbildung 11).

Außer den empirischen Befunden von Lass (1995) und Brettschneider (2002) gibt es wenig empirische Untersuchungen zu dieser Sachfragen-Kandidaten-Kopplung in Deutschland. Ein Großteil der Analysen mit dem Ann-Arbor-Modell verfolgt nicht das Ziel der Effektzerlegung der Determinantentrias, sondern begnügt sich ausschließlich mit der Analyse der direkten Effekte der Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen auf die Wahlentscheidung. In diesen Studien werden damit weder die Färbungseffekte der Parteiidentifikation, noch eine mögliche Sachfragen-Kandidaten-Kopplung berücksichtigt (vgl. dazu detaillierter Kapitel 2.3.4.). Eine Ausnahme hiervon bilden die Arbeiten von Kellermann, die mit Hilfe von Pfadmodellen sowohl die direkten als auch indirekten Effekte berücksichtigen (Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008). Bei der Analyse der Bundestagswahlen 1994 bis 2005 zeigt Kellermann, dass für jede Wahl ein signifikanter Effekt von Sachfragen- zu Kandidatenorientierungen existiert (Kellermann 2008). Sekundiert werden diese Ergebnisse zur Sachfragen-Kandidaten-Kopplung durch empirische Befunde einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen, die ebenfalls einen signifikanten und mittelstarken Einfluss von Sachfragen- auf Kandidatenorientierungen für die Bundestagswahl 2005 nachweisen (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 69).

Insgesamt gibt es daher sowohl theoretische Argumente als auch vereinzelte empirische Befunde, eine Sachfragen-Kandidaten-Kopplung anzunehmen, bei der die Sachfragenorientierungen kausal vorgelagert sind. Da in dieser Arbeit das Ziel einer differenzierteren Erklärung von Wahlverhalten verfolgt wird, die zudem gruppenspezifisch variieren kann, ist eine solche Effektzerlegung der Determinantentrias ein wichtiger Aspekt bei der theorieadäquaten Umsetzung des Michigan-Modells.

2.3.3.4. Bedeutung von Sachfragenorientierungen für das Wahlverhalten

Von zumindest partiell an Sachfragen orientiertem Wahlverhalten lässt sich nur dann sprechen, wenn Sachfragen unter Kontrolle von Kandidatenorientierungen und der Parteidentifikation noch einen signifikanten Effekt auf die Wahlentscheidung ausüben (Schoen/Weins 2005: 229). Beim *issue voting* sollte dieser Effekt in multivariaten Analysen zumindest den der Kandidatenorientierungen übersteigen, da sonst eher *candidate voting* vorliegt. Wird nicht wie üblich der Einfluss der Faktoren auf die Wahlentscheidung durch multivariate Analysen überprüft, sondern direkt nach dem wichtigsten Grund der Wahlentscheidung gefragt, so sind politische Sachfragen der mit Abstand am häufigsten genannte subjektive Grund für die Wahlentscheidung. Sachfragenorientierungen liegen dann vor einer möglichen Kanzlerpräferenz und Parteibindungen (Gabriel/Neller 2005: 230; Kühnel/Mays 2009: 319).

Das als demokratietheoretisch wünschenswert angesehene sachfragenorientierte Wählen spiegelt sich also zumindest in den subjektiven Gründen der Wahlentscheidung wider. Bei einer solchen direkten Frage ist aber offenbar ein erheblicher Anteil der Antworten auf soziale Erwünschtheit zurückzuführen. Außerdem ist es ebenso möglich, dass es in diesem Zusammenhang zu einer Fehlwahrnehmung der Befragten bezüglich der Wichtigkeit der Determinanten kommt. Wird nämlich die relative Bedeutung der Faktoren in multivariaten Analysen bestimmt, so zeichnet sich dort keineswegs eine Dominanz der Sachfragenorientierungen ab. Auch die eingangs genannten hohen Anforderungen an den Wähler für sachfragenorientiertes Wählen legen nahe, dass nur ein Teil des Elektorats seine Wahlentscheidung überhaupt aufgrund von *issues* treffen kann (Fürnberg/Steinbrecher 2013: 153).

Im Vergleich zu Positionsissues hat die Bewertung der Problemlösungsfähigkeit der Parteien einen deutlich stärkeren Effekt auf die Wahlentscheidung. So zeigt Rudi (2011) für die Bundestagswahl 2009, dass sich die Wahlwahrscheinlichkeit für die einzelnen Parteien, kontrolliert für die Parteidentifikation (aber nicht für

Kandidatenorientierungen), um 10 bis 66 Prozentpunkte – je nach zugeschriebenen Problemlösungskompetenzen auf den Gebieten der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik – erhöht. Wahrgenommene Distanzen der Wähler zwischen ihnen und den Parteien auf der ökonomischen und der GAL-TAN-Dimension verändern die Wahlwahrscheinlichkeit hingegen nur um 5 bis 12 Prozentpunkte. Einzig die Kernenergie als damals noch umstrittenes Thema hat einen etwas größeren Effekt mit 6 bis 19 Prozentpunkten (Rudi 2011: 187). Zu ähnlichen Befunden kommen auch Kunz und Thaidigsmann (2005) für die Bundestagswahl 2002: Auch hier ist die Bewertung von Leistungsunterschieden der Parteien bezüglich Valenzissues erklärungskräftiger für das Wahlverhalten als die Verwendung von Positionissues.

Dabei ist die Anzahl der empirischen Studien, die Valenzissues für die Analyse benutzen, überschaubar. Ein Grund dafür ist, dass die Analyse von Sachfragenorientierungen eine kürzere Tradition in Deutschland hat als in den USA (Schoen/Weins 2005: 233). Weiterhin ist zwar das Michigan-Modell der dominierende Ansatz in der deutschen Wahlforschung, jedoch gibt es auch eine Reihe von Autoren, die eher den *rational-choice*-Ansätzen und damit räumlichen Modellen zur Erklärung des Parteien- und Wahlverhaltens nahestehen und entsprechend Positionissues verwenden (Shikano/Behnke 2009; Pappi/Brandenburg 2012; Thurner et al. 2012). Letztendlich wird konstatiert, dass das Ausmaß an *issue voting* von Wahl zu Wahl und Land zu Land stark variieren kann, abhängig jeweils von den konkreten Problemlagen und den Wahlkontexten (Gabriel/Keil 2010: 61).²⁴ Dies erschwert internationale oder longitudinale Vergleiche, was die Attraktivität des Forschungsgegenstandes schmälern könnte. In früheren Studien wurden darüber hinaus eher Positionissues zur Analyse verwendet. Kontrovers diskutierte Themen wurden dabei aufgegriffen, wie die Ostpolitik der BRD in den

²⁴ An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Aussage, wonach *issue voting* stark wahlabhängig ist nur scheinbar mit den Annahmen der *issue-ownership*-Theorie im Widerspruch steht. So beeinflussen die Kontexte einer Wahl vor allem die Wahrnehmung des Elektorats, welche Probleme überhaupt derzeit als wichtig erachtet werden. Dies muss sich nicht notwendigerweise durch eine Veränderung der Kompetenzzuschreibung des Elektorats auf von Parteien „besetzten“ Politikfeldern niederschlagen. Letztere sind recht stabil, während die wahlrelevanten Themen wechseln können.

1970er-Jahren (Garding 1978) oder der Umgang mit der Wiedervereinigung zu Beginn der 1990er-Jahre (Norpoth 1994).

Eine umfangreiche Analyse mit Valenzissues für die letzten Bundestagswahlen findet sich bei Kellermann (2008), welche die klassischen Bestimmungsfaktoren des Michigan-Modells für die Bundestagswahlen 1994 bis 2005 analysiert und dabei auch indirekte Effekte berücksichtigt. Sie kommt bei Sachfragenorientierungen zu dem Schluss, dass ihr Einfluss auf das Wahlverhalten zum Großteil in der Variation wahlspezifischer Konstellationen begründet liegt, wobei für die SPD, die GRÜNEN und die PDS ein im Zeitverlauf zumindest leicht abnehmender Sachfrageneffekt zu konstatieren wäre (Kellermann 2008: 292). Insgesamt spricht jedoch vieles dafür, dass es wenig langfristige Trends im Wahlverhalten gibt, sondern vieles konstellationsabhängig ist und die Effektstärken der Determinantentrias des Michigan-Modells von Wahl zu Wahl daher Neubestimmt werden müssen (Kellermann 2008: 292). Dies trifft insbesondere für die beiden Volksparteien zu (Kellermann/Rattinger 2005: 208-209).

Den empirischen Analysen von Kellermann folgend, waren beispielsweise bei der Bundestagswahl 1994 für die Wahl der Union Sachfrageneffekte etwas stärker als Kandidateneffekte (operationalisiert als Kanzlerpräferenz). Für die Bundestagswahl 1998 und 2002 hingegen waren Kandidateneffekte deutlich stärker. Allerdings war in allen diesen Fällen die Parteiidentifikation der mit Abstand stärkste Faktor (Kellermann 2008: 276). Eine Ausnahme bildet die Bundestagswahl 2005: Hier dominierten für die Wahl der Union Kandidatenorientierungen vor Sachfragenorientierungen und dahinter sogar erst der direkte Effekt der Parteiidentifikation (Kellermann 2008: 279).

Weiterhin ist festzuhalten, dass der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf die Sachfragenorientierung bedeutend stärker ist als der Färbungseffekt auf Kandidaten (Kellermann 2008: 276, 279). Zu diesen Befunden gelangt auch eine Studie der Forschungsgruppe Wahlen, die ein Pfadmodell zur Bundestagswahl 2005 berechnet und deren Ergebnisse zeigen, dass Sachfragenorientierungen stark von

der Parteiidentifikation abhängen, während der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf Kandidatenorientierungen demgegenüber als lediglich moderat einzuschätzen ist (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 69).

Einen ähnlich großen Zeitraum wie Kellermann deckt auch Gabriel bei der Analyse der Determinantentrias des Michigan-Modells ab. Allerdings nur für die Wahl der Volksparteien und ohne indirekte Effekte zu berücksichtigen. Seinen Analysen zufolge liegen für die Bundestagswahlen 1972, 1983 und 1990 bei dem Vorhandensein einer Parteiidentifikation die Wahlwahrscheinlichkeiten für diese Partei bei ca. 90 Prozent. Durch Hinzunahme gleichgerichteter Themenorientierungen und Kandidatenpräferenzen steigt dieser Wert dabei auf knapp unter 100. Liegt hingegen keine Parteiidentifikation vor, so ist der Sachfrageneffekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit mit 30 bis 40 Prozent etwas stärker als der Einfluss der Kandidatenpräferenz mit 20 bis 25 Prozent (Gabriel 1997: 246-247).

Für die Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 kommen Gabriel und Neller (2005) hingegen zu dem Schluss, dass in den meisten Fällen Kandidateneffekte vor Sachfrageneffekten liegen und für die Unionswahl eher Kandidaten ausschlaggebend sind (Gabriel/Neller 2005: 239). Auch für die Bundestagswahl 2005 kommen Gabriel et al. (2009) zu dem Schluss, dass der Einfluss von Sachfragen auf die Wahlentscheidung geringer ist als der von Kandidateneffekten, aber noch deutlich schwächer als die Wirkung der Parteibindung (Gabriel et al. 2009: 296). Diese Befunde ähneln damit denen Kellermanns (2008).

Zu anderen Ergebnissen für die Bundestagswahl 2005 kommen hingegen Brettschneider et al. (2006). Ihnen zufolge haben die Parteiidentifikation den stärksten und Themenorientierungen den zweitstärksten Einfluss auf die Wahlentscheidung, vor Kandidatenorientierungen (Brettschneider et al. 2006: 489). Auch das Pfadmodell der Forschungsgruppe Wahlen weist einen etwas höheren Einfluss der Sachfragenorientierungen vor Kandidatenorientierungen aus (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 69).

Schließlich liegen auch für die Bundestagswahl 2009 unterschiedliche empirische Ergebnisse für die relative Bedeutung der Sachfragenorientierung im Vergleich zu den anderen Determinanten des Ann-Arbor-Modells vor. Bei den logistischen Regressionsanalysen von Fűrberg und Steinbrecher (2013) wird der Einfluss der Sachfragenorientierungen durchgehend für die Wahl aller Parteien größer eingeschätzt als die entsprechenden Kandidateneffekte (Fűrberg/Steinbrecher 2013: 163). Hingegen sieht Schoen (2011), der denselben Datensatz wie Fűrberg und Steinbrecher (2013) verwendet, Kandidatenorientierungen allgemein als einflussreicher für die Wahlentscheidung und speziell Angela Merkel als „electoral asset for her party“ (Schoen 2011: 103) an.

Diese Unterschiede könnten darin begründet sein, dass zwar in beiden Studien Sachfragenorientierungen über die Problemlösungskompetenz der Parteien operationalisiert werden, die genaue Vorgehensweise sich aber im Detail unterscheidet: Fűrberg und Steinbrecher (2013) verwenden eine Indexvariable, welche die Anzahl der Nennungen der Parteien, ob sie die beiden wichtigsten Probleme lösen können, auszählt (Fűrberg/Steinbrecher 2013: 162). Schoen (2011) hingegen verwendet lediglich die Information, welche Partei das wichtigste politische Problem zu lösen vermag (Schoen 2011: 95). Dieser Unterschied könnte vermutlich bei sonst gleicher Analysestrategie dafür verantwortlich sein, warum das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 entweder als *issue*- oder personen-zentriert interpretiert wird.

Die oben genannten Studien richten sich dabei jeweils auf die Erklärung der Wahlentscheidung. Hingegen werden – ähnlich wie für Kandidatenorientierungen – mögliche Mobilisierungseffekte von *issues*, also ein Einfluss auf die Wahlbeteiligung, nur selten im Rahmen sachfragenorientierten Wahlverhaltens thematisiert. Eine Ausnahme hierzu bildet die Studie von Westle et al. (2013). Darin werden mögliche Determinanten einer Wahlbeteiligungsabsicht (Vorwahlumfrage) als auch der berichteten Wahlbeteiligung (Nachwahlumfrage) untersucht. Dabei zeigt sich, dass vor allem das politische Interesse, die zugeschriebene Be-

deutung der Wahl und das Wahlpflichtgefühl die Wahlbeteiligung signifikant positiv beeinflussen. Sachfragenorientierungen üben hingegen keinen signifikanten Mobilisierungseffekt aus (Westle et al. 2013: 487,489).

Zusammenfassend für die Bedeutung von Sachfragenorientierungen für das Wahlverhalten lässt sich festhalten, dass von *issues*, operationalisiert über die Bewertung der Problemlösungsfähigkeit der Parteien zu den wichtigsten politischen Problemen, ein signifikanter Effekt auf die Wahlentscheidung ausgeht. Dieser bleibt in multivariaten Analysen in der Regel in seiner Stärke deutlich hinter dem der Parteiidentifikation zurück und liegt manchmal vor bzw. hinter dem Einfluss der Kandidatenorientierungen. Offensichtlich ist damit, dass die Themenorientierung als vom Elektorat subjektiv wichtigster Grund der Wahlentscheidung geäußert, nicht korrespondiert mit den Ergebnissen multivariater Analysen. Die Aussage, ob die Wahl eher themen- oder personenzentriert ist und damit *candidate* oder *issue voting* stattfindet, ist ferner vom Kontext abhängig und sollte jeweils wahlspezifisch analysiert werden. Die unterschiedlichen Befunde hierzu für gleiche Wahlen lassen sich wiederum auf unterschiedliche Analysestrategien und Operationalisierungen zurückführen. Gerade im Vergleich, ob Sachfragen oder Kandidaten wichtiger sind, spielen auch die unterschiedlichen Operationalisierungen und Ansätze bei der Ermittlung der Kandidatenorientierungen im Zuge der engen und weiten Personalisierungsthese des Wahlverhaltens wie in Kapitel 2.3.2.3. dargelegt, eine erhebliche Rolle. Außerdem wurde mit der Sachfragen-Kandidaten-Kopplung argumentiert, dass *issue* und *candidate voting* keine Gegensätze sein müssen, sondern dass das Elektorat vor dem Hintergrund der Sachfragenorientierungen auch partiell die Bewertung des Spitzenpersonals vornimmt. Der mobilisierende Einfluss von Sachfragenorientierungen auf die Wahlbeteiligung erscheint hingegen nachrangig, aber auch untererforscht.

2.3.4. Das Michigan-Modell in der Gesamtschau: Kritik und Vorschläge zu seiner Verwendung in der deutschen Wahlforschung

Das Michigan-Modell ist das Standardmodell zur Erklärung von Wahlverhalten in der deutschen Wahlforschung. Wie die Darstellung der empirischen Ergebnisse in den vorherigen Kapiteln gezeigt hat, variiert dabei die Stärke der Einflussgrößen von Wahl zu Wahl und hängt bei Sachfragen- und Kandidatenorientierungen auch von den verwendeten Indikatoren, Analysemethoden und der dahinterliegenden Konzeption der Einflussgrößen ab. Insgesamt sprechen dabei die empirischen Befunde für weniger Trends und mehr wahlspezifische Konstellationen im Wahlverhalten (Kellermann 2008: 292), wobei Parteiidentifikation nach wie vor in fast allen Analysen der stärkste Prädiktor für die Wahlentscheidung ist. Da bei Studien, in denen es explizit um Sachfragen- oder Kandidatenorientierungen geht, auch meist alle Faktoren des sozialpsychologischen Ansatzes in die Analyse einbezogen bzw. für diese kontrolliert werden, stellen auch diese Arbeiten eine Anwendung des Ann-Arbor-Modells dar.²⁵

Zu konstatieren ist dabei, dass bei der Verwendung des sozialpsychologischen Ansatzes fast ausschließlich prädiktive Ziele im Sinne von Clarke und Primo (2012) verfolgt werden. Die Identifikation der Wichtigkeit der einzelnen Prädiktoren in Relation zueinander bzw. deren Erklärungskraft für die Wahlentscheidung und eine mögliche Veränderung über die Zeit sind von vorrangigem Erkenntnisinteresse. Dabei werden in der Regel für sozialwissenschaftliche Verhältnisse überaus hohe statistische Erklärungsleistungen durch den Einbezug dieser wenigen Variablen erzielt.

Logistische Regressionen, die bei diesen Analysen überwiegend eingesetzt werden²⁶, sind dabei zwar prinzipiell geeignet, die relative Bedeutung der Prädiktoren des Michigan-Modells zu bestimmen. Sie sind aber weniger hilfreich, wenn es

²⁵ Dazu zählen beispielsweise Gabriel/Neller (2005); Brettschneider et al. (2006); Gabriel et al. (2009); Ohr et al. (2013); Fühnberg/Steinbrecher (2013).

²⁶ Dies ist beispielsweise der Fall bei Jagodzinski/Kühnel (1990); Kunz/Thaidigsmann (2005); Gabriel/Neller (2005); Fuchs/Rohrschneider (2005); Brettschneider et al. (2006); Gabriel et al. (2009); Blumenberg/Kulick (2010); Blumenstiel/Rattinger (2011); Schoen (2011); Blumenstiel/Rattinger (2012); Fühnberg/Steinbrecher (2013); Ohr et al. (2013).

darum geht, die im sozialpsychologischen Ansatz postulierten Zusammenhänge insgesamt angemessen zu überprüfen. Das Vorgehen, der schrittweisen Integration der Variablen in die logistische Regression, das von Jagodzinski und Kühnel (1990) aufgrund der starken Multikollinearität der unabhängigen Variablen hierzu vorgeschlagen wurde, ermöglicht beispielsweise zwar eine optimistische und pessimistische Schätzung des jeweiligen Faktors auf die Wahlentscheidung. Eine solche Analysestrategie, die auch von Brettschneider et al. (2006) und Ohr et al. (2013) verwendet wird, ignoriert aber die indirekten Effekte, die von der Parteiidentifikation und den Sachfragenorientierungen ausgehen. Stattdessen werden die Einflussgrößen als gleichrangig angesehen. Letztendlich führt dies zu einer Unterschätzung der Effektstärken, vor allem bei der Parteiidentifikation, wie auch teilweise kritisch angemerkt wird (Schoen 2011: 99).

Das gravierende Problem ist hier die Diskrepanz zwischen diesen empirischen Analysen und der theoretischen Konzeption: Die Parteiidentifikation in der orthodoxen Sichtweise wie in *The American Voter* ist eben nicht gleichrangig, sondern kausal vorgelagert (Campbell et al. 1960; Falter et al. 2000; Arzheimer/Schoen 2005). Ebenfalls gehen – zu einem geringeren Maße empirisch untersucht – von Sachfragenorientierungen indirekte Effekte auf die Wahlentscheidung aus (Kellermann 2008; Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 69). Die Verwendung von logistischen Regressionen berücksichtigt dies nicht und erlaubt damit keine adäquate Modellierung der theoretisch zwischen den Variablen des sozialpsychologischen Ansatzes postulierten Beziehungen.

Vor dem Hintergrund dieser Problematik wurde auch vereinzelt ein Vorgehen angewandt, bei dem die Analyse der Beziehungen sequenziell erfolgte. Dabei wurde explizit herausgestellt, nur bestimmte Teilaspekte des Modells zu testen, statt eine simultane Schätzung aller relevanten Beziehungen anzustreben (Fuchs/Rohrschneider 2005). Dieses Vorgehen erscheint dabei für die Erklärung des Wahlverhaltens weniger geeignet, da die Ergebnisse der einzelnen sequenziellen Analysen nicht unmittelbar miteinander verglichen werden können und somit keine

Aussagen über die relative Bedeutung der Determinanten des sozialpsychologischen Ansatzes getroffen werden können. Bei einem solchen Vorgehen, bei dem die Autoren das Modell als „Heuristik“ (Fuchs/Rohrschneider 2005: 346) zur Orientierung beschreiben, wird das Michigan-Modell nicht mehr als prädiktiv, sondern als organisierend im Sinne von Clarke und Primo (2012) verstanden. Diese Ansicht vernachlässigt jedoch, dass das Ann-Arbor-Modell bereits eine Auswahl aus dem größeren organisierenden *funnel of causality* ist und damit schon eine Reduzierung auf wenige, wichtige Einflussgrößen der Wahlentscheidung darstellt. Eine weitere Fokussierung auf Teilbeziehungen innerhalb des sozialpsychologischen Ansatzes erlaubt dann nicht mehr, die Analyse wahlrelevanter Faktoren systematisch in den Blick zu nehmen.

Eine bessere Alternative bietet hier die simultane Schätzung aller theoretisch postulierten Zusammenhänge im Michigan-Modell. Pfadmodelle bzw. Strukturgleichungsmodelle als Analyseverfahren erlauben eine solche simultane Schätzung, auch unter Berücksichtigung der indirekten Effekte. Diese Verfahren eignen sich daher besonders gut, um explizit komplexere Beziehungen (wie theoretisch argumentiert) zwischen den Variablen darstellen zu können (Weiber/Mühlhaus 2010: 18). Im Vergleich zu den USA (vgl. Kapitel 2.2.) finden sich in Deutschland nur wenige Anwendungen solcher Verfahren zur Analyse von Wahlentscheidungen auf Grundlage des Ann-Arbor-Modells.²⁷ Ausnahmen stellen hier die Arbeiten von Kellermann und der Forschungsgruppe Wahlen dar (Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008; Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009). Ein methodisches Problem bei den Analysen von Kellermann ist dabei aber, dass lineare Pfadmodelle berechnet werden, obwohl die zentrale abhängige Variable der Wahlentscheidung jeweils dichotom kodiert ist (Kellermann 2008: 268). Die Verwendung von linearen Pfadmodellen wäre allerdings nur bei mindestens ordinal-skalierten Variablen mit möglichst vielen Ausprägungen gerechtfertigt (Reinecke 2005: 29-30). Zudem sind die Anpassungsmaße für die Modellgüte, die in den Tabellen

²⁷ Auch Rattinger (1994b) benutzt Pfadmodelle bei der Analyse des Wahlverhaltens. Seine zentralen abhängigen Variablen sind aber Sympathiebewertungen der Parteien (1994b: 292). Die tatsächliche Wahlentscheidung taucht in diesen Modellen nicht auf, weswegen es keine Anwendung des Michigan-Modells in einer engen Sichtweise darstellt und an dieser Stelle daher ausgeklammert wird.

hierzu berichtet werden (Kellermann 2008: 270-271), im besten Falle nur akzeptabel.

Die Studie der Forschungsgruppe Wahlen (2009) zur Bundestagswahl 2005 ist hingegen nicht mit diesen Problemen behaftet, da ein *Weighted-Least-Squares*-Schätzer benutzt wird, der alle Prädiktoren als ordinal und die Wahlabsicht als dichotome Variable gemäß ihres Skalenniveaus – durch Verwendung polychorischer und tetrachorischer Korrelationsmatrizen – angemessen in den Schätzungen berücksichtigt (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 68-69). In der Studie wird dieses Modell allerdings erst gegen Ende eingeführt und nur sehr knapp beschrieben. Zudem werden im Pfadmodell nur die standardisierten Koeffizienten ausgewiesen und auf die unstandardisierten sowie die Standardfehler verzichtet. Darüber hinaus wird auch ohne nähere theoretische Fundierung die Links-Rechts-Orientierung in das Pfadmodell aufgenommen und kausal gleichgestellt mit der Parteiidentifikation (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 69). Letztendlich werden zwar mit diesem Pfadmodell die indirekten Effekte berücksichtigt und damit eine differenziertere Erklärung ermöglicht. Theoretisch adäquater wäre aber eine Konzeption der Faktoren des Michigan-Modells als latente Konstrukte, die von mehreren Variablen gemessen werden (Asher 1983: 352).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die häufig eingesetzten logistischen Regressionen nicht theorieadäquat die Beziehungen im Michigan-Modell empirisch abbilden können. Durch die Nicht-Berücksichtigung der indirekten Effekte werden nicht nur die Effektstärken der Parteiidentifikation und Sachfragenorientierungen unterschätzt, sondern auch das analytische Potenzial für die Erklärung des Wahlverhaltens eingeschränkt. Die wenigen Studien, die Pfadmodelle zur simultanen Schätzung aller postulierten Zusammenhänge zur Analyse verwenden, können die jeweiligen Färbungseffekte für eine differenziertere Erklärung des Wahlverhaltens nutzen, sind aber teilweise mit methodischen Problemen behaftet.

Das in dieser Arbeit verfolgte Ziel der Aufdeckung von Wählerheterogenität erfordert daher zunächst die Übertragung des Michigan-Modells in ein empirisches

Modell in Form von Strukturgleichungsmodellen für kategoriale Daten. Dies löst einige der dargestellten Probleme: So werden zum einen im Vergleich zu logistischen Regressionen mit Strukturgleichungsmodellen die postulierten indirekten Effekte berücksichtigt und alle Beziehungen simultan geschätzt. Gegenüber linearen Pfadmodellen wird das Skalenniveau der Variablen durch Verwendung von probit-Regressionen angemessener berücksichtigt. Letztendlich soll im Gegensatz zu Pfadmodellen zumindest die Kandidatenorientierung als latentes Konstrukt, bestehend aus unpolitischen und politischen Merkmalen der Spitzenkandidaten, konzeptualisiert werden. Dadurch soll insgesamt die Kluft zwischen dem theoretischen und empirischen Modell verkleinert werden. Die Schätzung eines solchen Modells für das Gesamtelektorat ist in dieser Studie ein notwendiger Schritt für die Analyse von Wählerheterogenität. Durch eine solche Modellierung des Ann-Arbor-Modells ist es dann möglich Unterschiede zwischen verschiedenen Teilelektoraten in der Wichtigkeit und dem Zusammenspiel der Determinantien für die Wahlentscheidung zu analysieren und damit Wählerheterogenität im sozialpsychologischen Ansatz zu entdecken.

2.4. Wählerheterogenität und Wahlverhalten

In diesem Kapitel wird zunächst allgemein auf die Relevanz von und Typen der Wählerheterogenität eingegangen (Kapitel 2.4.1.). Es wird gezeigt, dass ein heterogenes Elektorat bereits in klassischen Wahlstudien angedacht worden ist, in der weiteren empirischen Forschung dieser Aspekt aber weitgehend ausgeblendet und stattdessen mit übergeneralisierten Modellen gearbeitet wurde. Nachfolgend werden bisherige Strategien zur Analyse von Wählerheterogenität vorgestellt (Kapitel 2.4.2.) und die hier verfolgte Analysestrategie darin eingebettet (Kapitel 2.4.3.). Danach werden in den Kapiteln 2.4.4. bis 2.4.6. auf Grundlage verschiedener theoretischer Überlegungen Teilelektorate unterschieden, zwischen denen Wählerheterogenität zu erwarten ist. Die Erwartungen, wie diese Wählerheterogenität dabei im Michigan-Modell konkret ausgestaltet sein könnte, werden hypothesenartig formuliert. Kapitel 2.5. fasst die Hypothesen sowie die Forschungsperspektive zusammen. Letztere zielt dabei darauf ab, nicht ausschließlich die

Hypothesen zu überprüfen, sondern darüber hinaus auch weitere mögliche Wählerheterogenität aufzudecken.

2.4.1. Wählerheterogenität: Relevanz und Typen

Bereits in den klassischen Wahlstudien *The People's Choice* von Lazarsfeld et al. (1948 [1969]) und *The American Voter* von Campbell et al. (1960) finden sich erste Überlegungen dazu, dass sich das Elektorat nicht homogen verhalte. So kann die Beschreibung von Lazarsfeld et al. zu sozialstrukturellen *cross-pressures* als Form von Heterogenität angesehen werden. Diese ergeben sich beispielsweise zwischen der Konfession und dem sozialen Status, wenn Teile der Wählerschaft zu zwei Großgruppen gehören, deren Gruppeninteressen traditionellerweise von unterschiedlichen Parteien repräsentiert werden (Blumenstiel 2014). Im Beispiel von Lazarsfeld et al. (1948 [1969]) tendieren Personen mit höherem Status und Protestanten eher zu den Republikanern und Personen mit niedrigerem Status und Katholiken eher zu den Demokraten. *Cross-pressures* wirken damit vor allem auf die Personen mit höherem Status, die katholisch sind und Personen mit niedrigerem Status, die protestantisch sind. Solche Kombinationen sollten dann eher zu abweichendem Wahlverhalten oder einer Nichtbeteiligung an der Wahl führen. In *The American Voter* finden sich ähnliche Überlegungen in Bezug auf Ideologie. Demnach sollte ein von der Parteidentifikation abweichendes Wahlverhalten für ideologisch schwach verwurzelte Personen wahrscheinlicher sein als für ideologisch stark parteiorientierte Bürger (Campbell et al. 1960). Ebenso können sozialpsychologische *cross-pressures*, wie in Kapitel 2.1.2. beschrieben, bei Wählern, die keine Einstellungskonsistenz zwischen den drei Determinanten des Michigan-Models aufweisen (Konflikthypothese), eher zu Stimmensplitting oder Wahlabstinenz führen (Campbell et al. 1960: 77-88).

Die Erkenntnis, dass es nicht „den“ Wähler gibt, sondern Teilelektorate unterschiedliche Gewichte auf verschiedene Einflussgrößen für ihre Wahlentscheidung legen, hat sowohl in den USA als auch in Deutschland lange Zeit empirisch kaum eine Rolle gespielt und das obwohl die Homogenitätsannahme bereits von Berelson und Kollegen 1954 in *Voting* als unterkomplex zurückgewiesen wurde:

„[There] is an assumption that the population is homogeneous socially and should be homogeneous politically; that everybody is about the same in relevant social characteristics; that, if something is a political virtue (like interest in the election), then everyone should have it; that there is such a thing as ‚the‘ typical citizen on whom uniform requirements can be imposed. The tendency in democratic literature to work with an image of ‚the‘ voter was never justified.“ (Berelson et al. 1954 [1968]: 313)

Zunächst war es das Ziel allgemeine Modelle des Wahlverhaltens zu entwickeln, zu verfeinern und empirisch für verschiedene Wahlen zu überprüfen (vgl. Kapitel 2.2. für die USA und Kapitel 2.3. für Deutschland). Rivers (1988) merkt dazu, dass eine solche Vorgehensweise, also die Suche nach den statistisch stärksten Prädiktoren für die Wahlentscheidung, dann angemessen sei, wenn das Wahlergebnis erklärt werden soll. Ein solches Vorgehen sei aber weniger geeignet, wenn es darum geht, den Entscheidungsprozess der Wähler stärker in den Blick zu nehmen und zu erklären (Rivers 1988: 737).

Eine solche Erklärung der Wahlentscheidung ist aber gerade explizites Ziel der akademischen Wahlforschung (Bartle 2005). Daher wird die Homogenitätsannahme, also die Vorstellung, dass es *den* Wähler gibt, mittlerweile ab und an durch eine Heterogenitätsvermutung ersetzt. Im breiten Bereich der politischen Verhaltensforschung finden sich beispielsweise Appelle den Heterogenitätsgedanken expliziter herauszustellen und zu analysieren:

„Simple models of political behavior that assume a homogeneous electorate may be theoretically elegant and empirically parsimonious – yet also unrealistic. Recognizing that people function based on diverse criteria and motivations, we should try to model this diversity, instead of adopting overgeneralized theories of citizen politics.“ (Dalton 2008: 30)

Spezifischer für Theorien des Wählerverhaltens beklagt Bartle (2005) nach wie vor eine implizite und unrealistische Homogenitätsannahme in vielen Studien:

„Just about every model has, for example, assumed that voters (1) place the same weight on considerations and (2) think about the vote in the same way or arrive at their decision the same ‚route‘. It has therefore been supposed that voters with identical characteristics will vote for the same party. Such ‚homogeneity‘ assumptions have been justified by [...] Occam’s dictum.“ (Bartle 2005: 653-654)

Im englischsprachigen Raum gibt es einige Untersuchungen, die explizit Heterogenität im Wahlentscheidungsprozess modellieren. Dabei handelt es sich vorwiegend um Studien, die aufbauend auf räumlichen Modellen der Wahlentscheidung (vgl. Kapitel 2.3.3.1.) vor allem das Informationsniveau und die politische Involvierung als moderierende Faktoren im Entscheidungsprozess bzw. als Gruppierungsvariablen ansehen. Zwischen diesen verschiedenen Teilelektoraten werden dann die Entscheidungsprozesse untersucht (Krause 1997; Duch 2001). In diesen Analysen wird dabei gelegentlich zumindest die Parteiidentifikation als sozialpsychologische Variable berücksichtigt (Duch et al. 2000; Gomez/Wilson 2001, 2006).

Eher im sozialpsychologischen Ansatz verhaftet, jedoch auch ausgehend von unterschiedlichen Informationsniveaus und politischer Kompetenz der Bürger, finden sich beispielsweise die Studien von Bartle (1997; 2005), Basinger und Lavine (2005), Roy (2009) sowie Weisberg und Nawara (2010). Diese analysieren explizit Wählerheterogenität. In Deutschland wird Wählerheterogenität hingegen erst seit Kurzem explizit und systematisch als Thema aufgegriffen. Zwar wird in Wahlstudien auch die Frage wie bestimmte Einstellungen in Teilelektoraten verteilt sind als Teilaspekt angerissen (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2005; Kaspar/Falter 2009). Die publizierten Befunde, die Wählerheterogenität in den Mittelpunkt der Analysen stellen und auch explizit in multivariaten Analysen modellieren, sind im Vergleich zum englischen Sprachraum aber noch überschaubar (Blumenstiel/Rattinger 2012; Blumenstiel 2014; Wagner 2014).

Dabei lassen sich verschiedene Typen von Wählerheterogenität unterscheiden. Die Heterogenität der Wähler ist zunächst abzugrenzen von heterogenen Rahmenbedingungen unter denen das Wahlverhalten stattfindet. Hierzu unterscheiden Basinger und Lavine (2005) zwischen individueller Heterogenität und institutioneller Heterogenität. Ersteres bezieht sich vor allem auf sachfragenorientierte, ideologische oder auf Parteiidentifikation bezogene Überlegungen warum Wähler heterogen sind, letzteres zielt auf die Rahmenbedingungen des Wahlver-

haltens ab. Da in dieser Arbeit gruppenspezifische Unterschiede im Wahlverhalten von Interesse sind, wird im Folgenden auf individuelle Heterogenität fokussiert. Individuelle Heterogenität lässt sich dabei weiter ausdifferenzieren: Bartle (2005) unterscheidet hierzu zwischen unterschiedlichen Gewichtungen der wahlrelevanten Prädiktoren zwischen verschiedenen Wählergruppen (Typ-1-Heterogenität) und gruppenspezifischen Unterschieden, wie der Wahlentscheidungsprozess bei den Wählern funktioniert (Typ-2-Heterogenität). Analysen von Heterogenität Typ 2, die im Extremfall in völlig andere Erklärungsmodelle für Teilelektorate münden könnten, sind dabei theoretisch schwieriger zu fundieren (Bartle 2005) und sind vermutlich nur im Rahmen experimenteller Studien adäquat zu untersuchen, weshalb vorrangig Typ-1-Heterogenität Gegenstand der Analysen ist (Blumenstiel 2014: 21).

In Bartles eigenem Beitrag sind die Grenzen der beiden Typen jedoch nah beieinander. So wird dem Ausmaß von *political awareness* auf Sachfragen eine moderierende Rolle zugesprochen. Diejenigen, die eine stärkere Einstellung zu diesen Fragen haben und diesen mehr Wichtigkeit zuschreiben, gewichten diese Faktoren auch bei ihrer Wahlentscheidung höher (Typ 1). Typ-2-Heterogenität bezieht sich dann darauf, dass Personen mit niedriger *political awareness* zu einem geringeren Maß *policy*-orientiert wählen sollten als Personen mit hoher *political awareness*, da eher einfachere Überlegungen ihre Wahlentscheidung bestimmen sollten, weil sie weniger politisch informiert und interessiert sind (Bartle 2005). Nun lässt sich aber *policy*-orientiertes Wählen auch als Variable ansehen, die in ihrer Gewichtung für die Wahlentscheidung zwischen verschiedenen Teilelektoraten, nämlich denen mit hoher und niedriger *political awareness*, variieren kann. An diesem Beispiel wird deutlich, dass der Übergang zwischen beiden Typen fließend sein kann.

Allgemeiner ausgedrückt kann die Berücksichtigung, dass die einzelnen Prädiktoren in einem Modell zwischen verschiedenen Teilelektoraten variieren können (Heterogenität Typ 1), dazu führen, dass einzelne Prädiktoren für verschiedene Subgruppen nicht mehr einen signifikanten Effekt ausüben. Somit wäre für diese Teilgruppe ein anderes Bündel an Prädiktoren im Modell und damit auch

ein anderer (Teil-)Erklärungsansatz, der Typ-2-Heterogenität entspricht, identifiziert. Dies ist möglich, ohne für verschiedene Teilelektorate a priori radikal unterschiedliche Entscheidungsprozesse abbilden zu müssen. Tatsächlich finden sich in der Literatur keine Beiträge, die Heterogenität Typ 2 mit ganz unterschiedlichen Modellen für Teilelektorate untersuchen. Ein Grund dafür könnte sein, dass nach wie vor ungeklärt ist, welche Teilelektorate eigentlich zu unterscheiden wären (Blumenstiel/Rattinger 2012). Die meisten Studien, diese eingeschlossen, verwenden daher etablierte Modelle der Wahlentscheidung, um vorrangig Heterogenität Typ 1 zu analysieren.

Im nächsten Kapitel sollen ausgewählte Studien, die im weiten Sinne im sozialpsychologischen Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten zu verorten sind, genauer vor dem Hintergrund betrachtet werden, wie sie Wählerheterogenität analysieren und zu welchen empirischen Befunden sie gelangen.

2.4.2. Strategien zur Analyse von Wählerheterogenität und empirische Befunde

Die Studie von Rivers (1988) gilt als einflussreicher Beitrag zur Analyse von Wählerheterogenität und Ansatzpunkt für weitere Analysen. In diesem stellt er die Relevanz von Wählerheterogenität heraus und zeigt empirisch, dass die Homogenitätsannahme bei *issue voting* zu fehlleitenden Einschätzungen bezüglich des Entscheidungsprozesses führt. Sein eigener Ansatz Heterogenität einzubeziehen, den er anhand der Wahlstudie von 1980 demonstriert, ist, stärker auf Rangordnungen zu setzen, anstatt jeweils nur den wichtigsten angegebenen Kandidaten und das wichtigste *issue* als Prädiktoren aufzunehmen. Statistisch setzt Rivers seine Analyse mit dem Verfahren COLOGIT (*completely ordered logit*) um (Rivers 1988: 744). Die Beschränkungen dieses Verfahrens, nämlich die (unrealistische) Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit der Auswahl von Kandidaten unabhängig von der Existenz anderer Kandidaten erfolgt sowie einige Probleme mit inkonsistenten Schätzungen bei steigender Anzahl von Befragten, werden von Rivers kritisch thematisiert (1988: 744-745). Ein Vergleich seiner Schätzungen mit der Standard-Nutzenfunktion von *issue voting*, ergibt erhebliche Unterschiede:

Rivers zeigt, dass bei Einbezug von Heterogenität durch COLOGIT, Einstellungen und Bindungen zu Parteien einen doppelt so starken Effekt auf das Wahlverhalten haben als im Standardmodell. Ideologie übt hingegen einen deutlich geringeren Einfluss aus (Rivers 1988: 749). Der besondere Wert der Studie von Rivers liegt aber weniger in seinen empirisch gewonnenen Erkenntnissen als vielmehr in der Exegese des Problems einer Homogenitätsannahme und eines ersten Analysevorschlages wie Heterogenität im Wahlverhalten modelliert werden kann.

Ein weiterer bedeutender Beitrag kommt von Bartle (2005). Neben der Unterscheidung von verschiedenen Typen von Heterogenität (siehe vorangegangenes Kapitel) untersucht Bartle in diesem Beitrag mit Daten der Britischen Wahlstudie von 2001, ob die Beurteilung von Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung in verschiedenen Wählergruppen variiert (Bartle 2005: 660-662). Hierzu unterscheidet er, auf Basis von Selbsteinschätzungen der Befragten, was für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten sei, zwischen Wählern, die eher *policy*- oder eher kandidatenorientiert wählen sollten. Mit Hilfe von multinomialen Regressionsanalysen und Interaktionseffekten zeigt Bartle, dass selbsteingeschätzte kandidatenorientierte Wähler, bei ansonsten gleichen Eigenschaften bei einer Vielzahl an Kontrollvariablen, eine höhere vorhergesagte Wahrscheinlichkeit haben, für die Partei zu stimmen als selbsteingeschätzte *policy*-orientierte Wähler (Bartle 2005: 668-669). Neben der Existenz von Kandidateneffekten auf das Wahlverhalten hat Bartle damit auch gezeigt, dass unterschiedliche Teilelektorate (hier die beiden Wählertypen) verschiedene Gewichte auf Kandidaten und Sachfragen bei ihrer Wahlentscheidung legen (Typ-1-Heterogenität).

Basinger und Lavine (2005) zeigen mit einem ähnlichen Vorgehen, nämlich einer Logit-Analyse mit Interaktionseffekten und der Berechnung vorhergesagter Wahrscheinlichkeiten, mit Daten zu den Wahlen des amerikanischen Repräsentantenhauses für die Jahre 1990 bis 2000 (Basinger/Lavine 2005: 175-176) folgendes: Personen mit ambivalenten Einstellungen zu den Parteien legen im Vergleich zu solchen mit nicht-ambivalenten Einstellungen, unabhängig von der Stärke ihrer Parteibindung, weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation bei ihrer Wahlentscheidung. Personen mit solch ambivalenten Parteieinstellungen, die

über wenig politisches Wissen verfügen und nicht von dem Wahlkampf angesprochen werden, tendieren eher zu *economic voting*. Bei Personen mit hohem politischen Wissen und einer Involvierung in den Wahlkampf, spielen hingegen ideologische Gründe eine stärkere Rolle (Basinger/Lavine 2005: 180-181).

Im kanadischen Raum hat sich Roy (2009) der Frage nach Heterogenität bei der Wahlentscheidung zwischen verschiedenartig informierten Teilelektoraten gewidmet. Mit Daten der kanadischen Wahlstudie von 2004 kommt er zu dem Ergebnis, dass weniger gut informierte Bürger weniger Faktoren in ihre Wahlentscheidung einbeziehen, während gut informierte Bürger kognitiv anspruchsvollere Überlegungen ihrer Wahlentscheidung zugrunde legen (Roy 2009). Methodisch werden binäre logistische Regressionen mit schrittweiser Aufnahme von relevanten Variablen auf die Wahlentscheidung geschätzt, separat für die drei Teilelektorate mit verschiedenen Informationsniveaus (Roy 2009: 123-126). Die Besonderheit der Studie liegt nun darin, dass durch den schrittweisen Aufbau am Ende unterschiedliche Modelle für die einzelnen Teilelektorate entstehen – eine Analysestrategie, die nicht nur unterschiedliche Gewichtung einzelner Variablen erfasst (Typ-1-Heterogenität), sondern auch die Generierung zumindest leicht unterschiedlicher Wahlentscheidungsmodelle für verschiedene Gruppen ermöglicht (Typ-2-Heterogenität).

Weisberg und Nawara (2010) zeigen schließlich ähnlich wie Roy, aber mit einer neuen Konzeptualisierung von Sophistikaion am Beispiel für die US-Präsidentenwahlen 2000 und mit binären logistischen Regressionsanalysen, dass „sophisticates evaluate the political world in more abstract terms, while non-sophisticates employ simpler considerations. In this study, this means that the sophisticates utilize a full range of candidate and issue evaluations while the least sophisticated rely at most on candidate evaluations“ (Weisberg/Nawara 2010: 561).

Im deutschsprachigen Bereich existieren schließlich auch Beiträge, die Wählerheterogenität analysieren (Blumenstiel/Rattinger 2012; Blumenstiel 2014; Wagner 2014). Der Beitrag von Blumenstiel und Rattinger (2012) verfolgt dabei das

Ziel, das Michigan-Modell in Bezug auf subjektive Gründe der Wahlentscheidung zu verfeinern. Dabei verwenden die Autoren offene Fragen nach den subjektiven Beweggründen für die Wahlentscheidung. Diese werden anschließend in verschiedene Kategorien wie Bindung an die Partei, Regierungshandeln, Kandidaten, Programmatik, Gewohnheit oder Protest kategorisiert (Blumenstiel/Rattinger 2012: 260). Sie folgen damit Bartle (2005), der ebenfalls auf Grundlage von Selbstauskünften verschiedene Teilelektorate konstruiert. Der Einbezug der subjektiven Wahlgründe führt dabei zu einer leichten Verbesserung des ohnehin schon guten Erklärungsmodells mit den Standardvariablen des Ann-Arbor-Modells (Blumenstiel/Rattinger 2012: 271). Allerdings bringt diese Vorgehensweise der Selbstauskünfte auch eine Reihe von Problemen mit sich. So wird zum einen die Annahme getroffen, der Wähler könne zuverlässig über seinen wichtigsten Wahlgrund Auskunft geben. Dem steht die Erkenntnis entgegen, dass Personen im allgemeinen keinen Zugang zu höheren kognitionspsychologischen Verarbeitungsprozessen besitzen, was Selbstauskünfte darüber schwierig macht (Nisbett/Wilson 1977). Dies trifft auch auf den Bereich der Wahlentscheidung zu (Rivers 1988: 738). Zum anderen spielt soziale Erwünschtheit beim Antwortverhalten eine Rolle. So nennen Befragte bei solchen Fragen, wie auch bei Blumenstiel und Rattinger (2012: 261), zu großen Teilen Sachfragen als wichtigsten Grund und viel seltener Parteibindungen. Diese subjektiven Wahlgründe korrespondieren nicht mit den Ergebnissen aus multivariaten Analysen. In diesen wird regelmäßig Parteiidentifikation als viel stärkerer Prädiktor vor Sachfragen für die Wahlentscheidung nachgewiesen (vgl. Kapitel 2.3.4.).

Während Blumenstiel und Rattinger (2012) Heterogenität in den Eigenschaften und Einstellungen der Wähler untersuchen, verfolgt Wagner (2014) in seinem Beitrag das Ziel, Heterogenität im Wahlverhalten auf der Angebotsseite des Politischen zu bestimmen. Konkret geht es bei ihm um bestimmte Parteicharakteristika und wie diese das Wahlverhalten der Bürger beeinflussen.²⁸ Mit konditiona-

²⁸ Die Möglichkeit parteispezifischen Wählens wird als Fragestellung bereits bei Thurner et al. (2012) anhand räumlicher Modelle beim *issue voting* behandelt.

len logistischen Regressionen und mit repräsentativen Wahldaten für die Bundestagswahl 2009 (Wagner 2014: 47) kommt Wagner zu dem Schluss, dass vor allem *issue ownership* der Parteien dazu führt, als kompetent und wählbar wahrgenommen zu werden. Entgegen den theoretischen Überlegungen stellt sich weiterhin heraus, dass für größere Parteien das politische Spitzenpersonal nicht wichtiger für die Wahlentscheidung der Bürger ist als für kleinere Parteien. Außerdem sind die Bewertungen über die retrospektive Performanz der Parteien für Regierungsparteien nicht wichtiger als für Oppositionsparteien (Wagner 2014: 56). Der Beitrag verweist darauf, dass Wählerheterogenität nicht nur zwischen verschiedenen Wählergruppen, die sich in bestimmten Eigenschaften voneinander unterscheiden, möglich ist, sondern in einer zusätzlichen Perspektive auch parteispezifisch verlaufen kann.

Als weitere Studie zur Wählerheterogenität in Deutschland ist der Beitrag von Blumenstiel (2014) zu nennen. Für die Aufdeckung von Wählerheterogenität wird das Augenmerk in den Analysen hier wie bei Blumenstiel und Rattinger (2012) wieder auf die Wähler und deren Eigenschaften sowie Einstellungen gelegt. Dieser Beitrag unterscheidet sich allerdings darin, dass diesmal keine Selbstauskünfte zur Einteilung des Elektorats in Teilelektorate verwendet wird, sondern verschiedene Teilelektorate ausschließlich aus theoretischen Überlegungen heraus gebildet werden (Blumenstiel 2014: 22-27). Mit konditionalen Logit-Modellen wird dabei ein Standardmodell der Wahlentscheidung, das neben der Determinantentrias des Michigan-Modells auch die Links-Rechts-Einstufung und eine weitere Variable zur Erfassung der Parteikompetenz enthält, geschätzt. Über Interaktionseffekte mit den Variablen, welche die Teilelektorate bilden, wird dann untersucht, ob diese Variablen einen moderierenden Einfluss auf die Wahlentscheidung ausüben. Ein solcher Moderationseffekt der Gruppierungsvariablen bedeutet dann, dass die unterschiedlichen Gruppen die verschiedenen Prädiktoren der Wahlentscheidung anders gewichten und damit Heterogenität Typ 1 vorliegt (Blumenstiel 2014: 31-34). Hervorzuheben ist dabei, dass durch die Verwendung eines konditionalen Logit-Modells Blumenstiel ein Modell für alle Parteien

schätzt und damit eine allgemeine Wahlfunktion verwendet, anstatt separate logistische Regressionen für jede Partei zu rechnen. Als Datenbasis verwendet Blumenstiel (2014) repräsentative Wahldaten für die Bundestagswahlen 1998 bis 2009, wobei der Schwerpunkt seiner Analysen auf der Wählerheterogenität zwischen Teilelektoraten bei der Bundestagswahl 2009 liegt. Die Ergebnisse seiner Studie zeigen klar, dass Wählerheterogenität im deutschen Elektorat existiert. So legen beispielsweise sophistizierte und arbeitssuchende Wähler bei ihrer Wahlentscheidung ein größeres Gewicht auf Kompetenzzuschreibungen als entsprechend nicht-sophistizierte und nicht-arbeitssuchende Wähler. Überraschenderweise nimmt auch mit zunehmender Sophistikation der Wähler die Bedeutung von Kandidatenorientierung für die Wahlentscheidung zu und nicht wie erwartet ab (Blumenstiel 2014: 34). Über die Zeit hinweg zeigt sich eine gewisse Konstanz in den Gewichten für die Wahlentscheidung, wobei die Erklärungskraft des Modells bei weniger sophistizierten Wählern geringer ist. Dies deutete Blumenstiel so, dass für diese Gruppe die Wahlentscheidung weniger berechenbar ausfällt (Blumenstiel 2014: 36). Er konstatiert abschließend:

„Overall, the findings strongly support the need of heterogeneity to be considered within standard models of electoral behavior. If homogeneous models were never quite appropriate to the actual complexity, they are now even less suited to explain vote choices in increasingly complex choice situations.“ (Blumenstiel 2014: 39)

Die Untersuchung von Blumenstiel ist dabei die erste in Deutschland, bei der Wählerheterogenität auf Grundlage von theoretischen Überlegungen, welche Teilelektorate zu unterscheiden sind, systematisch analysiert wird. Die verwendeten konditionalen Logit-Modelle mit Interaktionen zwischen den Modellvariablen und den Gruppierungsvariablen, welche die Teilelektorate aufspannen, sind dabei geeignet, um Heterogenität Typ 1 zu untersuchen. Zwei Einschränkungen sind mit dieser Analysestrategie allerdings verbunden. Zum einen kann nur überprüft werden, ob die Gruppierungsvariablen einen moderierenden Effekt auf die direkten Effekte der Modellvariablen, wie diese unmittelbar auf die Wahlentscheidung wirken, haben. Nicht modelliert werden hingegen die indirekten Färbungseffekte der Parteiidentifikation und eine Sachfragen-Kandidaten-Kopplung.

Zum anderen sind die Interaktionseffekte in diesem Modell schwierig interpretierbar, gerade deren substantielle Effektstärke betreffend.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass drei Forschungsstrategien angewendet werden, um Wählerheterogenität bei verschiedenen Teilelektoraten zu identifizieren (Bartle 2005; Blumenstiel/Rattinger 2012: 255): (1) das von Rivers (1988) angewandte COLOGIT-Verfahren; (2) die Unterscheidung von Teilelektoraten anhand von Selbstauskünften der Befragten (Bartle 2005; Blumenstiel/Rattinger 2012) sowie (3) die Einteilung des Elektorats anhand von theoriebasierten Überlegungen (Basinger/Lavine 2005; Roy 2009; Weisberg/Nawara 2010; Blumenstiel 2014). Methodisch werden verschiedene Logit-Modelle, meist mit Interaktionen berechnet, entweder getrennt für die zu unterscheidenden Teilelektorate (Roy 2009; Weisberg/Nawara 2010) oder getrennt nach den Parteien (Bartle 2005; Blumenstiel/Rattinger 2012) oder beides in einem Modell integriert (Rivers 1988; Blumenstiel 2014). Eine Anwendung von Pfad- oder Strukturgleichungsmodellen, die es erlauben würden, die Beziehungen zwischen den Variablen theorieadäquat gemäß dem Michigan-Modell zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 2.3.4.), finden sich hingegen nicht bei der Analyse von Wählerheterogenität.

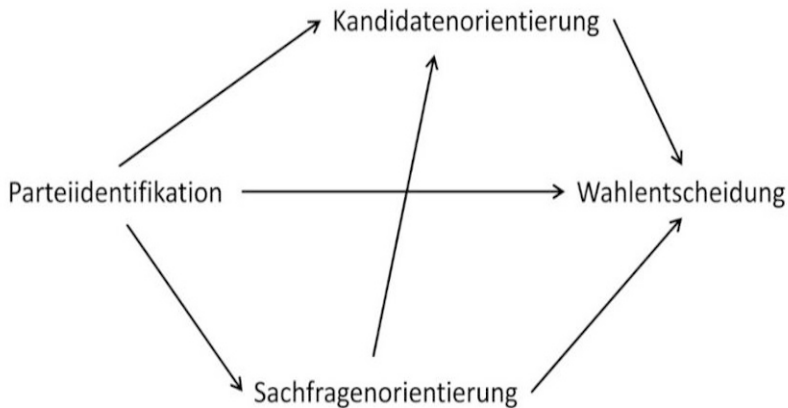
Entlang dieser Forschungsstrategien und methodischen Herangehensweisen soll im folgenden Kapitel die in dieser Studie verwendete Strategie zur Analyse von Wählerheterogenität im Ann-Arbor-Ansatz vorgestellt und in die Diskussion zur Erfassung von Wählerheterogenität eingeordnet werden.

2.4.3. Inhaltliche und methodische Vorüberlegungen zur Erweiterung des Michigan-Modells und Vorgehensweise

In Anlehnung an Basinger und Lavine (2005), die zwischen institutioneller und individueller Heterogenität unterscheiden, lässt sich diese Studie der Analyse individueller Heterogenität zuordnen, da auf der Ebene der Wähler versucht wird, Heterogenität zwischen Teilelektoraten zu identifizieren. In Bezug auf die Unterscheidung von Heterogenität Typ 1 und Typ 2 von Bartle (2005) wird primär Typ 1 untersucht. Dies bedeutet, dass Wählerheterogenität in dieser Studie daran

festgemacht wird, ob sich signifikante Unterschiede in den Strukturbeziehungen des Michigan-Modells zwischen verschiedenen Gruppen ergeben. Hierfür ist es hilfreich, sich den sozialpsychologischen Ansatz mit seinen Strukturbeziehungen, wie in Abbildung 12 dargestellt, noch einmal vor Augen zu führen.

Abbildung 12: Strukturbeziehungen im erweiterten Michigan-Modell



Quelle: eigene Darstellung.

Würden für einzelne Teilelektorate eine oder mehrere Strukturbeziehungen im Modell sogar keinen signifikanten Effekt aufweisen, so würde für diese Gruppe ein entsprechend abgeändertes Erklärungsmodell für die Wahlentscheidung empirisch eher zutreffen. Dies entspräche einem Übergang zu Typ-2-Heterogenität. Wie in Kapitel 2.3.4. dargestellt wurde, wird dabei häufig theoretisch die kausal vorgelagerte Stellung der Parteidentifikation angenommen, ohne aber in den empirischen Analysen die dadurch entstandenen indirekten Effekte auch zu berücksichtigen. Studien, welche diese indirekten Effekte und auch eine Sachfragen-Kandidaten-Kopplung berücksichtigen, finden sich vergleichsweise selten (Kellermann 2008; Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009), zeigen aber die Notwendigkeit einer theorieadäquaten Modellierung des Michigan-Modells, die eine differenziertere Erklärung des Wahlverhaltens erst ermöglicht.

In der hier verfolgten Studie sollen daher auch diese indirekten Effekte in der empirischen Analyse berücksichtigt werden. Weiterhin wird auf die Wahlentscheidung als die zentrale abhängige Variable fokussiert. Zwar eignen sich die Prädiktoren des Michigan-Modells auch zur Erklärung der Wahlbeteiligung (vgl. Kapitel 2.3.). Für eine Analyse dieses Phänomens müssten allerdings noch andere Faktoren wie z.B. die Wahlnorm oder *political efficacy* als entscheidende Erklärungsgrößen berücksichtigt werden (Johann 2009; Westle et al. 2013). Für die Wahlentscheidung hingegen decken die Variablen des Ann-Arbor-Ansatzes bereits die wesentlichen Aspekte ab. Dies zeigt sich in den multivariaten Analysen regelmäßig an extrem hohen statistischen Erklärungsleistungen bei Verwendung der Determinantentrias (Schoen/Weins 2005: 241; Ohr/Quandt 2012).

Bezogen auf das Modellverständnis nach Clarke und Primo (2012), welches dieser Arbeit zugrunde liegt (vgl. Kapitel 1.2.), ergeben sich folgende Ziele für die Analyse: Zum einen soll für das Gesamtelektorat als auch für die zu unterscheidenden Teilelektorate jeweils analysiert werden, wie gut das Modell die Wahlentscheidung statistisch erklärt (prädiktives Ziel). Die Aufdeckung von signifikanten Unterschieden in den Strukturbeziehungen des Michigan-Modells zwischen Teilelektoraten ist hingegen ein neuer Forschungsansatz. Wählerheterogenität im sozialpsychologischen Ansatz empirisch zu Tage zu fördern und damit etwas Neues in einem bewährten Standardmodell zu entdecken, ist folglich ein exploratives Ziel.

Methodisch wird dabei nicht auf Logit-Modelle und Interaktionen gesetzt, sondern auf Strukturgleichungsmodelle, welche es erlauben die indirekten Effekte explizit zu modellieren. Gemeinsam mit multiplen Gruppenvergleichen kann damit Heterogenität im Ann-Arbor-Modell analysiert werden (vgl. Kapitel 3.3.). Ein Vorteil im Vergleich zu den häufig angewendeten Logit-Modellen (vgl. Kapitel 2.3.4.) besteht darin, dass durch Einbezug der indirekten Effekte auch diese auf moderierende Wirkungen der Gruppierungsvariablen hin untersucht werden können.

Bezüglich der Frage, auf welcher Grundlage verschiedene Teilelektorate identifiziert werden, wird in dieser Arbeit – wie bei der Mehrzahl der Studien die Wählerheterogenität untersuchen (vgl. Kapitel 2.4.2.) – auf theoriebasierte Überlegungen gesetzt. Die Alternative der Selbstauskünfte scheidet aus, weil zum einen umstritten ist, inwiefern Selbstauskünfte der Wähler über ihre kognitiven Prozesse verlässliche Angaben darstellen (Nisbett/Wilson 1977; Blumenstiel/Rattinger 2012). Zum anderen finden sich in den deutschen Wahlstudien, die repräsentativ für die Bevölkerung sind, keine entsprechenden Fragen für solche Analysen.

Zur Identifikation der Variablen, die sich eignen, um verschiedene Teilelektorate aufzuspannen, werden im Folgenden drei aus der Wahlforschung stammende Ansätze bzw. Diskussionen betrachtet. Zum ersten handelt es sich um sozialstrukturelle Ansätze, die – neben dem sozialpsychologischen – zu den prominentesten in der Wahlforschung gehören (Kapitel 2.4.4.). Unmittelbar aus der Debatte um den Erwerb und die Stabilität der Parteiidentifikation können durch Überlegungen zur politischen Sozialisation weitere relevante Einflussgrößen identifiziert werden (Kapitel 2.4.5.). Schließlich liefert auch die Diskussion um die kognitive Mobilisierung, primär angestoßen durch Dalton (1984), klare Anhaltspunkte, welchen Variablen im Wahlentscheidungsprozess ebenfalls eine wichtige Rolle zukommen könnte (Kapitel 2.4.6.). Diese Ansätze bzw. Diskussionen werden in den folgenden Kapiteln dahingehend untersucht, welche Variablen dazu geeignet erscheinen, die Beziehungen innerhalb des Ann-Arbor-Ansatzes zu moderieren. Dabei geht es nicht um die möglichen direkten Effekte dieser Variablen auf die Wahlentscheidung, sondern um die Moderationseffekte. Konkreter soll aus diesen Überlegungen auch in Hypothesenform abgeleitet werden, welche Strukturbeziehungen im Michigan-Modell sich wie unterscheiden sollten. Dafür werden in den jeweiligen Kapiteln zuvor kurz die Grundgedanken dieser Ansätze und empirischen Befunde, vorwiegend für Deutschland, dargestellt.

2.4.4. Sozialstrukturelle Ansätze: Grundgedanken, empirische Befunde und Hypothesen bezüglich sozialstruktureller Heterogenität

Sozialstrukturelle Ansätze der Wahlforschung beziehen sich in ihrer Argumentation zum einen auf die klassischen Arbeiten von Lazarsfeld et al. (1948 [1969])

und zum anderen auf den *cleavage*-Ansatz von Lipset und Rokkan (1967: 136). Der Ansatz der Columbia-School um Lazarsfeld kann als mikrosoziologischer Ansatz, die Ausführungen von Lipset und Rokkan über *cleavages* und die Entstehung westeuropäischer Parteiensysteme als makrosoziologisch aufgefasst werden (Schoen 2005: 136). Durch die Kombination der Ansätze lässt sich das Wahlverhalten, zumindest partiell, über sozialstrukturelle Faktoren erklären.

Anders als im sozialpsychologischen Ansatz, bei dem Wahlverhalten über eine affektive Bindung und kurzfristige Einstellungen erklärt werden soll, geht der mikrosoziologische Ansatz davon aus, dass objektive soziale Merkmale eine bedeutende Rolle für die Erklärung von Wahlverhalten haben. Die soziale Position einer Person, so die Annahme, entscheidet darüber, in welchen sozialen Kreisen sich eine Person bewegt (Schoen 2005: 24). Mit dem Bezug auf soziale Kreise wird dabei auf die Theorie sozialer Kreise von Simmel (1890) rekurriert. Für Lazarsfeld definieren vor allem der ökonomische Status, Religion und Wohnort die sozialen Kreise, die Einfluss auf die Wahlentscheidung ausüben (Roth 1998: 24).

Innerhalb dieser sozialen Kreise spielen Interaktionen zwischen den Gruppenmitgliedern und Anpassungsdruck an die jeweils vorherrschende Gruppenmeinung eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang schreiben Lazarsfeld et al. *opinion leaders* maßgeblichen Einfluss zu. Diese zeichnen sich durch ihr höheres politisches Interesse, vielfältige soziale Kontakte sowie aktive Partizipation im Wahlkampf aus. *Opinion leader* versuchen, die anderen Mitglieder der sozialen Gruppe in ihrer Wahlentscheidung zu beeinflussen (Lazarsfeld et al. 1948 [1969]: 49-51). Der Anpassungsdruck, der sich im Laufe eines Wahlkampfes durch ein gesteigertes Maß an Kommunikation erhöht, führt dazu, dass Personen, die sich in sozialen Kreisen bewegen, bei denen sie konträren politischen Einflüssen ausgesetzt sind, also in einem heterogenen Umfeld zu verorten sind, weniger starke Parteipräferenzen ausbilden (Schoen 2005: 140). Ein homogenes Umfeld, in dem Personen in ihren sozialen Kreisen keinen widersprüchlichen politischen Einflüssen ausgesetzt sind, führt hingegen dazu, dass die Wahlentscheidung für diese Personen

anhand der vorherrschenden Gruppenmeinung getroffen wird. Die Forschergruppe um Lazarsfeld erklärt dies wie folgt:

„How may we explain the fact that social groups are politically homogeneous and that the campaign increases this homogeneity still more? There is, first, the fact that people who live together under similar external conditions are likely to develop similar needs and interests. They tend to see the world through the same colored glasses; they tend to apply to common experiences common interpretations. They will approve of a political candidate who has achieved success in their own walk of life; they will approve of programs which are couched in terms taken from their own occupations and adapted to the moral standards of the groups in which they have a common ‚belonging‘.“ (Lazarsfeld et al. 1948 [1969]: 148-149)

Somit sollten Personen in einem homogenen Umfeld stabile Parteipräferenzen und damit auch stabiles Wahlverhalten entwickeln, während Personen in heterogenem Umfeld, die also soziologischen *cross-pressures* ausgesetzt sind, zu den Wechselwählern zählen sollten. Aus dieser Perspektive wird Wahlverhalten weniger als individuelle Entscheidung verstanden, sondern als Gruppenphänomen. Der prognostische Wert dieser Theorie wird allerdings als sehr begrenzt eingeschätzt. So ist in modernen Gesellschaften die Annahme, dass eine nennenswerte Anzahl an Personen ausschließlich in geschlossenen Milieus oder Netzwerken agiert und damit in einem homogenen Umfeld lebt, unrealistisch (Schoen 2005: 144). Der Theorie folgend sollte dies dazu führen, dass Personen kaum stabile Parteipräferenzen ausbilden können. Empirisch findet sich dafür aber keinerlei Evidenz. Im Gegenteil – wie in Kapitel 2.3.1.2. ausführlicher dargestellt – besitzt die Mehrzahl des Elektorats bis in die Gegenwart eine stabile Parteipräferenz in Form der Parteiidentifikation (Schmitt-Beck 2011).

Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass Lazarsfeld et al. den Einfluss von Politik in sozialen Milieus oder Netzwerken überschätzen. In vielen Bereichen – so argumentiert Powell (1976) – sind politische Ansichten für den Beitritt zu einer sozialen Gruppe nicht oder kaum bedeutsam. Ein möglicher Anpassungsdruck an die politische Mehrheitsmeinung und auch die Wahrnehmung von soziologischen *cross-pressures* sollte demnach in den meisten Fällen kaum eine Rolle spielen (Powell 1976: 17).

Ein weiterer bedeutender Kritikpunkt des mikrosoziologischen Ansatzes ist, dass er nicht die parteipolitische Präferenzbildung und Wahlentscheidung für eine bestimmte Partei erklären kann (Schoen 2005: 145). Um diese Lücke zu schließen, sind Argumente aus dem makrosoziologischen Ansatz nach Lipset und Rokkan (1967) notwendig.

Lipset und Rokkan (1967) liefern in ihrem Band *Party Systems and Voter Alignments* eine historische Rekonstruktion zur Entstehung westeuropäischer Parteiensysteme, durch die zumindest indirekt auch individuelles Wahlverhalten erklärt werden kann. Zentral in ihrem Ansatz sind sogenannte *cleavages*. Als *cleavages*²⁹ werden tiefgreifende, institutionalisierte soziale Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft verstanden (Schoen/Zettl 2010: 149). Lipset und Rokkan (1967: 14) identifizieren dabei vier verschiedene *cleavages* in Westeuropa: Konflikte zwischen (1) Zentrum und Peripherie; (2) Staat und Kirche; (3) Stadt und Land sowie (4) zwischen Arbeit und Kapital. Dabei sind die ersten beiden *cleavages* älter, gehen bis ins 16. und 17. Jahrhundert zurück und sind mit der Nationalstaatsbildung in Europa verbunden. Die beiden letztgenannten *cleavages* lassen sich historisch später verorten, zur Zeit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert (Lipset/Rokkan 1967: 47).

Diese Konfliktlinien – so die Argumentation im makrosoziologischen Ansatz – haben zur Herausbildung der westeuropäischen Parteiensysteme geführt. Die aus den *cleavages* heraus entstandenen Interessengruppen haben nämlich den Schulterschluss mit den Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommenden Parteien gesucht. Dabei kam den Partieliten eine zentrale Rolle zu, die gesellschaftlichen Konfliktlinien als politische zu interpretieren und Allianzen mit verschiedenen sozialen Interessengruppen einzugehen. Diese Bündnisse führten dazu, dass die Mitglieder der Interessengruppen im Zuge der Demokratisierung überwiegend für die Parteien stimmten, die ihre Interessen bezüglich der Konfliktlinien vertraten (Det-

²⁹ Für die Diskussion um verschiedene weiterführende Begriffsdefinitionen von *cleavages* sei auf Elff (2006: 45-53) und Niedermayer (2009: 30-35) verwiesen.

terbeck 2011: 40). Da es nur wenige, aber grundsätzliche gesellschaftliche Gegensätze gab, war die Anzahl der Parteien gering. Die Dauerhaftigkeit der Bündnisse zwischen sozialen Gruppen und den Parteien kann dabei als hoch eingeschätzt werden (Roth 1998: 29).

In Deutschland war und ist vor allem die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital sowie Staat und Kirche für das Wahlverhalten relevant. Die Entstehung eines sozialistischen Milieus im Kaiserreich bildet dabei die Kernklientel der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Das katholische Milieu fand in der Zentrums- partei ihre politische Interessenvertretung (Schoen/Zettl 2010: 149). Die Zentrums- partei gilt dabei auch als Keimzelle für die nach dem 2. Weltkrieg gegründete CDU, die sich als christliche Volkspartei verstand und auch die Interessen der Protestanten aufnahm (Detterbeck 2011: 42-43).

Kombiniert mit dem mikrosoziologischen Ansatz ergibt sich nun, dass eine Einbindung in ein homogenes Arbeitermilieu in Deutschland zur Ausbildung von Parteipräferenzen vor allem für die SPD führen sollte. Eine Einbettung in einem homogenen christlich orientierten Milieu sollte hingegen dazu führen, dass Parteipräferenzen zugunsten der Union favorisiert werden. Diese Präferenzen sollten sich letztendlich auch in der Wahl der entsprechenden Parteien niederschlagen. Ein an solchen Gruppen orientiertes Wahlverhalten wird als *class voting* bezeichnet.

Dabei wirkt sich eine solche sozialstrukturelle Verankerung bis in die Gegenwart auf das Wahlverhalten in Deutschland aus. Zwar gingen frühere Studien von einem starken Einflussrückgang sozialstruktureller Bindungen in Folge von Individualisierungsprozessen³⁰ aus, die zur Auflösung von Gruppenbindungen führen und damit auch *class voting* obsolet machen sollten (Beck 1986: 121-160; Schnell/Kohler 1995; Zelle 1995). Neuere Untersuchungen zeigen aber, dass die Trägergruppen dieser sozialstrukturellen Merkmale zwar schrumpfen und damit auch das Kernklientel der SPD und Union. Die verbleibenden Personen jedoch

³⁰ Für eine ausführliche Betrachtung der Facetten von Individualisierung siehe Lukes (2006).

weisen nach wie vor eine bedeutend höhere Wahrscheinlichkeit auf, die entsprechende Partei zu wählen (Arzheimer/Schoen 2007; Debus 2010, 2012; Elff/Roßteutscher 2011; Roßteutscher 2012).

Für das sozioökonomische *cleavage* variieren dabei die empirischen Befunde über die Stärke des Einflusses der Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht auf die SPD-Wahl. Eindeutig ist aber, dass der Anteil der Arbeiter durch Veränderung der Erwerbsstruktur von 50 Prozent in der Gründungsphase der BRD auf gut ein Drittel bis ins Jahr 2000 zurückgegangen ist (Schoen 2005: 159-160). Schoen und Zettl, die Daten von 1949 bis 2009 untersuchen, kommen dabei zu dem Schluss, dass auch die Prägekraft der Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht seit den 1950er-Jahren erheblich nachgelassen hat und heute nur noch einen geringen, aber positiven Einfluss auf die Wahl der SPD ausübt (2010: 155). Ähnlich kommen auch Müller und Klein, die vor allem Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften von 1980 bis 2008 auswerten, zu dem Schluss, dass gerade bei den Alterskohorten, die ab 1939 geboren wurden, sich die Bindungen der Arbeiter an die SPD kontinuierlich abschwächen und somit dieses *cleavage* bei weiteren Wahlen zunehmend an Bedeutung verlieren sollte (2012: 93-95; 106-108).

Einen stabileren Einfluss der Gruppenzugehörigkeit der Arbeiter auf die SPD-Wahl findet hingegen Debus (2010; 2012). Kontrolliert für die Variablen des Michigan-Modells lässt sich bei Betrachtung der Gruppenzugehörigkeit immer noch ein statistischer Zusammenhang auf die Wahlentscheidung erkennen. Im Vergleich zu seiner Referenzwahl 1976 lässt sich dabei kein kontinuierlicher Rückgang dieses Effekts ausmachen (Debus 2012: 56). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Elff und Roßteutscher (2011): Basierend auf ihren Analysen finden sie keinen Rückgang im *class voting* zwischen 1994 und 2009 (Elff/Roßteutscher 2011: 120). Insgesamt legen die Analysen für den sozioökonomischen *cleavage* nahe, dass – mit unterschiedlicher Gewichtung in der Stärke des Einflusses – von der Zugehörigkeit der Arbeiterschicht nach wie vor ein signifikanter Einfluss auf das Wahlverhalten zugunsten der SPD ausgeht.

Für den *cleavage* zwischen Staat und Kirche lässt sich für die religiös orientierte Kernklientel der Union feststellen, dass der Anteil der Kirchenmitglieder in Deutschland im Zeitverlauf deutlich sinkt. Waren in den 1950er-Jahren noch über 90 Prozent der Bevölkerung protestantisch oder katholisch, sind es 2007, vor allem aufgrund der Wiedervereinigung, nur noch 60 Prozent der Bevölkerung. Von den verbleibenden Christen sind dabei ca. die Hälfte jeweils katholisch und protestantisch (Roßteutscher 2012: 115). Hierbei wird die konfessionelle Konfliktlinie durch fortschreitende Säkularisierungsprozesse in Staat und Gesellschaft in eine religiöse transformiert (Elff/Roßteutscher 2011: 109). Diese Transformation, die auch als Ablösungsthese in der Wahlforschung bekannt ist, legt eine solche abgewandelte Konfliktlinie ab den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik nahe, denn:

„Seit diesem Zeitpunkt gilt, dass sich die konfessionellen Lager gemeinsam gegen den zunehmend säkularen Zeitgeist stemmen. Kirchentreue und religiöse aktive Katholiken und Protestanten stehen nun gemeinsam auf einer Seite im Konflikt mit säkularen, areligiösen und kirchlich nicht gebundenen Wählern auf der anderen Seite. Gleichzeitig schrumpft im Zuge anhaltender Säkularisierungsprozesse die religiös gebundene Kernwählerschaft der CDU/CSU.“ (Roßteutscher 2012: 111)

Demnach spielt nicht mehr die Konfession die entscheidende Rolle für das Wahlverhalten, sondern vor allem die praktizierenden Christen, unabhängig ihrer Konfession, bilden die Kernwählerschaft der Union (Arzheimer/Schoen 2007: 105; Elff 2007: 279; Roßteutscher 2007: 325). Aber auch diese Gruppe der Kirchengebundenen schrumpft im Zeitverlauf. So sank der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger, die mindestens einmal im Monat in die Kirche gehen, unter den Katholiken von knapp der Hälfte Anfang der 1980er-Jahre auf etwas mehr als 30 Prozent bis 2008. Bei den Protestanten waren 1980 bereits nur etwa 15 Prozent regelmäßige Kirchgänger. Dieser Wert ist im Zeitverlauf relativ stabil geblieben (Roßteutscher 2012: 116).

Obwohl diese Gruppe der regelmäßigen Kirchgänger damit nur noch eine kleine Minderheit im Elektorat ausmacht, ist die Prägekraft dieses Merkmals für das Wahlverhalten bei den verbliebenen Gruppenmitgliedern immer noch empirisch

nachweisbar und sogar eindeutiger, stabiler und stärker als bei dem sozioökonomischen *cleavage* (Arzheimer/Schoen 2007: 107; Elff 2007: 289). Zwar spielen in diesem Kontext auch die Spitzenkandidaten der Union eine Rolle. So konnte beispielsweise Edmund Stoiber 2002 das katholische Milieu sehr stark mobilisieren, während Merkel 2005 als Protestantin immerhin die Mobilisierungswerte des Katholiken Kohl 1998 erreichte (Roßteutscher 2007: 329). Über mehrere Bundestagswahlen hinweg finden sich aber klare empirische Belege, dass der religiös-säkulare *cleavage* nach wie vor für das Wahlverhalten von Bedeutung ist. Und dies trotz Schwankungen bei einzelnen Wahlen und Verkleinerung des Anteils an praktizierenden Christen im Elektorat (Elff/Roßteutscher 2011: 118-120; Debus 2012: 57).

Die bislang dargestellten Analysen in diesem Kapitel haben aufgezeigt, dass von den Variablen der Schichtzugehörigkeit und des Kirchgangs direkte Effekte auf die Wahlentscheidung ausgehen.³¹ So begünstigt die Zugehörigkeit der Arbeiterschicht die Wahl der SPD, regelmäßige Kirchgänger favorisieren die Union. Diese beiden Variablen, welche die beiden in Deutschland relevanten *cleavages* abdecken, könnten allerdings auch eine moderierende Wirkung auf das Zusammenspiel der Faktoren im Michigan-Modell haben. Der *funnel of causality* liefert hier eine mögliche Argumentation (vgl. Kapitel 2.1.2.). Gemäß diesem organisierenden Modell führen sozialstrukturelle Merkmale zur Herausbildung von Gruppenbindungen. Diese Gruppenbindungen wirken dann wiederum ausschließlich auf die Parteiidentifikation und nicht auf Sachfragen- oder Kandidatenorientierungen (Kellermann 2008: 34). Auch empirisch lässt sich nachweisen, dass die Herausbildung von Parteiidentifikationen von der Zugehörigkeit der entsprechenden *cleavage*-Gruppe begünstigt wird (Powell 1976; Richardson 1991), ohne dass eine solche Gruppenbindung deterministisch zu einer Identifikation führt (Schoen/Weins 2005: 208). Außerdem wurde gezeigt, dass die sozialstrukturellen

³¹ Für die Erklärung der Wahlbeteiligung stellen diese Variablen hingegen eine vernachlässigbare Größe dar, siehe hierzu Kaspar und Falter (2009: 215).

Einflussgrößen dabei eher vermittelt und nicht direkt auf das Wahlverhalten wirken (Caballero 2005: 359).

Für den deutschen Fall und in Bezug auf die relevanten *cleavages* in der Bundesrepublik bedeutet dies, dass die Zugehörigkeit zur Gruppe der Arbeiterschicht auch eine Herausbildung einer entsprechenden Parteiidentifikation zugunsten der SPD befördern sollte. Regelmäßige Kirchgänger sollten hingegen eher eine affektive Bindung zur Union haben. Die Parteiidentifikation wird für diese Gruppen sozusagen sozialstrukturell unterstützt. Diese sozialstrukturelle Unterfütterung der Parteiidentifikation in diesen beiden Gruppen sollte dazu führen, dass die Parteiidentifikation für Arbeiter bzw. regelmäßige Kirchgänger bei ihrer Wahlentscheidung nochmals wichtiger sein sollte als für entsprechende Gruppen, die diesen sozialstrukturellen Hintergrund nicht besitzen. Hypothesenhaft formuliert bedeutet dies:

H1: Regelmäßige Kirchgänger legen bei ihrer Wahlentscheidung für die Union mehr Gewicht auf die Parteiidentifikation als Nicht-Kirchgänger.

H2: Arbeiter legen bei ihrer Wahlentscheidung für die SPD mehr Gewicht auf die Parteiidentifikation als Nicht-Arbeiter.

Die sozialstrukturelle Heterogenität im Michigan-Modell sollte sich also vornehmlich in einem stärkeren direkten Effekt der Parteiidentifikation auf die Wahlentscheidung für die Trägergruppen dieser sozialen Merkmale zeigen.

2.4.5. Politische Sozialisation: Grundgedanken, empirische Befunde und Hypothesen bezüglich sozialisationsbasierter Heterogenität

Der Bereich der politischen Sozialisation, der bezugnehmend auf das Wahlverhalten ist und auf den in dieser Studie fokussiert wird, ist eng verwoben mit dem Konzept und der Herausbildung von Parteiidentifikationen. Die Entstehung solcher affektiven Bindungen wird dabei in der Primärsozialisation, also im Kindes- und Jugendalter gesehen (Campbell et al. 1960: 147-148). Bereits in *The American Voter* wird neben der Herausbildung auch die Verfestigung einer solchen Bin-

dung untersucht, indem das Verhältnis von Alter und Parteiidentifikation empirisch beleuchtet wird. Zwar erwerben einige Personen erst im Erwachsenenalter eine Parteiidentifikation oder wechseln ihre politischen Identitäten, mit steigendem Alter verstärkt sich allerdings die Bindung an eine Partei (Campbell et al. 1960: 161).

Campbell und seine Kollegen sehen hier einen Alterseffekt. Erst mit zunehmendem Alter und Wahlerfahrung kann die Dauer einer Bindung steigen und sich in ihrer Intensität verstärken. Sie belegen dies empirisch, indem sie die Dauer von Parteibindungen konstant halten und dann herausfinden, dass die Jüngeren eine stärkere Parteiidentifikation haben als Ältere. Dies werten sie als Indiz für einen Alterseffekt (Campbell et al. 1960: 163). Auch nachfolgend umfassendere empirische Untersuchungen belegen für die USA, dass es sich dabei um einen Alters-effekt handelt und nicht um einen Kohorteneffekt. Weiterhin ist das Alter unter den demografischen Variablen die Einflussgröße, die mit Abstand am deutlichsten mit der Stärke der Parteiidentifikation korreliert (Converse 1969: 149). Campbell et al. (1960) fassen dies so zusammen:

„Individuals become increasingly identified with their political party the longer they have remained committed to it psychologically. If something causes a shift in party allegiance, the pattern is broken and identification start again at a weak and hesitant level. Since most individuals hew to a single party throughout their lives, strength of party identification increases with age. Strong commitment to a party increases the probability that a person will vote. Therefore, we may presume that one reason why older people are more likely to vote lies in their stronger sense of party allegiance.“ (Campbell et al. 1960: 497)

In einem bedeutenden Beitrag mit dem Titel *Of Time and Partisan Stability* versucht Converse (1969) genauer zu erklären, wie das Alter auf die Herausbildung der Parteiidentifikation wirkt. Sein Modell erlaubt dabei auch die Voraussage über den Anteil und die Stärke der Parteiidentifikation auf Aggregatebene in Demokratien. Dieser Makroaspekt ist von besonderer Bedeutung für Converse, denn er sieht als wichtiges Merkmal für die Stabilität von Demokratien ein entwickeltes Parteiensystem an, das wesentlich von den Bindungen der Wähler an die Parteien geprägt ist (Converse 1969: 142). Ausgangspunkt sind dabei die Überlegungen,

dass vor allem in der familiären Sozialisation Parteibindungen entwickelt und diese sich mit zunehmendem Alter aufgrund der Wahlerfahrung und der Auseinandersetzung mit dem Parteiensystem verfestigen werden. Dabei kommt auch der Wahlerfahrung des Vaters eine wichtige Rolle für die Herausbildung einer Parteiidentifikation und der intergenerationalen Übertragbarkeit dieser Bindung zu. Die Entstehung einer Parteiidentifikation ist dabei im Wesentlichen eine Funktion der individuellen Wahlerfahrung und der Wahlerfahrung der Vorfahren zu den relevanten Sozialisationszeitpunkten (Converse 1969: 148). Mit einer Sekundärdatenanalyse der Daten aus der *Civic-Culture-Studie* (Almond/Verba 1963 [1972]) kann Converse dabei gut den Anteil und Stärke der Parteiidentifikation in den USA, UK, Deutschland, Italien und Mexiko, unter Berücksichtigung der historisch-demokratischen Brüche bei den drei letztgenannten Ländern, erklären. In seinem angepassten Modell ist er so in der Lage ca. 85 Prozent der Varianz für die durchschnittliche Stärke der Parteiidentifikation in den Altersgruppen aufzuklären (Converse 1969: 162).

Für Deutschland haben Norpoth (1978; 1984) sowie Gluchowski (1983) diese Überlegungen von Converse aufgenommen und die Bundesrepublik diesbezüglich genauer untersucht. Norpoth (1978) kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Geburtsjahrgänge von 1915 bis 1929, die ihre Jugendphase während der Zeit der Nationalsozialistischen Diktatur hatten und deren Wahlerfahrung somit verzögert war, die schwächsten Bindungen an Parteien aufweisen. Sowohl die Kohorten, die in der Weimarer Republik sozialisiert worden sind, als auch nach dem 2. Weltkrieg weisen hingegen eine stärkere Parteiidentifikation auf (Norpoth 1978: 52-54). Die Herausbildung einer Parteiidentifikation ist also auch teilweise von einem Kohorteneffekt in Deutschland geprägt, der vor allem für Jahrgänge zutrifft, die während ihrer Primärsozialisation in der NS-Diktatur aufgewachsen sind. Dass auch weniger gravierende Ereignisse in einem demokratischen System die Herausbildung einer Parteiidentifikation für bestimmte Kohorten hemmen, zeigt Norpoth (1984) in einer nachfolgenden Studie. Demnach haben die Kohorten, die zwischen 1949 und 1955 geboren wurden und damit junge Erwachsene in der Zeit der 68er-Protestära waren, weniger Bindungen an Parteien aufgebaut

als die Kohorten davor (Norpoth 1984: 68-69). Gluchowski (1983) kann ebenfalls, auch unter Einbezug der Wahlerfahrung der Väter die Entwicklung der Parteiidentifikation mit und den Bruch in der NS-Zeit rekonstruieren (Gluchowski 1983: 460-462). Neben diesem Kohorteneffekt steigt aber der Anteil der Parteiidentifizierer und die Stärke dieser Bindung im Verlauf des Alters in allen Kohorten klar an (Gluchowski 1983: 456). Die Herausbildung einer Parteiidentifikation in der Primärsozialisation wird also primär über das Alter und die damit gewonnene Wahlerfahrung verstärkt (Ohr/Quandt 2012: 196). Zwar gibt es bestimmte Kohorten, die aufgrund der politischen Umstände geringere Bindungen während ihrer Kindheits- und Jugendphase entwickeln. Diese starten aber lediglich auf einem niedrigeren Niveau und werden überwiegend im Lebensverlauf ebenfalls eine stärkere Parteiidentifikation ausbilden.

Neben dem Zusammenhang zwischen Alter und Parteiidentifikation, wurde auch der zweite zentrale Baustein in Converse (1969) Überlegungen zur Herausbildung und Entwicklung der Parteiidentifikation eingehender untersucht – die intergenerationale Übertragung von Parteiidentifikation.³² So konnten beispielsweise Jennings et al. (2009) für die USA und über drei Generationen hinweg empirisch zeigen, dass die Transmission von Parteibindungen von Eltern an Kinder recht robust ist und besonders eine Adaption der Parteiidentifikation stattfindet, wenn die Familie politisiert ist und beide Elternteile konsistent republikanische oder demokratische Bindungen aufweisen (Jennings et al. 2009: 795). Für Deutschland haben Kroh und Selb (2009) mit Daten des SOEP von 1984 bis 2007 herausgefunden, dass bei einer elterlichen Weitergabe der Parteiidentifikation diese bei den Kindern im Lebensverlauf stabiler ist. Hingegen ist bei Personen, bei denen die Herausbildung einer Parteiidentifikation nicht in der Primärsozialisation stattgefunden hat, im Lebensverlauf eine weniger stabile Bindung festzustellen (Kroh/Selb 2009: 571). Zum Ausmaß der Transmission von Parteibindungen konstatiert Kroh (2012), dass in Deutschland vor allem junge Erwachsene, die aus einem politisierten Elternhaus stammen, in der Gegenwart deutlich weniger häufig

³² Für die Formulierung eines rationalen Modells zur intergenerationalen Übertragung von Parteiidentifikationen siehe Achen (2002).

die elterliche Parteiidentifikation adaptieren als früher. Dies führt dazu, dass das Verhältnis von vererbten und nicht-vererbten Parteibindungen mittlerweile in Deutschland nahezu ausgeglichen ist (Kroh 2012: 223) – wobei sich dabei auch Letztere im Zeitverlauf durch die Auseinandersetzung mit dem Parteiensystem und der Wahlerfahrung verfestigen.

Das Alter, als Proxy für die Wahlerfahrung, spielt also, trotz eines auch auftretenden Kohorteneffekts und der geringer werdenden Übertragung elterlicher Parteiidentifikation in Deutschland die entscheidende Rolle für die Erklärung der Stärke der Parteiidentifikation. Es gilt – auch für die Bundesrepublik – nach wie vor die Beobachtung, die Campbell et al. schon in *The American Voter* über das US-Elektorat gemacht haben:

„As we move through the successive age cohorts we are consequently more and more likely to find people who had a long unbroken experience of party identification. Older people have had more time to accumulate tenure in their party association, even those who in their earlier years moved from one party to the other. As they settle in their ultimate choice and their tenure with it grows, they become increasingly rigidly attached to it and less and less susceptible to cross party pressures.“ (Campbell et al. 1960: 165)

Bezüglich der sozialisationsbasierten Heterogenität im Michigan-Modell ist daher zu erwarten, dass bei älteren Personen der Stellenwert der Parteiidentifikation im Wahlentscheidungsprozess signifikant mehr Gewicht haben sollte als für jüngere Personen. Dies sollte sich zum einen in einem stärkeren direkten Effekt der Parteibindung auf die Wahlentscheidung manifestieren. Wenn im Alter die endgültige Entscheidung über eine Bindung an eine Partei getroffen worden ist – wie im Zitat oben deutlich wird – sollte dies auch zu weniger Anfälligkeit bezüglich widersprüchlicher Eindrücke zwischen den Kurzfristfaktoren und der Parteiidentifikation führen. Dies ist auf zwei Wegen erreichbar: Zum einen könnten die Kurzfristfaktoren für ältere Personen insgesamt weniger Bedeutung haben. Zum anderen könnten, um widersprüchliche Eindrücke zu vermeiden, auch die Färbungseffekte der Parteiidentifikation bei älteren Personen stärker sein.

Damit würden Sachfragen- und Kandidatenorientierungen dann zu einem größeren Teil von der Parteiidentifikation abhängen und zu homogenen Einstellungen

(vgl. Summenhypothese in Kapitel 2.1.2.) im Sinne der Parteiidentifikation führen. Im Einzelnen lassen sich diese Erwartungen wie folgt aufschlüsseln:

H3: Ältere Personen legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf die Parteiidentifikation als jüngere Personen.

H4: Ältere Personen legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf Sachfragenorientierungen als jüngere Personen.

H5: Ältere Personen legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf Kandidatenorientierungen als jüngere Personen.

H6: Bei älteren Personen ist der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf Kandidatenorientierungen höher als bei jüngeren Personen.

H7: Bei älteren Personen ist der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf Sachfragenorientierungen höher als bei jüngeren Personen.

Insgesamt legen die Argumente basierend auf sozialisationstheoretischen Überlegungen zum Erwerb und zur Entwicklung der Parteiidentifikation nahe, dass die ohnehin dominante Stellung der Parteiidentifikation bei älteren Wählergruppen nochmals insgesamt einen deutlich stärkeren totalen Effekt auf die Wahlentscheidung haben sollte als bei jüngeren Personen.

Für den ostdeutschen Teil des Elektorats gestaltet sich die Entwicklung und Herausbildung von Parteiidentifikationen hingegen anders. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2009 – die in dieser Studie als Referenzpunkt für die empirischen Analysen dient – hatte die ostdeutsche Bevölkerung nicht einmal 20 Jahre Wahlerfahrung in einem freien und demokratischen System. Aufgrund der SED-Dominanz in der DDR und des fehlenden Parteienwettbewerbs dort konnten keine echten Parteibindungen aufgebaut werden. Zwar wurden bereits früh nach der Wiedervereinigung bei einem Teil des ostdeutschen Elektorats sogenannte Quasi-Parteibindungen an die westdeutschen Parteien festgestellt (Schmitt 1992; Bluck/Kreikenbom 1993; Kreikenbom 1996) und auch die prinzipielle Verwendung des Konzepts für Ostdeutschland belegt (Rattinger 1994a). Dennoch haben

solche Bindungen eine andere Qualität, da die Sympathien für westdeutsche Parteien in der DDR nur verdeckt und nicht abgesichert von intermediären Strukturen stattfinden konnten (Kreikenbom 1996: 240) und auch keine Wahl dieser Parteien möglich war.

In der Folge führt dies dazu, dass bis zur Bundestagswahl 2009 die mehrfache Bestätigung der eigenen Parteiidentifikation durch die Teilnahme an vorherigen Wahlen für Personen in Ostdeutschland in geringerem Umfang überhaupt möglich war. Zudem steht eine nennenswerte intergenerationale Übertragung der Parteiidentifikation in Ostdeutschland, bei der die Eltern Wahlerfahrungen in der Bundesrepublik gemacht haben, erst am Beginn. Converse spricht für solche Konstellationen nach Systemumbrüchen und der Einführung von freien Wahlen von einer Dauer von 2,5 Generationen bis zu einer vollständigen Angleichung (Converse 1969: 167).

Empirisch ist der Anteil der Parteiidentifizierer in Ostdeutschland außerdem nach wie vor geringer als in Westdeutschland (Kaspar/Falter 2009: 222-223; Schoen 2011: 96). Die Stärke und Dauer der Parteiidentifikation ist für Wähler in den neuen Bundesländern außerdem deutlich geringer ausgeprägt (Falter et al. 2000: 247). Die Region scheint also einen deutlichen Unterschied zu machen. Dies spricht dafür, dass bezogen auf die Heterogenität im Michigan-Modell, die Parteiidentifikation für ostdeutsche eine weniger bedeutsame Rolle für die Wahlentscheidung einnehmen sollte als für westdeutsche Bürger.

Hingegen wird Sachfragen ein größeres Potenzial für die Erklärung des Wahlverhaltens in Ostdeutschland eingeräumt (Fürnberg/Steinbrecher 2013: 154; Blumenstiel 2014: 24). Eine Plausibilisierung für stärker sachfragenorientiertes Wählen in Ostdeutschland ist mit Rückgriff auf die Kontextbedingungen der höheren Arbeitslosigkeit und schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer möglich. Von der Mehrheit der Bevölkerung wird nämlich das wichtigste politische Problem in den Bereichen der Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftspolitik verortet. So haben beispielsweise für die Bundestagswahl 2002 und 2005 bei

Befragungen des Politbarometers meistens jeweils mehr als 75 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem benannt (Kellermann/Rattinger 2007: 371). Zwar haben sich diese Werte für die Bundestagswahl 2009 etwas abgeschwächt, verbleiben aber auf hohem Niveau (Fürnberg/Steinbrecher 2013: 157). In Ostdeutschland wird dieses Problem dabei weitaus stärker als im Westen wahrgenommen und der Regierung hierfür mehr Regelungsbedarf zugesprochen (Kellermann/Rattinger 2007: 381-382). Da Personen in Ostdeutschland das mit Abstand wichtigste politische Problem der Arbeitslosigkeit stärker betrifft und sie auch die regierenden Parteien eher in der Pflicht sehen, dieses Problem zu lösen, könnten ostdeutsche Bürger bei ihrer Wahlentscheidung stärker anhand ökonomischer Gesichtspunkte und damit eher entlang von Sachfragenorientierungen entscheiden.

Insgesamt ergeben sich für die Heterogenität zwischen Ost- und Westdeutschen also die Erwartungen, dass aufgrund der geringeren Wahlerfahrung der Ostdeutschen von einem signifikant schwächeren Effekt der Parteiidentifikation auf die Wahlentscheidung auszugehen ist als für Westdeutsche. Aufgrund der ökonomischen Situation und des zugeschriebenen größeren Regelungsbedarfs in den Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sollten die ostdeutschen Bürger stärker *issue*-orientiert wählen, was sich in einem signifikant höheren direkten Effekt der Sachfragenorientierung auf die Wahlentscheidung bei Personen in den neuen Bundesländern im Vergleich zur westdeutschen Wahlbevölkerung äußern sollte. Folgende Hypothesen lassen sich aus diesen Überlegungen formulieren:

H8: Ostdeutsche legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation als Westdeutsche.

H9: Ostdeutsche legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf Sachfragenorientierungen als Westdeutsche.

Zusammenfassend stellen also Alter und Region die Gruppierungsvariablen dar, zwischen deren Ausprägungen sich sozialisationsbasierte Heterogenität im Michigan-Modell zeigen sollte.

2.4.6. Kognitive Mobilisierung: Grundgedanken, empirische Befunde und Hypothesen bezüglich kognitiv-mobilisierender Heterogenität

Die Theorie kognitiver Mobilisierung, die im Wesentlichen von Russel Dalton formuliert und vorgebracht wird (Dalton 1984; Dalton et al. 1984b; Dalton/Wattenberg 2000), bietet zum einen eine Erklärung für *dealignment* in westlichen Demokratien (vgl. Kapitel 2.3.1.2.). Zum anderen lassen sich aber auch Aussagen über einen Bedeutungswandel der Einflussgrößen des Ann-Arbor-Modells sowie potenzieller Gruppierungsvariablen, welche die Strukturbeziehungen des sozial-psychologischen Ansatzes moderieren könnten, ableiten. Im Falle von Daltons Analysen werden Gruppen mit unterschiedlichem Grad an formaler Bildung und politischem Interesse verwendet. Zum politischen Interesse finden sich wiederum bereits im Klassiker *The American Voter* erste Überlegungen für die unterschiedliche Gewichtung der wahlentscheidenden Faktoren für verschiedenartig involvierte Gruppen:

„If someone has little perception of the candidates, of the record of the parties, of public issues or questions of group interest, his attitudes toward these things may play a less important intervening role between party identification and the vote. Presumably, among people of relatively impoverished attitude who yet have a sense of partisan loyalty, party identification has a more direct influence on behavior than it has among people with a well-elaborated view of what their choice concerns. Like the automobile buyer who knows nothing of cars except that he prefers a given make, the voter who knows simply that he is a Republican or Democrat responds directly to his stable allegiance without the mediating influence of perceptions he has formed of the objects he must choose between.“
(Campbell et al. 1960: 136)

Demnach sollten politisch wenig involvierte Personen sich stärker auf die Partei-identifikation bei ihrer Wahlentscheidung verlassen. Empirisch zeigen außerdem bereits die Analysen von Miller et al. (1976) für die US-Präsidentschaftswahl von 1972, dass höher gebildete Personen eher sachfragenorientierter wählen (Miller et al. 1976: 770). Die Theorie der kognitiven Mobilisierung bietet nun eine Erklärung für dieses stärkere *issue-voting*. Die Argumentation der Anhänger der Theorie kognitiver Mobilisierung besagt nämlich, dass durch einen sozialen und Wertewandel (Inglehart 1977) in westlichen Demokratien, dies auch die Form der politischen Partizipation und Auseinandersetzung mit Politik beeinflusst. Laut

Dalton sind insbesondere die Bildungsexpansion und die Ausbreitung der Massenmedien, welche die politischen Informationskosten dramatisch verringert haben der Grund, warum es eine Zunahme an kognitiv hoch mobilisierten Personen gibt (Dalton 1984: 265). Kognitiv hoch mobilisierte Personen zeichnen sich demnach durch (1) eine hohe Bildung aus, die sie in die Lage versetzen sollte, politische Sachverhalte zu verstehen und (2) ein hohes Interesse an Politik und dadurch auch die Bereitschaft, sich (3) in den Massenmedien über das politische Geschehen zu informieren (Ohr et al. 2005: 435-436).

In den empirischen Analysen, bei denen Dalton für die kognitive Mobilisierung einen additiven Index aus Bildung und politischem Interesse verwendet, spielt dabei das Informations- und Mediennutzungsverhalten allerdings keine Rolle mehr (Dalton 1984: 267). In diesem Zusammenhang kritisiert Schulz (2012: 419), dass das Mediennutzungsverhalten als zentrale Facette der kognitiven Mobilisierung als gegeben vorausgesetzt wird, ohne die tatsächlichen Nutzungsgewohnheiten adäquat in den Analysen zu berücksichtigen. Zur Verteidigung Daltons kann in dieser Diskussion wenigstens angeführt werden, dass die Variablen politisches Interesse und Bildungsgrad standardmäßig in sozialwissenschaftlichen Umfragen erhoben werden. Sie eignen sich damit besonders gut, um international vergleichend und longitudinal die Entwicklung der kognitiven Mobilisierung nachzuzeichnen, wie es Daltons Anspruch ist. Geeignete Indikatoren für die politische Mediennutzung in dieser räumlichen wie zeitlichen Reichweite zu finden, gestaltet sich demgegenüber schwierig.

Der von Dalton aus Bildung und politischem Interesse konstruierte additive Mobilisierungsindex wird zusammen mit der Stärke der Parteiidentifikation genutzt, um eine Mobilisierungstypologie mit vier Typen aufzuspannen (Dalton 1984: 270): (1) kognitive Parteianhänger, die kognitiv hoch mobilisiert sind und eine starke Parteiidentifikation besitzen; (2) rituelle Parteianhänger, also Personen mit niedriger Bildung und politischem Interesse, die über eine starke Parteibindung verfügen; (3) Apolitische, mit geringem Bildungsgrad und politischem Interesse und ohne oder nur einer schwachen Parteibindung sowie (4) neue Unabhängige,

sog. *apartisans*, welche kognitiv hoch mobilisiert sind und über keine oder nur eine schwache Parteiidentifikation verfügen (Dalton 2007: 277).

In den Beiträgen von Dalton spielt die letzte Gruppe der *apartisans* eine herausragende Rolle für die Erklärung von Trends im Wahlverhalten, die Dalton für die USA (Dalton 1984, 2007, 2013) und die Bundesrepublik (Dalton/Bürklin 2003; Dalton 2012, 2014) untersucht. Diese Gruppe ist dabei im Zeitverlauf größer geworden. So ist der Anteil der *apartisans* beispielsweise in Deutschland von knapp 4 Prozent 1976 auf 13 Prozent in West- respektive 16,1 Prozent in Ostdeutschland im Jahr 2009 angestiegen (Dalton 2012: 39), wobei in jüngeren Alterskohorten die *apartisans* häufiger zu finden sind als in älteren (Dalton 2012: 41).

In der Argumentation von Dalton sind es die *apartisans*, welche das Elektorat nachhaltig verändern werden. Sie sind diejenigen, die nicht mehr auf die Parteiidentifikation oder andere Orientierungsangebote von Parteien als *information shortcut* für ihre Wahlentscheidung angewiesen sind. *Apertisans* besitzen die kognitiven Fähigkeiten und das Interesse an Politik, um sich im ausdifferenzierten Angebot der Massenmedien zu informieren und ihre Wahlentscheidung primär anhand von Sachfragen und nicht anhand affektiver Bindungen zu treffen. Im Folgenden wird dies als Mobilisierungsthese bezeichnet.³³ Positiv gewendet ist damit der Rückgang von Parteibindungen in westlichen Elektoraten, also *dealignment* (vgl. Kapitel 2.3.1.2.), kein Anzeichen für eine häufigere Abwendung von der Politik, sondern dem Aufstieg der *apartisans* zuzuschreiben, die ihre Wahlentscheidung später treffen als *partisans* und eher zu Stimmensplitting und Wechselwahl neigen (Dalton/Bürklin 2003; Dalton 2012: 42-44) und somit für die höhere Volatilität im Wahlverhalten verantwortlich sind. Insgesamt, so Dalton folgend, verändere sich das Wahlverhalten von einer Orientierung an *strong ties* hin zu einem Bedeutungszuwachs von *weak ties* (Dalton/Bürklin 2003: 72), was im sozialpsychologischen Ansatz eine Schwächung der Parteiidentifikation und eine Aufwertung der Kurzfristfaktoren, insbesondere der Sachfragenorientierungen, bedeuten sollte.

³³ Ohr et al. (2005) verwenden in diesem Zusammenhang den Begriff Substitutionshypothese.

Zentrale Kritik an der Theorie kognitiver Mobilisierung bezieht sich dabei auf die Beziehung zwischen Parteiidentifikation, politischem Interesse und Bildungsgrad. Zum einen werden diese Variablen zur Bildung der Mobilisierungstypologie herangezogen, zum anderen soll aber auch vor allem die Bildungsexpansion und damit wiederum der Bildungsgrad Determinante für die Erklärung der Nicht-Herausbildung einer Parteiidentifikation sein. In der Mobilisierungsthese ist damit nicht nur angelegt, dass *apartisans* der Parteiidentifikation weniger Bedeutung für ihre Wahlentscheidung beimessen, sondern es wird auch von einem negativen Zusammenhang von politischem Interesse und Bildung auf die Parteiidentifikation ausgegangen. Das bedeutet, dass mit höherem politischen Interesse und Bildung auch die Wahrscheinlichkeit, eine Parteibindung zu besitzen, geringer sein sollte oder falls diese existiert, sollte sie zumindest nur schwach ausgeprägt sein. An diesem negativen Zusammenhang gibt es allerdings erhebliche Zweifel: Eine ganze Reihe an empirischen Studien, sowohl für Deutschland (Arzheimer/Schoen 2005; Arzheimer 2006; Ohr et al. 2009; Dassonneville et al. 2012) als auch im internationalen Vergleich (Berglund et al. 2005; Albright 2009), finden für diesen Zusammenhang keine empirische Evidenz.

In Deutschland kann beispielsweise Arzheimer (2006) auf der Mikroebene bei der Analyse von Politbarometerumfragen zwischen 1977 bis 2002 zum Beginn des Untersuchungszeitraumes einen nicht signifikanten Zusammenhang zwischen Bildung und Parteiidentifikation und sogar einen positiven Zusammenhang der beiden Variablen gegen Ende des Untersuchungszeitraumes nachweisen (Arzheimer 2006: 799). Zu ähnlichen Befunden gelangen auch Dassonneville et al. (2012) mit der Analyse von SOEP-Daten: Diejenigen mit hoher Bildung und politischem Interesse haben 2009 eine größere Wahrscheinlichkeit eine Parteibindung zu besitzen als 1992 (Dassonneville et al. 2012: 223). Für politisches Interesse zeigen Arzheimer und Schoen (2005) zudem mit SOEP-Daten, dass unter den politisch Interessierteren die Parteiidentifikation sogar noch etwas stabiler ist als bei Personen, die sich weniger für Politik interessieren (Arzheimer/Schoen 2005). Ohr et al. (2009) zeigen darüber hinaus, dass vor allem zwischen politischem Interesse und Parteibindung ein positiver Zusammenhang besteht und die

Wahrscheinlichkeit eine Parteibindung zu besitzen mit steigendem politischen Interesse wahrscheinlicher wird. Dies gilt sowohl bei niedriger als auch hoher formaler Bildung (Ohr et al. 2009: 553). Dieser Befund spricht auch klar dafür, nicht von einer additiven Wirkung von Bildung und politischem Interesse auszugehen, wie sie Dalton annimmt, wenn er seinen additiven Index der kognitiven Mobilisierung bildet. Vielmehr sollten Bildung und politisches Interesse als zwei unterschiedliche Determinanten mit verschiedenen Wirkungsmöglichkeiten angesehen und getrennt in die empirischen Analysen eingeführt werden, so, wie dies die eben beschriebenen Studien umsetzen. Die Befunde für Deutschland auf der Mikroebene sprechen daher eher gegen einen negativen Zusammenhang von Parteibindung und politischem Interesse, respektive Bildung. Vielmehr scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein. Vor allem politisches Interesse wirkt sich positiv auf die Chance aus, eine Parteiidentifikation zu besitzen.

Auch international vergleichende Analysen finden wenig empirische Unterstützung für die Mobilisierungsthese. Berglund et al. (2005) untersuchen beispielsweise die Entwicklung der Parteiidentifikation in longitudinaler Perspektive für Deutschland, Schweden, UK, Niederlande und Dänemark. Konträr zur Mobilisierungsthese finden sie heraus, dass vor allem jüngere, gut gebildete Personen eher eine Parteiidentifikation entwickeln als Leute mit geringerer formaler Bildung (Berglund et al. 2005: 115). Insgesamt erklärt aber die Polarisierung des Parteiensystems stärker die Herausbildung von Parteiidentifikationen: Je stärker polarisiert das Parteiensystem ist, umso mehr Parteibindungen existieren (Berglund et al. 2005: 120). Eine von Albright vorgelegte Re-Analyse der Daten von Dalton, findet auf der Mikroebene ebenfalls für die USA keine empirische Evidenz für die Mobilisierungsthese. Kognitive Mobilisierung führt sogar konträr eher zur Herausbildung von Parteibindungen und dieser Trend habe sich über die Zeit nochmals verstärkt (Albright 2009: 256).

Die unterschiedlichen Befunde zwischen Dalton und den anderen Autoren lassen sich auf unterschiedliche Analysestrategien zurückführen. Dalton verwendet dabei seinen additiven Index der kognitiven Mobilisierung, um darauf aufbauend seine Mobilisierungstypologie zu entwerfen. Die – weiter oben ausgeführten –

vier Typen werden dann als unterschiedliche Gruppen in den Analysen verwendet, um zu zeigen, dass der Anteil der *apartisans* im Zeitverlauf angestiegen ist und diese Gruppe sich bezüglich ihrer Wahlentscheidung anders verhält. Allerdings wird der in der Mobilisierungsthese postulierte kausale Zusammenhang, dass kognitive Mobilisierung zur Nicht-Herausbildung von Parteiidentifikation führt, nicht auf der Mikroebene von Dalton überprüft, sondern nur mit den Veränderungen der Gruppengröße der einzelnen Typen argumentiert. Oder anders ausgedrückt: Die Analysen von Dalton bewegen sich hier auf der Aggregatebene für die verschiedenen Typen, allerdings finden sich nirgends Regressionsanalysen oder ähnliche Verfahren, die den Zusammenhang auf der Mikroebene überprüfen, ob kognitive Mobilisierung zur Erosion von Parteibindungen führt (Albright 2009: 251).³⁴ Die hier berichteten Studien, welche dies auf der Mikroebene überprüfen, gelangen eher zu einem positiven Zusammenhang zwischen Parteibindungen und den Facetten der kognitiven Mobilisierung und geben somit – trotz gleichzeitigen Anstiegs kognitiver Mobilisierung und zurückgehenden Parteibindungen im Aggregat – empirische Evidenz, dass Parteibindungen vielmehr wegen höherem politischen Interesse und Bildung erst entstehen könnten.

Da die empirische Evidenz auf der Mikroebene im Konflikt zur Mobilisierungsthese steht, ist die Frage, wie der positive Zusammenhang zwischen politischem Interesse, Bildung und Parteibindung inhaltlich gedeutet werden kann. Ohr et al. (2005) haben in Anlehnung an die *People's-Choice*-Studie von Lazarsfeld et al. (1948 [1969]) daher eine Art Involvierungsthese formuliert:

„Es ist durchaus vorstellbar, dass gerade politisch involvierten Wahlberechtigten das politische Geschehen in seiner Komplexität bewusst ist. Mehr Informationen bedeuten oft auch mehr Abwägungsbedarf und möglicherweise mehr Aufmerksamkeit für Widersprüche und Zielkonflikte. Mit steigender kognitiver Mobilisierung könnte es also erforderlich werden, die wahrgenommene Komplexität zu mindern oder beherrschbar zu halten. Die Bindung an eine Partei könnte eine Möglichkeit darstellen, dies zu erreichen.“
(Ohr et al. 2005: 441 - 442)

³⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch die Debatte zwischen Dassonneville et al. (2014) und Dalton (2014) zur Interpretation von *dealignment* in Deutschland aufgrund von unterschiedlichen Analysestrategien.

Bei Anlegen der Involvierungsthese und den oben berichteten empirischen Befunden, wäre das *dealignment* in westlichen Demokratien anders zu deuten als bei Dalton. Er geht davon aus, dass politisches Interesse und hohe Bildung für eine Art aufgeklärtes Elektorat sorgen, welches nicht mehr auf Parteibindungen angewiesen ist, um seine Wahlentscheidung zu treffen. Der Rückgang von Parteibindungen ist damit keine Abkopplung der Bürger von der Politik, sondern nur eine gewisse Distanz und Unabhängigkeit zu den Parteien. Die durch empirische Befunde aber besser abgesicherte Involvierungsthese legt nahe, dass gerade kognitiv Mobilisierte eine Parteibindung entwickeln. Der Rückgang der Parteibindungen ist demnach vor allem bei Personen zu finden, die über wenig Interesse an Politik und kognitive Ressourcen verfügen. Diese Gruppe erscheint wiederum ohne die Komplexitätsreduktion einer Parteibindung eher dafür anfällig, sich von der Politik insgesamt abzuwenden.

In Bezug auf Wählerheterogenität im Michigan-Modell lassen sich auf Grundlage der Mobilisierungsthese unterschiedliche Hypothesen formulieren. Die Mobilisierungsthese legt eine Abschwächung der Parteibindung für die Wahlentscheidung bei gleichzeitigem Bedeutungsgewinn der Sachfragenorientierungen für die Gruppe der kognitiv hoch Mobilisierten nahe. Getrennt für die beiden Facetten der kognitiven Mobilisierung – Bildung und politisches Interesse – lassen sich daher folgende Hypothesen formulieren:

H10: Personen mit hoher Bildung legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation als Personen mit niedrigerer Bildung.

H11: Personen mit hoher Bildung legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf Sachfragenorientierungen als Personen mit niedrigerer Bildung.

H12: Personen mit hohem politischen Interesse legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation als Personen mit niedrigerem Interesse an Politik.

H13: Personen mit hohem politischen Interesse legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf Sachfragenorientierungen als Personen mit niedrigerem Interesse an Politik.

Auf Basis der Involvierungsthese lassen sich dabei zumindest für die Parteiidentifikation konträr liegende Erwartungen vermuten. Begünstigt Bildung und politisches Interesse die Entwicklung und Stärke einer Parteibindung, so könnte diese dann auch für die Wahlentscheidung eine größere Rolle spielen. Wird bei Hypothese 10 und 12 für kognitiv Mobilisierte anstelle einer geringeren eine höhere Bedeutung der Parteiidentifikation für die Wahlentscheidung empirisch vorgefunden, wäre dies eine Unterstützung für die Involvierungsthese. An dieser Stelle sei angemerkt, dass in der Debatte um die kognitive Mobilisierung in dieser Studie nur ein Teilaspekt zur Analyse von Wählerheterogenität herangezogen wird. So soll der Wahlentscheidungsprozess, wie er im Michigan-Modell abgebildet wird, für unterschiedlich kognitiv mobilisierte Gruppen untersucht und mögliche Unterschiede aufgedeckt werden. Der Zusammenhang zwischen Bildung, politischem Interesse und Parteiidentifikation in einer longitudinalen Perspektive nachzuzeichnen, ist hingegen nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

2.5. Zusammenfassung, Hypothesenübersicht und Analyseperspektive

Das Michigan-Modell mit seiner Determinantentrias aus Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen beinhaltet die wichtigsten Einflussgrößen zur Erklärung der Wahlentscheidung und eignet sich um Wahlverhalten wahlspezifisch oder in einer longitudinalen Perspektive zu untersuchen. Der Ansatz ist anschlussfähig an die Debatten um ein *dealignment* in westlichen Demokratien, der Personalisierungsthese des Wahlverhaltens und der Bedeutung von *issue voting*. Trotz mannigfaltigen Verbesserungsvorschlägen des rezipierten Modells aus *The American Voter* (vgl. Kapitel 2.2.), wird in den USA wie in Deutschland auf ein jeweils mittlerweile bewährtes Messinstrument (vgl. Kapitel 2.3.1.1.) zur Erfassung der Parteiidentifikation als dominierenden Faktor im Ann Arbor-Modell gesetzt. Auch die orthodoxe Sichtweise – wie sie bereits in *The American Voter* dargelegt wird –, dass Parteiidentifikation eine langfristig affektive Bindung an eine Partei ist, die relativ stabil ist und die Kurzfristfaktoren der Kandidaten- und Sachfragenorientierungen beeinflusst, wurde sowohl für

Deutschland als auch für die USA empirisch überwiegend bestätigt (vgl. Kapitel 2.2.3., 2.3.1.2. und 2.3.1.3.).

Um den Forschungsstand für Deutschland systematisch aufzuarbeiten, wurden in Kapitel 2.3. jeweils die einzelnen Einflussgrößen des sozialpsychologischen Ansatzes zunächst getrennt betrachtet. Erkenntnisleitend waren dabei die Fragen, welche theoretischen Überlegungen und Debatten hinter diesen Konzepten stecken, wie diese operationalisiert werden, welche Konsequenzen dies für eine Analyse des Wahlverhaltens mit sich bringt und welche empirischen Befunde sich in der BRD zeigen.

Bezüglich der Parteiidentifikation hat sich dabei nach einigen erfolglosen Versuchen ein Standardindikator in Form der Neigungsfrage zur Erfassung dieser Bindung in Deutschland etabliert, der erstmals zur Bundestagswahl 1972 erhoben und später mehrfach erfolgreich validiert wurde (Berger 1973; Falter et al. 2000; Ohr/Quandt 2012). Dieser wird als funktionales Äquivalent zum US-Indikator betrachtet, gleichwohl die Identitätskomponente bei der Frageformulierung in Deutschland weniger stark akzentuiert wird (vgl. Kapitel 2.3.1.1. und 2.3.1.4.). Aus pragmatischen Gründen, vor allem, um Vergleiche über die Zeit zu ermöglichen, wird dieser Indikator seit 1972 erhoben. Dabei zeigt sich eine Abnahme der Parteibindungen in Deutschland seit den 1960er-Jahren auf moderatem Niveau. Nach wie vor ist allerdings in den empirischen Analysen die Parteiidentifikation der Prädiktor der regelmäßig den deutlich stärksten Effekt auf die Wahlentscheidung ausübt (vgl. Kapitel 2.3.1.3.).

Kandidatenorientierungen erlebten im Zuge der Medialisierung vermehrt Aufmerksamkeit in der empirischen Wahlforschung. Vor allem die in einer longitudinalen Perspektive nachgewiesene Expansion der Massenmedien und dabei insbesondere die Dominanz des Fernsehens, haben zu einer Debatte geführt, wie sich politische Parteien in ihren Wahlkämpfen auf diese Veränderung einstellen (Schulz et al. 2000: 413-416). Die Personalisierungsthese in der Wahlforschung in einer weiten Lesart schreibt dabei den Spitzenkandidaten als Folge einer Per-

sonalisierung der Medienberichterstattung, einer Personalisierung der Wahlkampfführung seitens der Parteien sowie einer zunehmenden Präsidentialisierung des politischen Systems einen größeren Einfluss zu, der sich letztendlich auch in einem stärkeren Einfluss der Kandidatenorientierungen auf die Wahlentscheidung niederschlagen sollte. Die enge Personalisierungsthese sieht gar nur einen Bedeutungsgewinn der unpolitischen Merkmale der Kandidaten für die Wahlentscheidung der Bürger (vgl. Kapitel 2.3.2.2.). Um in dieser Debatte zu differenzierten empirischen Erkenntnissen zu gelangen, ist es notwendig, sich von der Fokussierung auf das Gesamturteil des Kandidaten, operationalisiert meist über die Kanzlerpräferenz, zu lösen und auch die einzelnen politischen wie unpolitischen Eigenschaften der Spitzenkandidaten in den Blick zu nehmen (vgl. Kapitel 2.3.2.1.). Empirische Analysen zeigen dabei ambivalente Ergebnisse für die Personalisierungsthese in weiter und enger Form, jeweils abhängig von der Datengrundlage, Analysestrategie und Auswahl der Indikatoren, die zumindest einer schlichten Zustimmung der These, dass Kandidaten und deren Eigenschaften für die Wahlentscheidung der Bürger per se wichtiger werden, widerspricht (vgl. Kapitel 2.3.2.3.). Vielmehr erscheint die Wirkung von Kandidateneffekten wahl-spezifisch und von den jeweiligen Kandidaten abhängig und befindet sich in der Stärke auf einem meist ähnlichen Niveau wie Sachfragenorientierungen.

Bei Sachfragenorientierungen lässt sich schließlich zwischen Valenz- und Positionssissues unterscheiden (Stokes 1963; Kunz/Thaidigsmann 2005; Fürnberg/Steinbrecher 2013). Während letztere vor allem genutzt werden, um räumliche Modelle des Parteienwettbewerbs aufzuspannen und diese in Bezug zur Wählerschaft zu setzen (Pappi/Brandenburg 2012), basieren Indikatoren auf Grundlage von Valenzissues auf Kompetenzzuschreibungen. Dabei wird gefragt, ob die Parteien in der Lage sind, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen. Diese Kompetenzzuschreibungen bilden die Sachfragenorientierungen im Michigan-Modell ab, während Positionssissues vor allem in *rational-choice*-Modellen verwendet werden (vgl. Kapitel 2.3.3.1. und 2.3.3.2.). In der Regel erklärt dabei eine vom Wähler als positiv eingeschätzte Problemlösungskompetenz das Wahlverhalten deutlich stärker als dies eine Kongruenz von Positionssissues bei Wählern

und Parteien vermag (Rudi 2011). Die Bewertung der Problemlösungskompetenz erfordert zudem geringere kognitive Fähigkeiten der Befragten. Während bei Positionsissues die Wähler alle Parteien zumindest bezüglich der wichtigsten Sachfragen näherungsweise korrekt verorten müssen, genügt es bei den im Michigan-Modell benutzten Kompetenzzuschreibungen lediglich anzugeben, welche Partei man für die Lösung der dringendsten politischen Probleme am geeignetsten findet. Im Entscheidungsprozess des Wählers sollten diese Einschätzungen, welche politischen Probleme es zu lösen gibt, dann auch ein Kriterium sein, vor dessen Hintergrund die Spitzenkandidaten der Parteien bewertet werden (vgl. Kapitel 2.3.3.3.). Der Effekt der Sachfragenorientierungen auf die Wahlentscheidung ist dabei ebenfalls wahlspezifisch und je nach Konstellation leicht stärker oder schwächer als der Einfluss von Kandidatenorientierungen (vgl. Kapitel 2.3.3.4.).

Bei Analysen auf Grundlage des Ann-Arbor-Ansatzes zeigt sich dabei eine für politikwissenschaftliche Verhältnisse überaus hohe Erklärungsleistung der Wahlentscheidung, wenn die Michigan-Variablen verwendet werden. Teilweise werden bei logistischen Regressionen Pseudo- R^2 -Werte von 0,5 bis 0,7 erreicht, wobei ein Großteil dieser Erklärungsleistung der Parteiidentifikation zu verdanken ist (Blumenstiel/Rattinger 2011: 244). Dabei wird von den meisten Autoren, die das Modell anwenden, das orthodoxe Verständnis geteilt, wonach die Parteiidentifikation den Kurzfristfaktoren kausal vorgelagert ist und diese auch beeinflusst (Färbungseffekte). Allerdings besteht hier eine Diskrepanz zwischen der Theorie und Empirie. In den empirischen Analysen werden durch die Verwendung von logistischen Regressionen, die sehr häufig zur Analyse eingesetzt werden, diese Färbungseffekte meist komplett ignoriert (vgl. Kapitel 2.3.4.). Die wenigen Studien, welche versuchen alle theoretisch postulierten Strukturbeziehungen im Modell abzubilden und dabei Pfadmodelle verwenden (Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008; Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009), erlauben im Vergleich dazu eine differenziertere Erklärung, sind allerdings mit methodischen Problemen behaftet (vgl. Kapitel 2.3.4.).

Dem prädiktiven Erkenntnisinteresse, das diesen Analysen innewohnt und sich darauf bezieht, die Erklärungsleistung für die Wahlentscheidung zu maximieren,

soll in dieser Studie ein exploratives Erkenntnisinteresse zusätzlich zur Seite gestellt werden (Clarke/Primo 2012). Mit dem Michigan-Modell lässt sich die Wahlentscheidung statistisch sehr gut für das Gesamtelektorat erklären. In dieser Studie soll dabei der sozialpsychologische Ansatz mit Strukturgleichungsmodellen für kategoriale Variablen analysiert werden. Dies bietet den Vorteil, alle theoretisch postulierten Strukturbeziehungen im Michigan-Modell zu berücksichtigen (vgl. Abbildung 12). Im Kapitel 2.4.1. wurde argumentiert, dass solche Modelle in modernen, heterogenen Gesellschaften immer noch unterkomplex sind, da sie das Elektorat als homogen betrachten. Heterogenität zu erlauben, bedeutet in dieser Studie, dass verschiedene Teilelektorate diese Strukturbeziehungen im Michigan-Modell unterschiedlich stark gewichten können. Als Vermutung sind diese Gedanken dabei bereits in den klassischen Wahlstudien wie *The People's Choice*, *Voting* oder *The American Voter* zumindest angelegt (vgl. Kapitel 2.4.1. sowie die beginnenden Ausführungen in den Kapiteln 2.4.5. und 2.4.6.). Dem Ziel dieser Studie, alle Strukturbeziehungen des Ann-Arbor-Modells adäquat zu berücksichtigen und anschließend Wählerheterogenität im Modell zu erlauben und empirisch zu Tage zu fördern, gehen theoretische Überlegungen voraus. Diese beziehen sich darauf, mit welchen Variablen die einzelnen Teilelektorate aufgespannt werden und in welchen konkreten Strukturbeziehungen sich Unterschiede und damit Typ-1-Wählerheterogenität ergeben sollten (Bartle 2005). In den wenigen Studien zur Analyse von Wählerheterogenität ist ein solches theorieorientiertes Vorgehen zur Unterscheidung von Teilelektoraten am weitesten verbreitet (vgl. Kapitel 2.4.2.). Als theoretische Ausgangspunkte, welchen Variablen eine moderierende Rolle im Michigan-Modell zukommen könnte, wurde auf sozialstrukturelle Ansätze, Überlegungen zur politischen Sozialisation und der Theorie kognitiver Mobilisierung zurückgegriffen (vgl. Kapitel 2.4.4. bis 2.4.6.). Auf Grundlage dieser theoretischen Überlegungen wurden die folgenden Hypothesen bezüglich der Wählerheterogenität im sozialpsychologischen Ansatz formuliert:

- H1: Regelmäßige Kirchgänger legen bei ihrer Wahlentscheidung für die Union mehr Gewicht auf die Parteiidentifikation als Nicht-Kirchgänger.*
- H2: Arbeiter legen bei ihrer Wahlentscheidung für die SPD mehr Gewicht auf die Parteiidentifikation als Nicht-Arbeiter.*
- H3: Ältere Personen legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf die Parteiidentifikation als jüngere Personen.*
- H4: Ältere Personen legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf Sachfragenorientierungen als jüngere Personen.*
- H5: Ältere Personen legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf Kandidatenorientierungen als jüngere Personen.*
- H6: Bei älteren Personen ist der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf Kandidatenorientierungen höher als bei jüngeren Personen.*
- H7: Bei älteren Personen ist der Färbungseffekt der Parteiidentifikation auf Sachfragenorientierungen höher als bei jüngeren Personen.*
- H8: Ostdeutsche legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation als Westdeutsche.*
- H9: Ostdeutsche legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf Sachfragenorientierungen als Westdeutsche.*
- H10: Personen mit hoher Bildung legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation als Personen mit niedrigerer Bildung.*
- H11: Personen mit hoher Bildung legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf Sachfragenorientierungen als Personen mit niedrigerer Bildung.*
- H12: Personen mit hohem politischen Interesse legen bei ihrer Wahlentscheidung weniger Gewicht auf die Parteiidentifikation als Personen mit niedrigerem Interesse an Politik.*
- H13: Personen mit hohem politischen Interesse legen bei ihrer Wahlentscheidung mehr Gewicht auf Sachfragenorientierungen als Personen mit niedrigerem Interesse an Politik.*

In den Formulierungen der Hypothesen bedeutet dabei „mehr oder weniger Gewicht“³⁵, dass die Koeffizienten, welche die entsprechenden Strukturbeziehungen repräsentieren, in den entsprechenden Vergleichsgruppen signifikant höher bzw. niedriger sein sollten. Dabei ist die Auswahl der Gruppierungsvariablen in zweifacher Hinsicht nicht erschöpfend: Zum einen wären auch andere theoretische Zugänge, die beispielsweise Persönlichkeitseigenschaften (Schoen/Schumann 2007) oder Wertorientierungen (Elff 2005; Klein 2005b) der Bürger in den Blick nehmen, Ansatzpunkte für eine mögliche Heterogenität im Wahlverhalten. Zum zweiten könnten sich aus den entsprechend ausgewählten theoretischen Ansätzen – beim sozialstrukturellen Ansatz handelt es sich um einen Klassiker der Wahlforschung und bei der politischen Sozialisation und kognitiven Mobilisierung um Ansätze, die eng mit dem Michigan-Modell verbunden sind – vermutlich noch weitere Gruppierungsvariablen ableiten lassen. Die Auswahl entfallend auf Kirchengangshäufigkeit, Schichtzugehörigkeit, Alter, Region, Bildung und politisches Interesse als Gruppierungsvariablen deckt aber die wesentlichen Variablen ab, die in den Ansätzen thematisiert werden.

Dabei werden die formulierten Hypothesen lediglich als Hilfskonstruktion angesehen, um die Untersuchung, ob und welche Wählerheterogenität im Michigan-Modell existiert, zu strukturieren. In diesem Zusammenhang lassen sich nicht für alle Strukturbeziehungen in Kombination mit allen Gruppierungsvariablen entsprechende Hypothesen aus den theoretischen Überlegungen ableiten. Beispielsweise fehlen solche für die Strukturbeziehung zwischen Sachfragen- und Kandidatenorientierungen. Durch die Verwendung von multiplen Gruppenvergleichen, bei denen alle postulierten Strukturbeziehungen für alle Ausprägungen einer Gruppierungsvariable frei und simultan geschätzt werden, können aber mehr Unterschiede im Modell entdeckt werden, als in den Hypothesen angelegt sind (vgl. Kapitel 3.3.). Durch die Methode können also nicht nur die Hypothesen überprüft,

³⁵ Die Formulierung „Gewicht legen“ orientiert sich an den englischen Formulierungen von Bartle (2005). Dies soll aber nicht bedeuten, dass Wähler die Gewichtung der wahlrelevanten Faktoren notwendigerweise bewusst vornehmen müssen.

sondern auch etwaige weitere Heterogenität zwischen den Teilelektoraten aufgedeckt werden. Im folgenden Kapitel wird genauer beschrieben, auf welche Daten, Operationalisierungen und Methoden dabei zurückgegriffen wird, um in den empirischen Analysen sowohl die hier dargestellten Hypothesen zu überprüfen als auch weitere Wählerheterogenität im Michigan-Modell zu entdecken.

Wahlverhalten und Wählerheterogenität
Theorie und Empirie auf der Grundlage des
Michigan-Modells

Schultze, M.

2016, XVII, 389 S. 22 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-12943-9